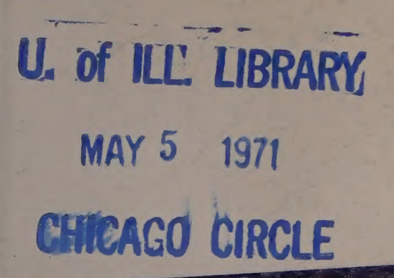
deutsche architektur



Zum VI. Bundeskongreß des BDA ▪ Architekturwettbewerb 1970 ▪ Wohnungsbauten und Kindergärten ▪ Gebäude des RGW in Moskau

5,– Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechtj

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassil-Lewsky 6

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul
Administrativ C. F. R., Bukarest

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová sluzba, Praha 2 – Vinohrady,
Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

· Westdeutschland
· Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 3/6/71 bis 3/8/71

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Aus dem vorigen Heft:

Bauten der Produktion und Verwaltung:
Entwicklung von bautechnischen Möglichkeiten und Baustrukturen entsprechend den Funktionswertanforderungen der Industrie
Erweiterung des Werkes „Optima" Erfurt
Haus der Elektroindustrie in Berlin
Runde Industriegebäude
Über die Architektur des sozialistischen Kuba

Im nächsten Heft:

Zum 25. Jahrestag der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Entwicklung des Hochschulbaus in der DDR:
Perspektiven und Entwicklungstendenzen
Grundfondsplanung und Bedarfsermittlung
Projektierungsgrundlagen für Lehr- und Forschungseinrichtungen
Städtebauliche Einordnung und Flächenbedarf
Internate in Karl-Marx-Stadt und Leipzig
Neue Mensa der Universität Rostock
Hochschulbau in der Sowjetunion

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 22. 12. 1970
Illusdruckteil: 7. 1. 1971

Titelbild:

Brunnen im Fußgängerbereich der Prager Straße in Dresden
Foto: Hellmut Döring, Dresden

Fotonachweis:

Herbert Lachmann, Leipzig (2); Roswitha Riedel, Erfurt (8); VE Wohnungsbaukombinat Potsdam (1); Foto-Eschenburg, Warnemünde (1); Gabriele Kästner, Cottbus (1); Sommerfeld/Ziebarth, Berlin (1); Dewag-Werbung, Berlin (1); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (1); Karl-Heinz Kraemer, Berlin (1); Friedrich Weimer, Dresden (1); Michael Kröber, Halle (1); Gerhard Koch, Rostock (8); Sulimma, Magdeburg (3); Otto Albrecht, Magdeburg (3)

3 deutsche architektur

XX. Jahrgang
Berlin
März 1971

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag)
Daniel Kopeljanski (Moskau), Zbigniew Pininski (Warschau)



BDA bereitet VI. Kongreß vor

11. Bundesvorstandssitzung in Erfurt

Am 4. Dezember 1970 fand im großen Saal des Erfurter Rathauses die 11. Sitzung des Bundesvorstandes des BDA statt, die sich mit wichtigen Fragen der Vorbereitung des VI. Bundeskongresses des BDA befaßte.

Prof. Dipl.-Arch. Collein, der Präsident des BDA, legte in seiner Eröffnungsansprache einige Grundprobleme der inhaltlichen Vorbereitung des VI. Bundeskongresses des BDA dar. Er ging dabei von dem positiven Wirken des Bundes in den letzten Jahren aus, das sich in den Fortschritten widerspiegelt, die seit dem VII. Parteitag der SED bei der Gestaltung der Städte und Dörfer und beim Aufbau neuer Produktionsstätten erreicht wurden. Für die kommenden Jahre zeichnen sich jedoch Aufgaben ab, deren Lösung von den Architekten ein stärkeres Eindringen in die gesellschaftlichen Prozesse, Parteilichkeit und zunehmende Beherrschung der neuen Erkenntnisse der Wissenschaft erfordert. Der Bund wird seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, wenn er sich mit seinem VI. Kongreß auf die Lösung der neuen ideologischen und ökonomischen Probleme orientiert und so einen aktiven Beitrag zur allseitigen Stärkung der DDR leistet.

Im Bericht des Bundessekretärs Werner Wachtel (Auszüge auf den Seiten 135 und 136) wurde deutlich, daß auf der Grundlage der Beschlüsse der Bezirkskonferenzen in den Bezirks- und Betriebsgruppen des BDA bereits viele neue Wege beschritten werden, um die gesellschaftliche Tätigkeit des Bundes interessanter und wirkungsvoller zu gestalten. Das kommt insbesondere in der Entwicklung der Weiterbildung, der engeren Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen und mit anderen gesellschaftlichen Organisationen, in der höheren Aktivität der Betriebsgruppen und nicht zuletzt in der wachsenden Zahl der BDA-Mitglieder zum Ausdruck.

Mit großem Beifall wurde auf der Sitzung das 3000. Mitglied des BDA, die junge Erfurter Kollegin Ulrike Czeche, begrüßt.

Ein wesentlicher Gegenstand der Beratungen des Bundesvorstandes waren Probleme der Entwicklung der Projektierungsaufgaben in den Baukombinaten. Dazu trug Architekt BDA Alfred Dorn einen Bericht der Zentralen Kommission „Projektierung" (Auszüge auf den Seiten 145 und 146) vor, der mit seiner kritischen Einschätzung und seinen konstruktiven Schlußfolgerungen eine lebhafte Diskussion auslöste. Der Bericht befaßte sich vor allem mit der Frage, wie durch eine sorgfältige Vorbereitung der Investitionen der ökonomische Nutzeffekt und die Leistungsfähigkeit des Bauwesens erhöht werden kann. Unter anderem wurde vorgeschlagen, die Architekten bereits in die Phase grundsätzlicher Entscheidungen vor der eigentlichen Projektierung einzubeziehen, die Methode der Variantenuntersuchung stärker zu nutzen und eine komplexe Produktionsvorbereitung in den Baukombinaten zu sichern.

In der Diskussion, in der zu diesen Problemen die Kollegen Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr, Buchholz, Rüpprich, Pfrogner, Schulz, Frank, König und Dr.-Ing. Lembke sprachen, wurde unter anderem kritisiert daß durch unzureichende Bilanzierung der Anteil von sogenannten „Schubkastenprojekten" in manchen Kombinaten sehr hoch ist. Andere wichtige Projekte können dadurch nicht sorgfältig genug durchgearbeitet werden. Prof. Stahr betonte, daß Systemlösungen in der Umweltgestaltung auch Systemlösungen in der Projektierung verlangen. Kollege Pfrogner legte dar, wie die Bezirksgruppe Potsdam die ökonomische Qualifizierung der Architekten fördern will. Dr.-Ing. Lembke zeigte am Beispiel der Bezirksgruppe Halle, wie der BDA durch Vorschläge und Initiative aktiv dazu beitragen kann, die höheren Aufgaben im Wohnungsbau zu lösen. Der Bundesvorstand dankte der Zentralen Kommission „Projektierung" für ihren Bericht und beauftragte sie, bis zum Bundeskongreß die Vorschläge zu diesen Problemen weiter zu konkretisieren.

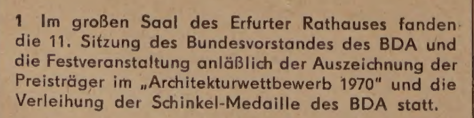
Weiterer Punkt der Tagesordnung war die Perspektive der Zeitschrift „deutsche architektur". Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur und Vizepräsident des BDA, unterbreitete dazu eine Reihe von Vorschlägen, die darauf abzielen, den Inhalt der Zeitschrift zu erweitern, den Informationsgehalt zu erhöhen und die Gestaltung zu verbessern. Die Zeitschrift soll künftig durch eine breitere Mitwirkung der Leser, insbesondere der BDA-Mitglieder, problemreicher und lebendiger werden. Der Meinungsstreit und die Architekturkritik darf sich nicht auf die Veranstaltungen des BDA beschränken, er sollte mit Hilfe der Fachpresse auch eine breitere Öffentlichkeit ansprechen und einbeziehen. In der Diskussion zu dieser Frage schlug Kollege Weinrich (Auszüge auf Seite 147) vor, theoretischen und prognostischen Problemen sowie den modernen Methoden der Planung und Projektierung, insbesondere auch ökonomischen Fragen, mehr Raum zu widmen. Für die Widerspiegelung des Lebens in den BDA-Bezirksgruppen wurde die Schaffung einer Lokalseite angeregt.

Kollege Werner Wachtel empfahl den Zentralen Fachgruppen, die Zeitschrift stärker zur Publizierung ihrer Probleme und Arbeitsergebnisse zu nutzen und die Berichterstattung über die internationale Arbeit des Bundes über Studienreisen usw. zu verstärken. Prof. Collein richtete an die Architekten die Aufforderung, als Autoren ihre Bauten und Projekte nicht einfach neutral vorzustellen, sondern ihre Arbeit problemorientiert und kritisch darzulegen.

Der Bundesvorstand beauftragte das Büro des Präsidiums, Maßnahmen zur stärkeren Mitwirkung der Organe des BDA bei der Gestaltung der Zeitschrift vorzubereiten und sprach der Redaktion den Dank für die von ihr geleistete Arbeit aus.

Der Bundesvorstand beriet und beschloß den Arbeitsplan 1971 und den Feinfinanzplan 1971. Der Arbeitsplan für 1971 sieht neben der Vorbereitung des Bundeskongresses so wichtige Aufgaben wie die Verstärkung der Weiterbildungsarbeit und die Durchführung von Tagungen und Kolloquien vor.

Zum Abschluß der Vorstandssitzung unterzeichneten Prof. Edmund Collein und Prof. Karl-Albert Fuchs eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem BDA und dem Fachverband Bauwesen der KDT, mit der das Zusammenwirken beider Organisationen auf eine neue Stufe gehoben werden soll. Am Abend fand im Erfurter Rathaus eine Festveranstaltung des Bundesvorstandes des BDA statt, in der die Preisträger des „Architekturwettbewerbes 1970" (siehe Seite 137 bis 143) ausgezeichnet wurden und an verdiente Mitglieder des Bundes die neugestiftete Schinkel-Medaille (siehe Seite 144) verliehen wurde.



1 Im großen Saal des Erfurter Rathauses fanden die 11. Sitzung des Bundesvorstandes des BDA und die Festveranstaltung anläßlich der Auszeichnung der Preisträger im „Architekturwettbewerb 1970" und die Verleihung der Schinkel-Medaille des BDA statt.



2 Als 3000. Mitglied des BDA beglückwünschte der Präsident, Prof. Edmund Collein, während der 11. Bundesvorstandssitzung die junge Kollegin Ulrike Czeche.



3 Prof. Collein und der Chefredakteur der „deutschen architektur", Dr. Gerhard Krenz, nahmen die Auszeichnung der Preisträger im „Architekturwettbewerb 1970" vor. Zu den mit einem 1. Preis ausgezeichneten Kollegen gehörte Dipl.-Architekt Lothar Kwasnitza (unser Bild).

DBA wertet 14. ZK-Plenum aus

In einem Pressegespräch erklärte der Wissenschaftliche Direktor der Deutschen Bauakademie, Prof. Dr. Hans Fritsche, auf die Frage nach den in Auswertung des 14. Plenums des ZK der SED von der Bauforschung in Angriff genommenen Aufgaben:

Das erweiterte Präsidium der Deutschen Bauakademie hat gemeinsam mit allen Vorsitzenden der Sektionen des Plenums der Akademie und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen erste Maßnahmen in Auswertung des 14. Plenums des ZK der SED sowie zur Durchführung des von der Volkskammer beschlossenen Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1971 festgelegt.

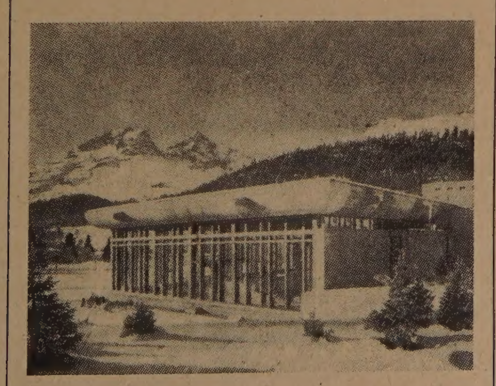
Dabei wurde herausgearbeitet, daß in der Bauforschung eine Konzentration der Kräfte und Mittel auf die Aufgaben der komplexen sozialistischen Rationalisierung und auf ausgewählte Automatisierungsprozesse erfolgen muß. Gleichzeitig wurde darauf orientiert, in enger Gemeinschaftsarbeit mit den Kombinaten und staatlichen Organen des Bauwesens eine effektivere Einbeziehung der Forschung in den Reproduktionsprozeß und eine hohe Praxiswirksamkeit der Forschungsergebnisse zu erzielen.

Die Tätigkeit der Bauforschung muß zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Bau- und Baumaterialienindustrie, zur Sicherung einer hohen Materialökonomie, zur Senkung der Kosten und zu kürzeren Bauzeiten führen. Dabei konzentriert sich die Deutsche Bauakademie auf folgende Schwerpunkte:

- Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Rationalisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen in der Bau- und Vorfertigungsindustrie, insbesondere für Mehrzweckgebäude der Industrie und für Wohngebäude nach den Erfordernissen des Einheitssystems Bau. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Industrialisierung der Ausbauprozesse, um auf diesem Gebiet kurzfristig Veränderungen in der Baupraxis herbeiführen zu helfen
- Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die Anwendung hocheffektiver Baumaterialien, vor allem aus neuen silikatischen Baustoffen und aus verschiedenen Formen der Plaste
- Schaffung wissenschaftlicher Grundlagen und von Modellbeispielen für die Planung und Leitung der Bauproduktion sowie für den schrittweisen Übergang zur Automatisierung von produktionsvorbereitenden Prozessen
- Schaffung von wissenschaftlichen Grundlagen sowie Mitwirkung an praktischen Beispielen für die sozialistische Gestaltung der Städte und Siedlungszentren

Die Forschungsergebnisse müssen in erster Linie in konkreten Verbesserungen der entscheidenden Haupterzeugnisse wirksam werden. Das gilt vor allem für Mehrzweckgebäude der Industrie, für Wohngebäude einschließlich Kindereinrichtungen und Schulen. Dabei sind vorrangig neue Ausbausysteme effektiv zu gestalten.

Mit der Lösung der Aufgaben leisten Bauforscher und Bauwissenschaftler zugleich einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1971. Mit dieser Zielstellung ist allen Direktoren der Institute und Einrichtungen der Akademie der Staatliche Plan für das Jahr 1971 überreicht worden.



Schwimmhalle in St. Moritz
Architekten R. Obrist und A. Thans



Der Rostocker Marktplatz am historischen Rathaus erhielt durch den Neubau des Hauses „Zur Sonne" eine weitere Abrundung. Architekt: Fritz Hering

Neue Automobilarbeiterstadt

In der UdSSR wird neben dem geplanten riesigen Lastwagenwerk an der Kama im kommenden Planjahrfünft die neue Stadt Nabereshnyje Tscholny gebaut. Sie soll 1975 bereits 180 000 bis 200 000 und später einmal über 300 000 Einwohner zählen. Die Planung für die Bauarbeiten in den Jahren 1971/72 wurde jetzt von zwei Moskauer Projektierungsbüros abgeschlossen.

Drei achtspurige Magistralen werden den Hauptstrom des innerstädtischen Verkehrs aufnehmen, den im wesentlichen Autobusse und Schnellstraßenbahnen bewältigen. Der Arbeitsweg zum künftigen Autowerk soll nicht mehr als 15 bis 30 Minuten in Anspruch nehmen. Parallel zu den Hauptverkehrsadern sind spezielle Fußgängerstraßen geplant.

Prof. Hanns Hopp verstorben

Am 21. 2. 1971 verstarb kurz nach Vollendung seines 81. Lebensjahres der Ehrenpräsident des Bundes Deutscher Architekten in der DDR, Professor Hanns Hopp.

Hanns Hopp hatte als langjähriger Präsident großen Anteil an der Entwicklung des BDA zu einem sozialistischen Fachverband. Eine Ausstellung seiner Entwürfe und Bauten, die Anfang dieses Jahres im Berliner Klub der Kulturschaffenden eröffnet wurde, gab einen Überblick über das schöpferische Lebenswerk von Hanns Hopp, mit dem er in die Reihe der profiliertesten Architekten unserer Zeit trat.

Wohngebietszentrum der neuen sowjetischen Stadt Selenogorsk



Rotbannerorden für Moskaus Chefarchitekten

Mit dem Rotbannerorden wurde der Chefarchitekt der sowjetischen Hauptstadt, Michail Posochin, anläßlich seines 60. Geburtstages ausgezeichnet. Er stand an der Spitze der sowjetischen Architektengruppe, die einen neuen Generalplan für die Entwicklung Moskaus bis zum Jahre 2000 ausarbeitete.

Neues Fassadenreinigungsverfahren

In Schweden wurde ein neues Fassadenreinigungsverfahren entwickelt, das keine Gerüste erfordert und billiger als die üblichen Methoden sein soll. Die Hauswand wird unter schwachem Druck mit einer chemischen Lösung „eingeseift" und später mit Wasser aus einer Hochdruckspritze abgewaschen. Empfindliches Baumaterial wie Kalkstein schützt man durch einen chemischen Zusatz.

Wohnungen industriell modernisiert

Eine Kooperationsgemeinschaft von acht Betrieben modernisiert unter Leitung des VEB Baureparaturen als Hauptauftragnehmer ganze Straßenzüge und Plätze in Halle.

Zahlreiche alte Wohnungen erhielten Einbauküchen, Doppelverbundfenster, Fußbodenbelag, Innen-WC, Fernheizung und vollkommen neue Elektroinstallation. Den alten Mietern wurden moderne Wohnungen übergeben.

Die Kooperationsgemeinschaft kann durch die industrielle Methode eine beachtliche Bilanz aufweisen: Die Arbeitsproduktivität stieg um 22 Prozent, die geplante Bauzeit wurde um zwei Tage und die Kosten um 2300 Mark je Wohnungseinheit gesenkt sowie der Anteil an industriell vorgefertigten Bauelementen auf 42,5 Prozent erhöht.



Der Architekt und die Ökonomie

Dr. Gerhard Krenz

„In der berühmten, großen griechischen Stadt Ephesus war, wie man berichtet, von den Vorfahren in alter Zeit ein Gesetz mit einer zwar harten, aber nicht ungerechten Bestimmung beschlossen worden: Wenn ein Architekt die Bauleitung für einen öffentlichen Bau übernimmt, gibt er eine Erklärung darüber ab, wieviel der Bau kosten wird. Nachdem der Baukostenanschlag der Behörde übergeben ist, wird sein Vermögen verpfändet, bis das Bauwerk fertig ist. Haben die Baukosten dem Voranschlag entsprochen, dann wird der Architekt durch einen ehrenvollen Erlaß belohnt. Ferner wird, wenn nicht mehr als ein Viertel zum Baukostenanschlag hinzugelegt werden muß, diese Differenz aus Staatsmitteln gedeckt. Der Architekt selbst wird nicht mit einer Geldbuße belegt. Wird aber bei der Bauausführung über ein Viertel mehr verbraucht, wird zur Vollendung des Baues der Betrag aus dem Vermögen des Architekten beigetrieben."

So streng waren dort die Bräuche, die Vitruv in seinen „Zehn Büchern über Architektur" (1) beschrieben hat und in denen die abhängige Stellung des Architekten in der damaligen Gesellschaft zum Ausdruck kommt.

Wenn ich dieses Zitat hier erwähne, so nur deshalb, weil ich damit sagen möchte, daß das Verhältnis von Architektur und Ökonomie durchaus kein neues Problem ist. Es ist so alt wie die Architektur selbst, aber unter sozialistischen Bedingungen erhält dieses Problem einen neuen Inhalt.

Durch die Köpfe und Hände der Architekten gingen in den letzten Jahren viele Milliarden Mark – nicht in Form von Banknoten – sondern in Form von Plänen und Projekten. Hinter diesen riesigen Geldsummen steht Arbeit, jahrelange angestrengte Arbeit von Millionen Werktätigen, Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Ingenieuren, Wissenschaftlern, auch die der Bauleute und Architekten selbst. Wir alle haben unseren Teil dazu beigetragen, daß diese Mittel für den Städtebau und die Architektur – ein erheblicher Teil unseres Nationaleinkommens – von Jahr zu Jahr reicher flossen.

Und damit ist es auch ganz selbstverständlich, daß in einem sozialistischen Staat jeder Bürger als bewußter sozialistischer Eigentümer nach dem gesellschaftlichen Nutzen fragt. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß in den letzten Jahren von den Architekten qualitativ wie auch quantitativ Leistungen vollbracht wurden, die von allen Bürgern begrüßt wurden, die unser Leben reicher gemacht haben und auf die wir stolz sind – Leistungen, die, nebenbei gesagt, selbst unsere Gegner respektieren müssen.

Man kann wohl darüber streiten, ob manches nicht harmonischer, einfallsreicher und differenzierter hätte gestaltet werden können, niemand wird sich indessen der Wirkung der großen, optimistischen Konzeption solcher Ensembles wie dem Berliner Alexanderplatz mit dem Fernsehturm, der Dresdner Prager Straße oder dem Neues und Altes so wunderbar zu einem Ganzen verbindenden Zentrum von Cottbus entziehen können. In der DDR ist eine neue Qualität in der Architektur im Entstehen, mit typischen Wesensmerkmalen sozialistischen Charakters.

Alle diese bedeutenden gestalterischen Leistungen der Städtebauer und Architekten, die mit einem einzigartigen Elan aller Bauschaffenden unter oft schwierigen Bedingungen realisiert wurden, haben auch in den Plenartagungen des ZK der SED hohe Anerkennung gefunden und wurden durch höchste staatliche Auszeichnungen gewürdigt.

Aber nun regt sich – wie manche Kollegen meinen, wie ein Blitz aus heiterem Himmel – Kritik.

Die Kritik richtet sich weniger gegen die Gestaltung – obwohl es dazu auch manches zu sagen gäbe –, sondern gegen eine oft unwirtschaftliche Verwendung der Mittel, gegen Fälle von Vergeudung, gegen eine Nichteinhaltung der veranschlagten Kosten, allgemein ideologisch gegen ungenügendes ökonomisches Denken und politisch gegen die Verletzung der Staatsdisziplin, die in einer mangelhaften Plan- und Termintreue zum Ausdruck kommt. Als Architekten und ganz besonders als Mitglieder eines sozialistischen Architektenverbandes können uns solche Kritiken nicht ruhig lassen. Sie müssen uns veranlassen, diese Probleme ernsthaft zu durchdenken und Schlußfolgerungen für unsere weitere Arbeit zu ziehen.

Zunächst, glaube ich, sollten wir uns darüber einig sein, daß die Kritiken, die heute unsere Aufmerksamkeit erfordern, kein „Blitz aus heiterem Himmel" sind. Wer die Beschlüsse der Partei und des Ministerrates, die Materialien der letzten Baukonferenz aufmerksam verfolgt hat, für den mußte zu jeder Zeit klar sein, daß der Sozialismus niemals durch eine Achtlosigkeit gegenüber der Ökonomie, sondern nur auf der Grundlage höchster ökonomischer Effektivität geschaffen werden kann. Nicht umsonst wurde das ökonomische System des Sozialismus als das „Kernstück des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus" bezeichnet (2). Ökonomische Rationalität, Sparsamkeit mit den Mitteln des Volkes ist einer der grundlegenden Wesenszüge des Sozialismus, nicht das Ziel, aber das entscheidende Mittel zur Verwirklichung der hohen humanistischen Ziele des Sozialismus.

Es geht also nicht, wie manchmal diskutiert wird, um eine „ökonomische Welle", um eine zeitweise besonders starke Betonung der Ökonomie, sondern um die kontinuierliche Durchsetzung der auf dem VII. Parteitag beschlossenen ökonomischen Politik, die nicht überall und zu jeder Zeit genügend beachtet wurde. Das heißt, die Meisterung der sozialistischen Ökonomie in Städtebau und Architektur, die Entwicklung des ökonomischen Verantwortungsbewußtseins und Denkens der Architekten wird immer mehr ein generelles Schlüsselproblem für die Zukunft des sozialistischen Architekturschaffens.

Der VI. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten, der sich vom Standpunkt der allseitigen Stärkung der DDR mit den Perspektiven des Städtebaues und der Architektur in den 70er Jahren befassen wird, muß zur Lösung dieses Schlüsselproblems eine konstruktive Orientierung geben. Weder eine rückwärtsgerichtete „Fehlerdiskussion" noch die Suche nach einem „schwarzen Peter" würde uns dabei weiterhelfen. Was mir notwendig erscheint, ist die sachliche und prinzipielle Klärung einiger ideologischer Positionen, verbunden mit Schlußfolgerungen für die praktische Bewältigung der neuen Aufgaben.

In diesem Sinne möchte ich hier einige Gedanken zur Diskussion stellen. Dabei möchte ich davon ausgehen, daß die Verwirklichung der Grundsätze des ökonomischen Systems des Sozialismus im Städtebau und der Architektur ein echtes und kompliziertes Entwicklungsproblem ist, das zwar nicht von Architekten allein gelöst werden kann, das aber ihre schöpferische Aktivität und vor allem eine klare parteiliche Einstellung erfordert.

Ich glaube, es würde die Diskussion in eine falsche Richtung lenken, wenn man davon ausgehen würde, daß – wie manchmal diskutiert wird – die Architekten „sich selbst Denkmäler setzen" wollten und daß deshalb ökonomische Gesichtspunkte vernachlässigt würden. Selbst wenn es das im Einzelfalle gäbe, so könnte man das sicher nicht verallgemeinern. Das Problem liegt meiner Ansicht nach darin, daß es trotz des Bestrebens vieler Architekten, im einzelnen ökonomische Lösungen zu erreichen, noch nicht gelungen ist, auf diesem Gebiet das ökonomische System des Sozialismus in seiner ganzen Komplexität anzuwenden. Oder anders gesagt: Die Vorteile unseres sozialistischen Gesellschaftssystems werden in Städtebau und Architektur noch nicht voll genutzt, um die gesamtgesellschaftliche Effektivität maximal zu erhöhen. Dieses Problem aber gilt es in den nächsten Jahren zu lösen – und zwar auf den verschiedensten Ebenen und vom Standpunkt der Einheit von sozialistischer Kultur und Ökonomie.

In der Arbeit der Architekten wird sich das Streben nach künstlerischer Meisterschaft immer mehr verbinden mit

- der Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen im Interesse einer maximalen Steigerung und rationellsten Verwendung des Nationaleinkommens,
- der Erhöhung der Ökonomie der Stadt,
- der Erhöhung der Ökonomie des Bauens.

Die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen

Die Städtebauer und Architekten können in Gemeinschaftsarbeit mit den gesellschaftlichen Auftraggebern, mit den Kollektiven der Projektierung und Bauausführung einen Beitrag zur Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen leisten, der im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft von größter Bedeutung ist.

„Ein Kernproblem der Investitionstätigkeit", so führte der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, auf der 14. Tagung des ZK der SED aus, „besteht gegenwärtig in erheblichen Kostenüberschreitungen. Die Lösung unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben erfordert einen kompromißlosen Kampf um die Verringerung der spezifischen Investitionsaufwendungen sowie die termingemäße Fertigstellung der Objekte und ihre schnelle Produktionswirksamkeit." (3)

Schon von der Generalbebauungsplanung her müssen hierfür die günstigsten Lösungen gesichert werden. In der Standortoptimierung, für die es zwar zahlreiche Modelle (4) gibt, die aber leider noch zu wenig angewendet werden, liegen große ökonomische Reserven, die in vollem Maße genutzt werden müssen. Der Architekt sollte bereits in die ersten Phasen der Investitionsvorbereitung einbezogen werden, und nicht erst wenn die Grundsatzentscheidungen schon gefallen sind. Er darf sich überhaupt nicht in die Rolle eines passiven „Auftragnehmers" drängen lassen. Wenn z. B. der Investitionsträger kostenerhöhende Forderungen stellt, die gesellschaftlich nicht notwendig sind, kann sich meiner Meinung nach der Architekt nicht auf die Position stellen, daß der Auftraggeber alles bekommt, was er will, wenn er nur das Geld dazu hat. Das wäre genau das Verhältnis, das der Architekt unter kapitalistischen Bedingungen zu seinem Auftraggeber hat, aber entspricht nicht der Rolle des Architekten als gesellschaftlichem Treuhänder im Sozialismus. Der sozialistische Architekt

muß gegen jede unrationelle Verwendung von gesellschaftlichen Mitteln kämpfen. Natürlich kann das zu Konflikten führen. Auch die materiellen und moralischen Stimuli orientieren noch nicht immer auf die ökonomischste Lösung. In der Vergangenheit fand z. B. das, was man manchmal als das „Schwarzbrot" der Architektur bezeichnet, wie der mehrgeschossige Massenwohnungsbau, der Industrie- und Landwirtschaftsbau, viel seltener öffentliche Anerkennung als große gesellschaftliche Bauten, die mit relativ hohem Aufwand errichtet wurden. Es müssen künftig also auch die materiellen und moralischen Stimuli besser angewendet werden. Ich denke dabei keineswegs nur an Prämien, sondern vor allem an die moralische Anerkennung von ökonomisch wirksamen Leistungen von Städtebauern und Architekten, z. B. durch die Architekturpreise der Bezirke, im Rahmen von Wettbewerben im BDA und nicht zuletzt durch die Presse.

Sehr großen Einfluß hat der Architekt auf den Nutzeffekt der Investitionen durch ein aktives Einwirken auf die räumliche und zeitliche Konzentration der Investitionen, die es ermöglicht, die Investitionskosten und Bauzeiten zu senken und die Amortisation der Investitionen zu beschleunigen. Dabei gilt es, vor allem bei der Planung neuer Investitionskomplexe durch eine effektive Kombination von Funktionen, durch Mehrzweck- und Mehrfachnutzung von Gebäuden und Anlagen eine hohe Auslastung der baulichen Fonds zu erreichen. Einen Versuch in Richtung auf die rationelle Kombination von vielfältigen Funktionen verschiedener Nutzer stellt z. B. das von einem Konsortium gebaute Haus der Elektroindustrie in Berlin dar, wo nicht jeder Nutzer seine eigenen Einrichtungen hat, sondern soziale, technische und Kommunikationseinrichtungen von allen auf rationelle Weise gemeinsam genutzt werden können.

Schließlich geht es darum, bei allen Investitionen ein Optimum zwischen den einmaligen Aufwendungen (wie den Baukosten) und laufenden Nutzungskosten (u. a. Heizungs-, Beleuchtungs- und Instandhaltungskosten) herzustellen. Ein Problem von volkswirtschaftlicher Größenordnung sind dabei zum Beispiel die in der DDR überdurchschnittlich hohen Aufwendungen für die Erhaltung und Reparatur von neuen Bauten, die in zunehmendem Maße Baukapazitäten binden. Hier können die Architekten durch die Entwicklung und Anwendung günstiger, weitgehend wartungsfreier und instandhaltungsgerechter Konstruktionen (5), durch die Anwendung modernster bauphysikalischer Erkenntnisse aber auch durch die Anwendung und Entwicklung neuer Reparaturtechnologien (6) wesentlich zur Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen beitragen.

Immer vom volkswirtschaftlichen Interesse auszugehen, erfordert aber auch, diese Interessen sichtbar und durch entsprechende Systemregelungen in der Projektierung und Bauausführung spürbar zu machen. So ist bekannt, daß durch die nicht optimale Wärmedämmung und die Heizungssysteme in unseren Wohnungsbauten ein über internationalen Werten liegender, hoher Energieaufwand notwendig ist (7), der die Energiebilanz der Volkswirtschaft nicht unwesentlich belastet. Hier müßten z. B. bessere Lösungen im Interesse der Volkswirtschaft auch für die Baukombinate und die Projektanten ökonomisch wirksam werden. Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch die Forderung zu sein, für alle wichtigen Vorhaben über Varianten zu optimalen Lösungen zu gelangen. Oft legen die Investträger sonderbarer Weise darauf keinen Wert. Ihnen genügt ein realisierbares Projekt, wenn es nur schnell geliefert wird. Dem Argument, daß für Variantenuntersuchungen keine Projektierungskapazität vorhanden ist, steht die Tatsache gegenüber, daß in manchen Baukombinaten auch 1970 bis zu 30 Prozent der Projekte sogenannte „Schubkastenprojekte" waren. Die Architekten und die Betriebsgruppen des BDA sollten im volkswirtschaftlichen Interesse immer Voraussetzungen für eine optimale Projektlösung fordern. Der Zeitaufwand für Variantenuntersuchungen – das haben viele Beispiele bestätigt – macht sich hundert- und tausendfach bezahlt!

Zur Ökonomie der Stadt

Die Ökonomie der Stadt wird unter sozialistischen Bedingungen zu einem gesamtgesellschaftlichen Anliegen. Ökonomie der Stadt, das heißt, die Stadt auf der Grundlage des Wirkens der ökonomischen Gesetze des Sozialismus planmäßig zu entwickeln, den ganzen Reproduktionsprozeß der Stadt auf der Grundlage des ökonomischen Systems des Sozialismus auf effektivste Weise zu gestalten. Und dazu kann und muß der Städtebau einen wesentlichen Beitrag leisten.

Es muß zu einem Prinzip werden, daß auch im Städtebau nicht nur die Kosten, sondern auch der ökonomische Nutzen jeder Maßnahme nachgewiesen wird. Mit dem Wort Städtebau verbindet sich heute oft die Vorstellung, daß es eine nützliche Sache ist, die aber viel kostet. Es ist notwendig, den Städtebau so zu betreiben, daß er im Sinne einer umfassenden Ökonomie der Zeit – also der effektiven Nutzung der gesellschaftlichen Arbeitszeit ebenso wie der Freizeit – auch ökonomisch effektiv ist. Das wirft allerdings eine Reihe theoretischer Probleme auf, die über das Arbeitsfeld des Architekten weit hinausgehen, deren Lösung aber vom Leben auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Dazu gehört z. B. die Bewertung des städtischen Baulandes als räumlicher Faktor der Ökonomie der Stadt. Für die Zukunft ganz wichtige Fragen, wie die optimale Bebauungsdichte, die Bebauungshöhe, die Integration von Stadtfunktionen hängen sehr stark von der Lösung dieses Problems ab. Die Bebauung des Berliner Fischerkietzes ist ein Beispiel dafür. Hier wurde eine Bebauung mit Wohnhochhäusern vorgesehen. Die Kosten der Wohngebäude, bezogen auf eine Wohnungseinheit, sind sehr hoch. Die städtebaulichen Kosten sollen jedoch durch die erreichte hohe Einwohnerdichte relativ günstig sein. Dennoch ergibt sich die Frage, auf welche Weise sich die hohen Baukosten amortisieren sollen. Ein anderes Problem ist die praktische Bewertung der Freizeit als ökonomischer Faktor. So wirkt die Verbesserung des städtischen Verkehrs, der Beziehungen zwischen Arbeitsstätten und Wohngebieten, freizeiterhöhend. Solche Verbesserungen im Interesse der Ökonomie der Stadt können jedoch schwer direkt finanziell meßbar ausgewiesen werden, ebenso wie die gesamte Qualität der Stadt für das Leben der Bürger und die Reproduktion der Arbeitskraft.

Aber neben diesen Problemen gibt es bereits eine große Anzahl praktischer Erfahrungen und Methoden, die der Städtebau schon in den nächsten Jahren komplex anwenden kann, um die Ökonomie der Stadt zu erhöhen.

Ein entscheidender Faktor für die Ökonomie der Stadt ist die schrittweise Verbesserung der Stadtstruktur, die Eindämmung ihres territorialen Wachsens, die Herstellung optimaler Beziehungen zwischen den Arbeitsstätten, den Wohngebieten und dem Stadtzentrum, die rationelle Kombination sich ergänzender Funktionen und die gleichzeitige Trennung von sich störenden Funktionen. Solche langfristigen Maßnahmen wirken sich nur schrittweise aus. Sie können auch nur schrittweise realisiert werden. Wichtig ist aber, daß auf der Grundlage der Prognose und des Generalbebauungsplanes alle Investitionen im Interesse einer Strukturverbesserung der Stadt richtig eingeordnet werden. Das heißt auch, daß man keine Maßnahmen zulassen darf, die die Zukunft verbauen.

Dabei gilt es, alle in den letzten Jahren entwickelten Methoden der Standort- und Verkehrsoptimierung, der Optimierung von Netzen und Einzugsbereichen von Versorgungseinrichtungen usw. mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung umfassend anzuwenden und neue Verfahren zielstrebig auszuarbeiten.

Die Beschlüsse der 24. Staatsratstagung sind hier richtungweisend, weil sie auch für die Ökonomie der Stadt ganz neue Wege eröffnen. Diese Wege, besonders die Kooperation von Stadt, Betrieben und Territorien beim rationellen Ausbau der materiell - technischen Territorialstruktur, beim Bau und bei der Nutzung von gesellschaftlichen Einrichtungen der Versorgung, der Dienstleistungen, der Bildung, Kultur und Erholung, eröffnen die Möglichkeit der Senkung der Bau- und Nutzungskosten.

Gerade hier sollten Städtebauer und Architekten aktiven Einfluß nehmen und alle ökonomischen Potenzen in der Stadt im Interesse der Bürger wirksam machen.

Für die Nutzung ökonomisch meßbarer Effekte bei der Stadtentwicklung ist auch eine Reihe theoretischer Arbeiten aus angrenzenden Fachbereichen von großem Interesse. So hat z. B. die hauptsächlich in der Territorialplanung entwickelte Schwellenwerttheorie (8) sehr interessante ökonomische Aspekte für die planmäßige Entwicklung der Städte. Oder Untersuchungen über die Sonneneinstrahlung in Wohnungen (9) haben den Nachweis erbracht, daß die in der Bauordnung festgelegten Gebäudeabstände auch von dieser Seite wissenschaftlich unhaltbar sind. Der Autor dieser Untersuchung, M. Schmidt, schätzt, daß durch eine wissenschaftlich begründete Bestimmung der Abstände von Wohngebäuden in der DDR jährlich 50 Millionen Mark eingespart werden könnten. Es wäre also an der Zeit, die Frage der Gebäudeabstände im Interesse effektiver städtebaulicher Lösungen mit höherer Bebauungsdichte bei Einhaltung wohnhygienischer Forderungen neu zu regeln.

Eine ganz prinzipielle Frage scheint mir die Einstellung der Städtebauer und Architekten, aber auch der gesellschaftlichen Auftraggeber zur Altbausubstanz in den Städten zu sein. Unabhängig von kulturellen und denkmalspflegerischen Aspekten stellt die vorhandene Bausubstanz unserer Städte einen großen Teil unseres gesellschaftlichen Reichtums dar.

Niemand käme auf den Gedanken, seinen alten Hut wegzuwerfen, ehe er einen neuen hat. Bei Bauten, die bekanntlich nicht so schnell und so billig neu zu beschaffen sind, wird das in manchen Städten bedenkenlos getan. Natürlich gibt es auch alte Substanz, die nicht mehr erhaltenswert ist oder die im Interesse sinnvoller städtebaulicher Umgestaltungen beseitigt werden muß. Im Interesse der Zukunft muß man sich auch von manchem Gewohnten trennen. Es ist nur die Frage, wann, wo und wie.

Nicht immer sind gleich große Flächenabrisse notwendig. Die Kunst des Städtebauers sollte vielmehr darin bestehen, solche Umgestaltungsvarianten vorzuschlagen, die eine schrittweise Erneuerung unter maximaler Nutzung und Aufwertung der Substanz ermöglichen. Es gibt zahlreiche ausgezeichnete Beispiele dafür, daß die Modernisierung der alten Bauten mit hohem ökonomischen Effekt und relativ geringem Materialaufwand zu Lösungen führt, die neuen Bauten zumindest gleichwertig sind.

Die Rekonstruktion der Kröpeliner Straße in Rostock, der Ausbau des Gewandhauses in Dresden und des Schloßkomplexes in Merseburg sollen als Beispiele dafür genügen.

Was auf jeden Fall notwendig ist, ist die Herstellung optimaler Relationen zwischen Neubau, Erhaltung, Modernisierung und Abriß im Rahmen eines wissenschaftlich geplanten Reproduktionszyklus der Bausubstanz (9).

Die Ökonomie der Stadt erfordert vor allem ein Umdenken, die völlige Überwin-

dung oftmals tiefeingefressenen Ressortdenkens und den Schritt zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit im Maßstab der ganzen Stadt und des Territoriums.

Die Ökonomie der Stadt ist nicht einfach ein Rechenexempel, sie ist viel mehr: Sie ist die eigentliche Basis, auf der sich überhaupt erst die sozialistische Stadt herausbilden kann! So wie die heutigen Widersprüche und die in zunehmendem Maße funktionsunfähige Struktur der kapitalistischen Stadt ihre tiefere Ursache in der auf Profiterwirtschaftung beruhenden kapitalistischen Ökonomie der Stadt haben, so wird das Aufblühen der sozialistischen Stadt die Herausbildung einer ihr eigenen Struktur und Lebensweise auf einer sozialistischen Ökonomie beruhen.

Ökonomie des Bauens

Die Ökonomie des Bauens ist wiederum nur als ein Teil der Investitionsökonomie und der Ökonomie der Stadt zu sehen. Für beide ist sie jedoch von erstrangiger Bedeutung. Hier ist deshalb ein entscheidendes Feld des ökonomischen Denkens des Architekten, des intensiven Suchens nach der rationellsten Lösung, eines zutiefst schöpferischen Prozesses der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit mit den Ingenieuren, Technologen und allen Bauschaffenden. Es gilt, solche Projekte zu entwickeln, die sich durch die günstigsten Baukosten, optimale Bauzeiten und effektivsten Materialeinsatz auszeichnen und dabei auch die Rentabilität des Baukombinates gewährleisten. Das gilt für jedes einzelne Projekt und für jede Bauweise.

Die entscheidenden Effekte für die Ökonomie des Bauens liegen jedoch in der komplexen Rationalisierung und der Entwicklung von Pionier- und Spitzenleistungen in der Technologie und Konstruktion, die im Rahmen des Einheitssystems Bau (wie der Beton- und Stahlleichtbau) über Angebotsprojekte, zur breitesten Wirkung kommen können.

Als Architekten sollten wir deshalb bei der Entwicklung des Einheitssystems Bau selbst aktiv mitwirken, denn in dieser Entwicklungsarbeit wird bereits auch über künftige Gestaltungsmöglichkeiten entschieden. Vorteile wie Mängel werden sich hier vervielfacht auswirken.

In diesem Zusammenhang gewinnt meiner Meinung nach auch die umfassende Information der Architekten qualitativ neue Bedeutung. Neben den Katalogen für Bauelemente, Angebotsprojekten usw. sind für die verschiedensten Bereiche Kennziffernkataloge notwendig, die es ermöglichen, sich bei jeder Aufgabe auf die international besten und ökonomischsten Lösungen zu stützen. Vielleicht wäre es der beste Weg, wenn solche Angaben ohne Zeitverlust über das Informationssystem „bauselektronik“ (10) abgefragt werden könnten.

Die ökonomische Qualität der Projekte hängt nicht nur von dem individuellen Verantwortungsbewußtsein des einzelnen Projektanten, sondern immer mehr von seinem Eindringen in die ökonomischen Gesamtzusammenhänge, von seinem Wissen, von seiner Information, d. h. von der ständigen Weiterbildung ab.

Hier ergibt sich gerade für unseren Fachverband eine Aufgabe von größter Bedeutung für die künftige Entwicklung des Architektenberufs. Wenn man die Veranstaltungspläne der Bezirksgruppen durchsieht, so ist unschwer festzustellen, daß auf diesem Gebiet Lücken bestehen. Es gibt bisher nur selten Veranstaltungen des BDA, die sich mit ökonomischen Problemen befassen. Liegt das am mangelnden Interesse? Ich glaube nicht. Meiner Meinung nach hat es dieselbe Ursache wie die ungenügende Behandlung ökonomischer Probleme in unserer Zeitschrift. Es gibt noch relativ wenig neue, praktisch anwendbare Erkenntnisse auf diesem Gebiet. Hier reicht der wissenschaftliche Vorlauf nicht aus. Dessen ungeachtet, gibt es jedoch viele theoretische Erkenntnisse und praktische Erfahrungen, die noch nicht Allgemeingut sind. Sie sollten unmittelbar zum Gegenstand von Weiterbildungsveranstaltungen des BDA werden. Darüber hinaus sollte jedoch versucht werden, in kurzer Frist ein Referentenmaterial für alle Betriebs- und Bezirksgruppen des BDA zusammenzustellen, mit dem alle neuen Erkenntnisse und Erfahrungen bei der Anwendung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Praxis von Städtebau und Architektur allen Kollegen zugänglich gemacht werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einige gestalterische Praktiken erwähnen, die zur Diskussion herausfordern. Immer häufiger kann man bei verschiedenen Bauten die Tendenz erkennen, die äußere Gestalt von der eigentlichen Konstruktion zu trennen. Da werden zum Beispiel Betonaußenwände projektiert. Davor kommt eine Stahlkonstruktion und daran erst die eigentliche visuell wirksame Außenhaut des Gebäudes. Wenn dann solche Außenwand sehr teuer wird, dann fragt man sich zwangsläufig nach der Notwendigkeit.

Oder es werden sehr teure Fassaden mit riesigen verglasten Flächen entworfen. Man könnte vielleicht annehmen, daß dadurch viel Licht in die Bauten dringen soll. Aber dann werden gleichzeitig teure Sonnenschutzgläser, Jalousien und Verschattungs-Konstruktionen angebracht, damit nicht zu viel Licht und Wärme in die Räume dringt. Bei anderen Bauten, wo man Licht und Luft kostenlos haben könnte, schließt man die Fassaden ganz und nimmt teure Beleuchtungs- und Klimaanlagen in Kauf. Ist das nicht eine eigenartige Entwurfslogik?

Ähnliche Probleme gibt es im Innenausbau. Besonders bei einigen neuen gesellschaftlichen Bauten fällt auf, daß wir uns an manchen Stellen einen Aufwand leisten, der in keinem Verhältnis zum Nutzen steht. Das Imponierenwollen mit einem Zurschaustellen von wertvollen Edelhölzern, Marmor, Chrom, eloxiertem Aluminium, Bronze, Kristallglas, Mosaik – mitunter alles in einem Raum – kann doch architektonische Ideen nicht ersetzen.

Oder sehen wir uns neuere städtebauliche Projekte an. Jedermann fällt auf, daß es kaum noch ein Ensemble ohne Hochhaus gibt. Bei diesen Hochhäusern würde man erwarten, daß irgendwelche besonderen Inhalte repräsentieren. Bei näherer Betrachtung stellt sich nicht selten heraus: Es sind ganz normale Wohnungen und Büros übereinandergestapelt, nur hervorgehoben im Modell, funktionell oft nicht begründet, aber sehr teuer.

Alle diese Beispiele zeigen in gewisser Weise eine Loslösung von Funktion, Konstruktion und Form. Also auch gestalterische Auffassungen haben ihre ökonomischen Konsequenzen. Deshalb scheint es mir wichtig, daß wir im BDA auch über die Einheit von Funktion, Konstruktion und Ökonomie in der architektonischen Gestalt als ein grundlegendes architektonisches Prinzip sprechen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und alle Architekten, Ingenieure, Ökonomen, Leiter und Wissenschaftler, die in ihrer Arbeit neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der Ökonomie in Städtebau und Architektur gewonnen haben, bitten: Berichten Sie darüber in der „deutschen architektur“, um Ihre Erfahrungen allen Lesern zugänglich zu machen.

Ich möchte mir zum Abschluß noch ein Wort erlauben: Den Sinn meines Diskussionsbeitrages sehe ich nicht darin, daß die Architekten nun Ökonomen werden. Der Architekt wird auch in Zukunft seine spezifische Aufgabe in der Gesellschaft haben, die ihm kein anderer abnimmt: die harmonische architektonische Gestaltung unserer Umwelt. Diese Aufgabe aber wirklich ernst nehmen, sie mit ganzer Leidenschaft im Interesse der Menschen erfüllen, heißt im sozialistischen Sinne ökonomisch denken, ideenreich gestalten und mit hoher Effektivität bauen.

Literatur

(1) Vitruv: Zehn Bücher über Architektur, Akademie-Verlag, Berlin 1965, S. 457

(2) Ulbricht, W.: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus. Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 121

(3) Stoph, W.: Zum Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1971, Rede auf der 14. Tagung des ZK der SED. In: Neues Deutschland vom 11. 12. 1970, S. 4

(4) Neben bekannten Buchveröffentlichungen sei hier nur auf folgende Beiträge verwiesen:
Meyer, E.; Koch, O.: Gebietsökonomische Berechnungen für die Perspektivplanung. In: Die Wirtschaft, Nr. 50 vom 10. 12. 1970
Brodale, R.; Krause, D.; Stempell, D.; Straubel, J.: Standortoptimierung für Betriebsneubauten in städtischen Industriegebieten. In: deutsche architektur, H. 12/1970, S. 736
Schattel, J.: Wirtschaftlichkeit von Wohnungsstandorten. In: deutsche architektur, H. 5/1970, S. 305
Kress, S.: Optimierungsmethode für die wirtschaftliche Errichtung von Wohngebieten. In: deutsche architektur, H. 6/1970, S. 373
Klauschke, H.; Näther, J.; Peters, G.; Stempell, D.: Elektronische Datenverarbeitung im Städtebau der Hauptstadt Berlin. In: deutsche architektur, H. 12/1969, S. 710
Küttner, L.: Rationalisierung des territorialen Investitionsaufwandes mit Hilfe mathematischer Methoden. In: Deutsche Architektur, H. 8/1967, S. 492

(5) Gramsch, H.-U.: Erst instandhaltungsgerecht ist voll effektiv. In: Die Wirtschaft, Nr. 47 vom 19. November 1970

(6) Vysek, H.; Schollain, H.: Zur Rekonstruktion von städtischen Altwohngebieten. In: deutsche architektur, H. 12/1970, S. 712

(7) Dahms, E.: Die Wärmekostenkennziffer. In: deutsche architektur, H. 4/1969, S. 240

(8) Kind, G.; Stempell, D.: Theorie der Kostenschwellen in der Territorialplanung. In: Deutsche Architektur, H. 7/1966, S. 432

(9) Schmidt, M.: Besonnung im Wohnungsbau. In: deutsche architektur, H. 8/1970, S. 498, und Städtebau und Besonnung. In: deutsche architektur, H. 12/1970, S. 735

(10) Paulick, R.; Rank, E.; Wolfram, W.: Erhaltung und Rekonstruktion der Altbausubstanz. In: Deutsche Architektur, H. 2/1967, S. 71

(11) Draheim, W.: „bauselektronic 70“ – ein automatisiertes Informationsrecherche-System. In: deutsche architektur, H. 2/1970, S. 118



Der BDA ist weiter gewachsen

Aus dem Bericht des Bundessekretärs an die 11. Bundesvorstandssitzung des BDA

Architekt BDA Werner Wachtel

In den Erfahrungsaustauschen der Bezirksvorstände wurden Fragen der weiteren Entwicklung der Arbeit der Bezirksgruppen auf der Grundlage der formulierten und beschlossenen Aufgaben aus den Entschließungen der Bezirkskonferenzen behandelt. Generell ist festzustellen, daß in allen Bezirksgruppen die Bezirkskonferenzen und ihre Ergebnisse ausgewertet wurden, daß im wesentlichen die Grundfragen der Entschließungen in die Jahresarbeitspläne des Jahres 1970 von den Bezirksgruppen aufgenommen wurden.

Die Bezirksgruppen haben im Berichtszeitraum einen qualitativen Aufschwung – natürlich mit unterschiedlichen Qualitäten – zu verzeichnen. Sie beschäftigten sich mit konkreten politisch-ideologischen Fragen und fachbezogenen Aufgaben des Territoriums. Ich möchte in meinem Bericht nun einige Aspekte der Ergebnisse der Erfahrungsaustausche vortragen:

Zur Leitungstätigkeit der Bezirksorgane

Generell haben sich in allen Bezirksgruppen aus den Bezirksgruppenvorständen vorbereitende Organe in Form eines Büros gebildet. Dieses Büro hat die Aufgabe, wichtige Entscheidungsprobleme zur Beschlußfassung vorzubereiten und zu formulieren. Meist setzt sich das Büro aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, einigen Mitgliedern des Bezirksgruppenvorstandes und dem Parteigruppenorganisator zusammen.

Als ein zweites Symptom wurde aus den Erfahrungsaustauschen herausgearbeitet, daß die Bezirksgruppenvorstände immer mehr dazu übergehen, alle Mitglieder des Bezirksgruppenvorstandes mit konkreten Aufgaben der BDA- und fachbezogenen Arbeit zu betrauen und diese für die Realisierung verantwortlich zu machen. Was wir darunter verstehen, möchte ich an einem Beispiel aufzeigen:

In der Bezirksgruppe Erfurt kümmert sich der Vorsitzende besonders um Wettbewerbe und Verpflichtungen, der Vorsitzende der Betriebsgruppe des WBK um die Zusammenarbeit mit der KDT, der Vorsitzende der Bezirksfachgruppe „Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung" um die Zusammenarbeit mit dem Kulturbund und dem VBK in der DDR, Kollege Haubenreißer um die Organisierung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen, Kollege Henn um die Architekturanalyse und Architekturkritik und Professor Doehler um die Weiterbildung.

Das ist eine Möglichkeit, die Arbeit auf breitere Schultern zu verlagern. Entscheidend ist an dem Erfurter Beispiel, daß die Bezirksgruppe in ihrer politisch-ideologischen und fachbezogenen Arbeit wesentlich vorangekommen ist.

Es könnten natürlich noch viele andere Bezirksgruppen hier genannt werden, die ihre Leitungstätigkeit beispielgebend entwickelt haben. Es kommt mir aber heute nur darauf an, einige Tendenzen aufzuzeigen, um alle Bezirksgruppen anzuregen, Überlegungen entsprechend ihrer territorialen Situation anzustellen.

Einige Bemerkungen zum Stand der Weiterbildung

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß heute alle Bezirksgruppen Weiterbildungsmaßnahmen durchführen oder in Angriff genommen haben. Darüber hinaus kann festgestellt werden, daß alle Bezirksgruppen auf dem Gebiete der Weiterbildung qualitativ gewachsen sind.

Führend in der Weiterbildungsarbeit sind unter anderem die Bezirksgruppen Berlin, Erfurt, Dresden, Leipzig, Gera und Halle.

Die Bezirksgruppen haben sich in den Seminaren mit der Aneignung gesellschaftswissenschaftlicher Kenntnisse, mit den Problemen der sozialistischen Wirtschaftsführung und der Wissenschaftsorganisation, insbesondere mit Fragen der Kybernetik, der EDV und der automatisierten Projektierung und natürlich mit Fragen der Theorie und Praxis des Städtebaus und der Architektur beschäftigt. So kann eingeschätzt werden, daß die Grundrichtung, die in den Bezirksseminaren eingeschlagen wurde, richtig ist.

Wesentlich ist für die qualitative inhaltliche Vorbereitung der gesamten Weiterbildungsarbeit, daß die Bezirksvorstände dazu übergegangen sind, Kommissionen für die Weiterbildungsarbeit aus dem Bezirksvorstand zu berufen. Sie haben die Aufgabe, ein System der Weiterbildungsarbeit unter Abstimmung mit anderen Institutionen des Bezirkes zu entwickeln, um der Bezirksgruppe ausgehend von den Aufgaben im Bezirk Themenvorschläge zu unterbreiten. Die Bildung einer solchen Kommission hat zur qualitativen Verbesserung der Weiterbildungsarbeit beigetragen.

Trotz der Erfolge müssen wir jedoch feststellen, daß das Fehlen eines vollwirksamen zentralen Weiterbildungssystems für die Architekten und Städtebauer in der Republik die weitere Entwicklung der Bildungsarbeit im Bezirk behindert. Jeder Bezirk entwickelt zur Zeit entsprechend den Möglichkeiten und der Situation eigene Konzeptionen auf der Grundlage der vorhandenen Fachleute, die solche Vorlesungen halten können. Nach unserer Auffassung ist es notwendig, daß seitens des Ministeriums für Bauwesen hierzu Entscheidungen getroffen werden, die eine einheitliche systematische Weiterbildung sichern.

Im Erfahrungsaustausch in Gera haben wir die Weiterbildungsmaßnahmen des Bundes eingeschätzt. Die Qualifizierung der Kollegen, die in den Bezirken durchgeführt wird, kommt den Mitgliedern und den delegierenden Institutionen, insbesondere den Baukombinaten, zugute, weil wir damit ein höheres Niveau und eine weitere Qualifizierung der Architekten in der Republik erreichen. Diese Qualifizierung kommt letztlich auch der Planerfüllung im Kombinat zugute.

Wir halten es deshalb für nützlich, daß, wie im Beispiel der Bezirksgruppe Erfurt, zu den Seminaren des BDA auch leitende Mitarbeiter aus den staatlichen Institutionen und den Baukombinaten eingeladen werden, damit sie sich überzeugen können, welchen Stand die Weiterbildungsmaßnahmen im Bund erreicht haben.

Wir haben weiterhin festgestellt, daß die Weiterbildungsmaßnahmen ein großer Vorteil für die Vertiefung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die Bildung sozialistischer Kollektive sind. Letztlich wirkt sich das auch positiv auf die Mitgliederwerbung im BDA aus.

Wir sind mit dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Erfurt, Prof. Stahr, übereingekommen, im Weiterbildungsseminar 1970/71 in dieser Bezirksgruppe einen qualitativ neuen Schritt festzulegen. Bisher war es üblich, daß die Teilnehmer an den Seminaren nur als Hörer für die Vortragsreihen

wirksam wurden. Die einzelnen Teilnehmer konnten selbst zuwenig aktiv werden. Die Bezirksgruppe Erfurt wird deshalb ihr Weiterbildungsprogramm für Architekten in Form von Wochenendseminaren mit Arbeiten der Teilnehmer verlangen und abschließen. Das ist zweifelsohne eine neue Form. Wir werden im nächsten Jahr in einer Präsidiumssitzung über die Ergebnisse in Erfurt berichten.

Einige Bemerkungen zur Mitgliederwerbung

Im Berichtszeitraum hat sich der Mitgliederstand des Bundes wesentlich erhöht. Am 30. 9. 1970 hatten wir 2871 Mitglieder. An diesem hervorragenden Ergebnis haben insbesondere folgende Bezirksgruppen großen Anteil: Erfurt, Berlin, Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Rostock, Magdeburg und Leipzig.

In der Zwischenzeit haben wir die 3000er Grenze bereits überschritten, und konnten das 3000. Mitglied unseres Bundes herzlich beglückwünschen.

Zusammenarbeit mit staatlichen Organen

Die Zusammenarbeit mit örtlichen Staatsorganen hat sich weiter gefestigt. Die besten Ergebnisse wurden da erzielt, wo mit den staatlichen Organen anhand konkreter Aufgaben Vereinbarungen abgeschlossen wurden. Es gibt in dieser Hinsicht eine Reihe guter Beispiele. Dafür möchte ich zwei Bezirksgruppen nennen: Einmal die Bezirksgruppe Leipzig, die eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig organisiert hat, und die Bezirksgruppe Halle. Die Bezirksgruppe Halle hat konkrete Vorschläge über den Wohnungsbau im Bezirk im Perspektivplanzeitraum für die Jahre bis 1975 ausgearbeitet und diese zur Grundlage eines gemeinsamen Gespräches mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes gemacht, um mitzuhelfen, komplizierte Probleme, die in dem Ballungsgebiet des Bezirkes Halle auf dem Gebiete des Wohnungsbaus vorliegen, lösen zu können. Gleichzeitig wurde dieses Beispiel in der Öffentlichkeit publiziert. Darüber hinaus wurde auf der gleichen Grundlage von der Fachgruppe „Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung“ eine Stellungnahme ausgearbeitet, wie unter den gegebenen Bedingungen eine höhere Qualität bei der Schaffung von Grünanlagen in Halle-Neustadt erreicht werden kann.

Wir sind der Auffassung, daß die Beispiele Leipzig und Halle zeigen, daß solche Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen richtig ist, weil sie hilft, echte Probleme zu lösen und gleichzeitig auch das Ansehen des BDA zu stärken.

Arbeit der Bezirksgruppen

Die Erfahrungsaustausche haben weiter gezeigt, daß die Bezirksvorstände der Betriebsgruppenarbeit immer mehr Beachtung schenken. Die Betriebsgruppen spielen in der Entwicklung unseres Verbandes eine bedeutendere Rolle. Die aktivsten Betriebsgruppen sind dazu übergegangen, mit den Kombinatsleitungen vertragliche Vereinbarungen über die Mitarbeit an kombinatsbezogenen Aufgaben abzuschließen. Die Erfahrungen zeigen, daß die Betriebsgruppen gute Erfolge im Kombinat und in ihrer BDA-Arbeit haben, wenn sie auf der Grundlage eines konkreten Planes und einer vertraglichen Vereinbarung mit den Kombinatsleitungen zusammenarbeiten.

Entsprechend der Bedeutung der Betriebsgruppen, der Kreisgruppen und der Bezirksgruppen in unserer Gesamtarbeit haben viele den Wunsch geäußert, daß zur Frage der inhaltlichen Einheit und der Organisierung der Gesamtarbeit von Betriebs-, Kreis- und Bezirksgruppen als eine in sich geschlossene Einheit der Führungstätigkeit der VI. Bundeskongreß für ihre politisch-ideologische und fachbezogene Arbeit erweiterte Beschlüsse fassen muß. Wenn früher die Hauptarbeit des BDA in den Bezirksgruppen geleistet wurde, so hat sich die Arbeit heute immer mehr auch auf die Ebene der Kreis- und Betriebsgruppen verlagert. Wir gehen heute so weit, daß wir sagen, das Primat der Arbeit im Bund haben in einer Reihe von Hauptfragen die Betriebsgruppen in den Baukombinaten sowie in den staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen.

Die Erfahrungsaustausche haben gleichzeitig gezeigt, daß auch die Bezirksfachgruppenarbeit entsprechend der neuen Situation in Vorbereitung des VI. Bundeskongresses neu durchdacht werden muß.

Architekturanalyse

Ein weiterer wesentlicher Gegenstand unserer Beratungen war die Analyse auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur. Alle Bezirksgruppen arbeiten an dem Grundproblem der kritischen und parteilichen Einschätzung des Gebauten. Da seitens des Bundesvorstandes zur Ausarbeitung der Analysen keine Direktive herausgegeben wurde, war zwangsläufig die Folge, daß jede Bezirksgruppe unterschiedlich an die Lösung der Gesamtfrage herangegangen ist. Wir können also einschätzen, daß die vorhandenen Analysen im Ergebnis unterschiedliche Qualitäten aufweisen.

In meinem Bericht in der „deutschen architektur“ über die Ergebnisse der Bezirkskonferenzen bin ich sehr eingehend auf den Stand der Arbeit mit den Analysen eingegangen, so daß ich dazu heute nur einige ergänzende Ausführungen machen möchte.

Die Bezirksgruppe Leipzig hat zum Beispiel die von ihr ausgearbeitete Analyse nicht nur den Mitgliedern der Bezirksgruppe zur Verfügung gestellt, sondern auch der Öffentlichkeit und den staatlichen Organen übergeben. Bedauerlich ist jedoch, daß die Bezirksgruppe bis heute keinerlei Echo auf diese Ausarbeitung erhalten hat.

Das ganze Gegenteil ist in der Bezirksgruppe Magdeburg zu verzeichnen. Auch dort wurde die Analyse verschiedenen Institutionen übergeben. Die Auswertung der Analyse erfolgte dann mit den staatlichen Organen des Bezirkes. Das halten wir für richtig, denn Sinn und Zweck hat natürlich die Ausarbeitung solcher Analysen nur dann, wenn sie sich auf die weitere Entwicklung des Städtebaus und der Architektur fördernd auswirkt, das heißt, wenn sie genutzt wird, um die Qualität und Effektivität der Projekte und Bauten zu erhöhen.

In der Diskussion wurde das Problem aufgeworfen, wie wir bei der Ausarbeitung der Analysen zu einer höheren Qualität kommen und wie wir sie im Republikmaßstab vergleichbar machen können.

Die Bezirksgruppe Erfurt hat dazu bereits eine Methode entwickelt, und zwar:

1. Stufe – Analysierung von Einzelgebäuden.

2. Stufe – Analysierung von Einzelkomplexen, Wohnkomplexen, Wohngebieten bis zur Fertigstellung.

3. Stufe – Analysierung der Generalbebauungsplanung, der Städte, der Bauentwicklung.

Das Erfurter Beispiel ist eine Möglichkeit, methodisch voranzukommen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches schlagen wir vor, daß auf der nächsten Bundesvorstandssitzung die Bildung einer Arbeitsgruppe beschlossen werden sollte, die Grundsätze und Kriterien für die Erarbeitung von vergleichbaren Analysen ausarbeitet.

Das Büro des Präsidiums sollte beauftragt werden, einen namentlichen Vorschlag für diese Arbeitsgruppe dem Bundesvorstand zu unterbreiten.

Unser Präsident hatte sich in einem Brief an die Bezirksgruppen gewandt mit der Bitte, daß alle Betriebs-, Kreis- und Bezirksgruppen die Anstrengungen zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne unterstützen. Dieser Brief hat in allen Betriebs- und Bezirksgruppen einen starken Widerhall gefunden. Die Betriebsgruppen in den Baukombinaten haben mit den Kombinatsleitungen gemeinsam festgelegt, wie sie Planrückständen zu Leibe rücken können. Unsere Mitglieder haben auf diese Weise unmittelbar dazu beigetragen, die Planerfüllung in den Baukombinaten zu sichern.

Zusammenfassend können wir einschätzen, daß die Bezirksgruppen bei der Erfüllung der Beschlüsse der Bezirkskonferenzen in der politisch-ideologischen und fachbezogenen Arbeit weiter gewachsen sind. Wir möchten deshalb allen Kollegen in den Bezirken unseren herzlichen Dank für die von ihnen geleistete Arbeit in dieser Periode aussprechen. Die Fortschritte in unserer Arbeit geben uns zugleich einen Ansporn, in Vorbereitung unseres VI. Bundeskongresses neue Aufgaben in Angriff zu nehmen und zu lösen.

Architektur-wettbewerb 1970

In einer Festveranstaltung des Bundesvorstandes des BDA im Erfurter Rathaus wurden die Preisträger im „Architekturwettbewerb 1970" ausgezeichnet. Der Wettbewerb, der nunmehr das fünfte Mal von der Zeitschrift „deutsche architektur" mit Unterstützung des BDA und des Ministeriums für Bauwesen ausgeschrieben wurde, fand damit seinen würdigen Abschluß.

„Der Wettbewerb" – so hieß es in der Ausschreibung – „hat das Ziel, die Entwicklung der sozialistischen Architektur und ihre Synthese mit der bildenden Kunst zu fördern, die besten fertiggestellten Bauwerke in der Deutschen Demokratischen Republik zu ermitteln und deren Autoren auszuzeichnen." Hat der Wettbewerb dieses Ziel erfüllt? Von den Bezirksgruppen des BDA wurden 47 Arbeiten – weit mehr als in vergangenen Jahren – eingereicht. Die Jury, die unter Vorsitz von Prof. Dipl.-Architekt Edmund Collein tagte, hatte keine leichte Wahl, denn viele der vorgelegten Arbeiten konnten auf Grund ihrer Qualität als preiswürdig angesehen werden. Es ging aber nicht einfach um gute Bauten, sondern um beispielgebende Arbeiten, die in bestimmter Weise richtungweisend für die weitere Entwicklung waren oder noch sind. Das ist immer ein gewisses Problem bei der Beurteilung fertiggestellter Bauten: Die Ideen und das Projekt dafür sind ja meist schon vor 2 bis 5 Jahren entstanden. Seitdem ist die Entwicklung weitergegangen. Es darf keinen Stillstand in der Architektur geben. Diese Dynamik ist also immer in die Beurteilung einzubeziehen.

Es ging bei diesem Wettbewerb auch nicht allein um ästhetische Fragen, sondern darum, wie die Autoren ihrer Gesamtverantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht wurden, um Fragen also, die von der Jury schwerlich allein beurteilt werden können. Deshalb spielten die Stellungnahmen der Auftraggeber oder Nutzer zur Funktionsfähigkeit und zur Ökonomie der Bauten bei der Entscheidung der Jury eine wesentliche Rolle. Zum Beispiel wurden Bauten, bei denen die veranschlagten Kosten durch Mängel in der Projektierung nicht eingehalten werden konnten, ausgeschieden, weil die Angebotstreue eine entscheidende moralische Basis für ein echtes Vertrauens- und Partnerschaftsverhältnis zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber und Architekt darstellt.

Die Jury hat versucht, in diesem Sinne eine möglichst objektive Beurteilung zu finden. Sie konnte dabei feststellen, daß auf vielen Gebieten des Architekturschaffens der DDR beachtliche Fortschritte sichtbar geworden sind. Das Streben um die Herausbildung charakteristischer Wesenszüge der sozialistischen Architektur, das mit einem tieferen Eindringen in den neuen sozialen Inhalt der gesamten Umweltgestaltung verbunden ist, fängt an Früchte zu tragen. Auch hinsichtlich der Entwicklung neuer Technologien, der ökonomischen Effektivität und der Qualität der Bauausführung sind neue Maßstäbe gesetzt worden. Die Jury mußte aber auch kritisch vermerken, daß gerade in der Entwicklung des für die kommenden Jahre wichtigen mehrgeschossigen Massenwohnungsbaus ein Zurückbleiben zu verzeichnen ist.

Bei der insgesamt guten Beteiligung an diesem Wettbewerb bleibt es eigentlich unverständlich, warum die Bezirksgruppen Suhl und Neubrandenburg, deren Mitglieder zweifellos einige bemerkenswerte Leistungen aufzuweisen haben, auf die Einreichung von Arbeiten verzichtet haben. Vielleicht sollten die Bezirksvorstände diese Frage noch einmal kritisch diskutieren.

Die Jury brachte in ihrem Protokoll auch zum Ausdruck, daß es künftig sinnvoll wäre, in diesen Wettbewerb auch andere schöpferische Arbeiten von Architekten, die bisher auf diese Weise keine Würdigung finden konnten, wie zum Beispiel städtebauliche Ensembles und Planungen, Leistungen der Landschaftsgestaltung sowie wissenschaftliche, architekturtheoretische und architekturkritische Arbeiten einzubeziehen. Wir werden diesen Hinweis ernsthaft prüfen und nach geeigneten Wegen suchen.



Der BDA-Präsident Prof. Collein beglückwünscht die Autoren des Kulturpalastes in Dresden, Architekt BDA Wolfgang Hänsch und Architekt BDA Herbert Löschau, zu ihrem 1. Preis.

Als Auslober sei es unserer Redaktion gestattet, auch auf diesem Wege noch einmal allen Teilnehmern, den Bezirksvorständen des BDA, den Vorprüfern und der Jury, die mit ihrer Arbeit dazu beitrugen, daß wir den Wettbewerb erfolgreich abschließen konnten, unseren Dank und den Preisträgern unsere Glückwünsche auszusprechen. Wir sehen in der Auszeichnung für die Architekten zugleich eine Anerkennung für die gesellschaftlichen Auftraggeber, die gute Projekte ermöglichten, und für die Kollektive der Bauausführung, die diese Projekte mit großem Können Wirklichkeit werden ließen.

Redaktion „deutsche architektur"



1. Preis
Erweiterungsbau im Werk „Optima" Erfurt

Bautechnische
Studie: Bereich Technik, Abt. Bauentwurf
Leiter: Dr.-Ing. Karl-Heinz Lander
Autor: Dipl.-Ing. Dietrich Schumann
Ausführungsprojekt:
Produktionsbereich 58
Leiter: Bauing. Horst Ludwig
Bearbeiter: Bauing. Hans-Joachim Gebhardt
Dipl.-Ing. Hans Forner
Bauing. Hans Berth
VE Bau- und Montagekombinat Erfurt

Aus der Einschätzung der Jury:

Dieser Erweiterungsbau ist beispielhaft für Bauvorhaben im Zuge der komplexen sozialistischen Rationalisierung, für die günstige funktionelle Verbindung mit vorhandenen Produktionsanlagen im Stadtgebiet und die harmonische städtebauliche Einordnung einer modernen Industrieanlage unter sorgfältiger Berücksichtigung bedeutender Baudenkmäler in der Nähe des Werkes. Hervorzuheben ist, daß die Autoren bei schöpferischer Anwendung eines für andere Zwecke entwickelten Angebotsprojektes ein wirtschaftlich, mit industriellen Methoden errichtetes und hervorragend gestaltetes Bauwerk schufen, das den Werktätigen dieses Betriebes gute Arbeitsbedingungen bietet.



1. Preis
Wohnensemble Leninplatz in Berlin

Projektierungskollektiv Dipl.-Ing. Heinz Mehlan
VE Wohnungsbaukombinat Berlin

Aus der Einschätzung der Jury:

Diese Arbeit wurde als ein Beispiel für den Weg einer Synthese der monumentalen Kunst mit der Architektur ausgezeichnet. Sie stellt einen wichtigen Schritt dar, durch die Verbindung von modernen, mit industriellen Methoden errichteten Werken der Architektur und monumentaler Plastik, den revolutionären Ideen des Sozialismus in unserer Epoche Ausdruck zu verleihen und ist ein würdiger Beitrag der Architekten, bildenden Künstler und der Bauschaffenden zum Lenin-Jahr 1970.

Das Lenin-Monument gestaltete Prof. Nikolai Wassiljewitsch Tomski, Moskau. Die städtebauliche Konzeption entstand in Gemeinschaftsarbeit zwischen der Deutschen Bauakademie, dem Bezirksbauamt Berlin (Bereich Städtebau und Architektur, Leitung: Chefarchitekt Dipl.-Ing. Joachim Näther) und dem VE WBK Berlin.
Grundlage bildete der preisgekrönte städtebauliche Wettbewerbsentwurf eines Architektenkollektivs des Institutes für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie unter Leitung von Prof. Hermann Henselmann. red.

1. Preis
Kulturpalast in Dresden

Architekt BDA Wolfgang Hänsch
Architekt BDA Herbert Löschau
VEB Baukombinat Dresden

Aus der Einschätzung der Jury:

Mit diesem architektonisch eindrucksvollen Bauwerk wurde ein neuer Typ eines Zentrums sozialistischer Kultur geschaffen, das sich durch die enge Verbindung von Kunsterlebnis und aktiver kultureller Betätigung sowie durch die Vielfalt der Nutzungsmöglichkeiten und Veranstaltungsformen auszeichnet. Das Gebäude ist ein neuer Anziehungspunkt des Zentrums von Dresden geworden, der das kulturelle Leben der Stadt in vielfältiger Weise bereichert. Hervorzuheben ist dabei das Bestreben, Architektur und bildende Kunst zu einer sich gegenseitig bereichernden Wirkung zu bringen. Der Nutzer hebt darüber hinaus die gute funktionelle Gliederung und die beispielhaften technischen Bedingungen für die Mehrzwecknutzung des Festsaales hervor. Die erreichten ökonomischen Kennziffern wurden von der einreichenden Bezirksgruppe günstig bewertet.



1. Preis
Fernsehturm Berlin

Projektierungskollektiv des VE BMK Kohle und Energie, BT Industrieprojektierung Berlin

An der Projektierung wirkten mit:

Entwurfskonzeption Architektonische Gestaltung:	Dipl.-Ing. Fritz Dieter Architekt BDA Günter Franke
Ingenieurkonstruktion:	Dipl.-Ing. Werner Ahrendt
Künstlerische Beratung:	Prof. Hermann Henselmann
Gesamtleitung:	Bauing. Werner Kiss Bauing. Joachim Petersohn Dipl.-Ing. Friedrich Stromberg Bauing. Rudolf Knippel Architekt BDA Ernest Zink
Hochbau:	Architekt BDA Günter Franke Dipl.-Ing. Fritz Dieter Dipl.-Ing. Horst Witter Dipl.-Arch. Klaus Thimm Dipl.-Ing. Werner Neumann Architekt BDA Günther Kollmann Bautechniker Gerda Haak
Innengestaltung im gesellschaftlichen Bereich:	Architekt BDA Hans Lepak Dipl.-Arch. Ursula Schneider

Sowie weitere Mitarbeiter (Siehe „deutsche architektur“, Heft 8/1970, S. 461)

Aus der Einschätzung der Jury:

Der Fernsehturm in Berlin ist nicht nur eine technische Spitzenleistung. Er ist vor allem in kurzer Zeit zu einem neuen architektonischen Wahrzeichen des sozialistischen Zentrums der Hauptstadt der DDR geworden. Seine einmalige Form, die interessante und funktionell gut geordnete Gestaltung seines öffentlichen Bereiches haben ihn zum Anziehungspunkt von Millionen Besuchern gemacht. Der Nutzer hebt darüber hinaus die gute Erfüllung der technologischen Erfordernisse hervor.

Das Projekt entstand unter Verwendung einer Gestaltungsidee von Prof. Hermann Henselmann. red.



1. Preis
Stadtambulatorium in Karl-Marx-Stadt

Bauing. Günter Schlegel, Architekt
Dipl.-Ing. Wolfgang Seidel, Architekt
Architekt BDA, Erich Weigel
VE Wohnungsbaukombinat Karl-Marx-Stadt



Aus der Einschätzung der Jury:

Dieses Gebäude zeichnet sich durch eine betont ruhige und klare architektonische Gestaltung und eine für ähnliche Bauten beispielhafte funktionelle Lösung aus. Der Nutzer hebt dabei besonders die Gestaltung der zentralen Besucherhalle, die den üblichen Wartezimmercharakter überwindet, sowie die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal, die die Arbeitsfreude und die Bildung fester Kollektive fördert, hervor. Anerkennung verdient auch die sinnvolle Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst. Die vorgegebenen Kosten wurden eingehalten.



1. Preis
Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus in Berlin

Dipl.-Architekt Lothar Kwasnitza
VE BMK Ingenieurhochbau Berlin

Aus der Einschätzung der Jury:

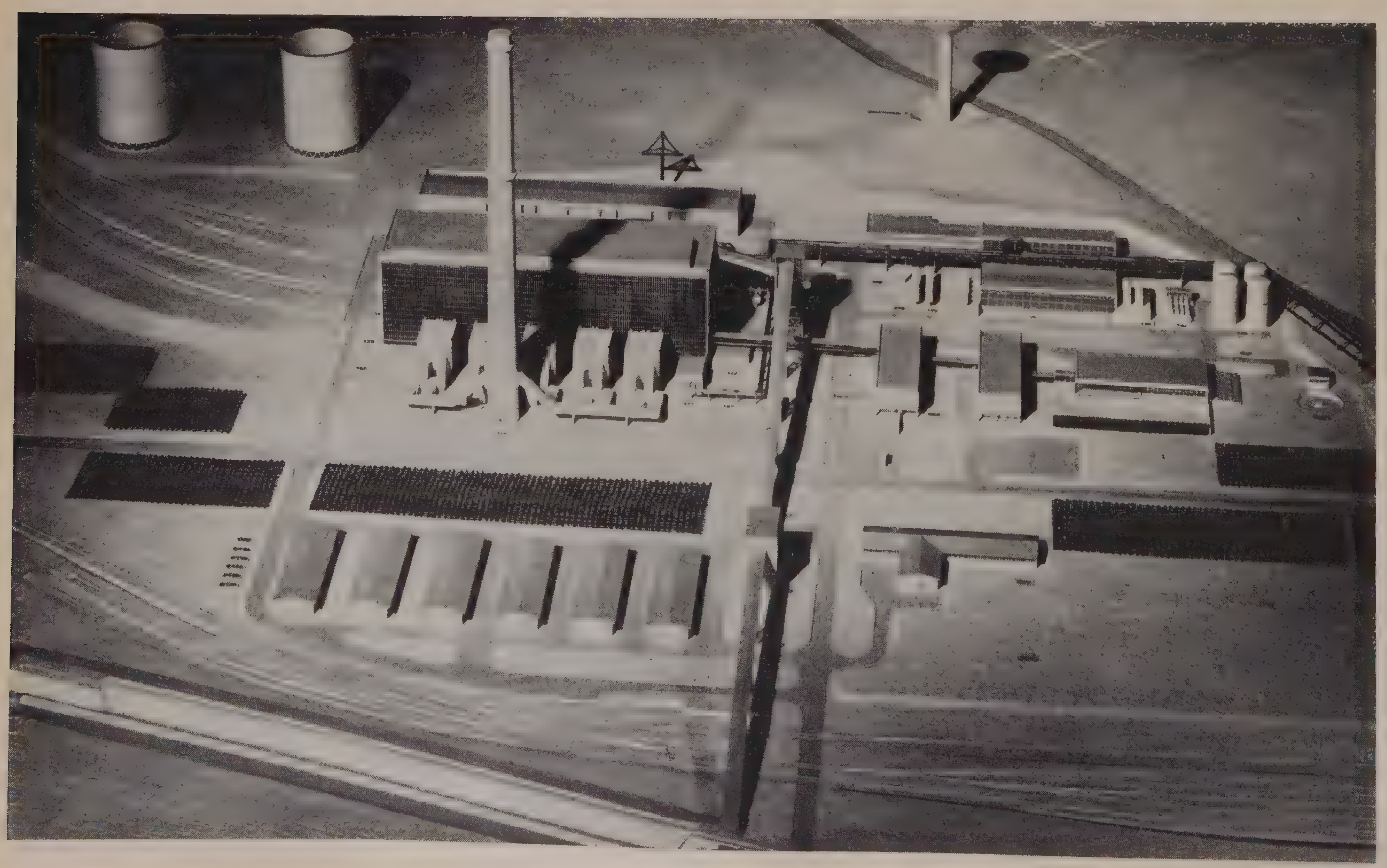
Die Rekonstruktion des Innenraumes dieses bedeutenden historischen Bauwerkes ist durch die architektonische Disziplin gegenüber der alten Form und die ausdrucksvolle Gestaltgebung eines neuen Inhalts als eine beispielhafte Leistung anzusehen. In Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern wurde eine Lösung gefunden, die dem Ernst der humanistischen Idee, die Lebenden zu mahnen und den Frieden zu schützen, tiefen Ausdruck verleiht.

2. Preis
Industriekraftwerk „DSF" Phönix in Mumsdorf

Architekt BDA Helmut Rüpprich
Dr.-Ing. Otto Baer, BDA
Obering. Horst Götze
VE BMK Kohle und Energie,
BT Industrieprojektierung Dresden

Aus der Einschätzung der Jury:

Bei rationeller Anwendung industrieller Baumethoden und vorgefertigter Stahlbetonelemente haben die Autoren eine einheitliche architektonische Gestaltung der gesamten Kraftwerksanlage erreicht, die bis ins Detail das Streben sichtbar werden läßt, eine harmonische Gestaltung der Arbeitsumwelt zu erreichen. Die vorgegebenen Kosten wurden eingehalten. Der Investträger hebt besonders die zweckmäßige Funktionslösung, die Farbkomposition und die gute Gestaltung der Außenanlagen hervor.



2. Preis
Milchproduktionsstallanlage
im VEG Dudendorf

Dr.-Ing. et. agr. habil. Gerd Zimmermann
Projektierungsbüro für Landwirtschaftsbau Rostock





Aus der Einschätzung der Jury:

Durch eine rationelle Kompaktierung der Anlage wurde ein sehr gute funktionelle Lösung für die Anwendung industrieller Methoden bei der Milchviehhaltung gefunden, die auch architektonisch gut bewältigt wurde. Die Anwendung rationeller Baumethoden und moderner Betriebstechnologie sicherte die Einhaltung der vorgegebenen ökonomischen Kennziffern und führte, wie der Auftraggeber bestätigte, zu einem hohen Nutzeffekt der Investitionen.

2. Preis
16geschossiges Punktwohnhaus
in Erfurt

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
VEB Wohnungsbaukombinat Erfurt



Aus der Einschätzung der Jury:

Der sehr kompakte Grundriß und die rationelle Anwendung der Plattenbauweise führten zu einem für derartige Bauten günstigen ökonomischen Ergebnis. Besondere Anerkennung findet die hohe Wohnqualität, das breite Angebot differenzierter Wohnungsgrößen (1 bis 6 Räume) und die architektonische Gestaltung. Im Leistungsvergleich des Erzeugnisgruppenverbandes Wohnhochhäuser nahm dieses Projekt den ersten Platz ein.



2. Preis
Wohnhochhaus am Fischerkietz in Berlin

Dr.-Ing. Hans-Peter Schmiedel
Dr.-Ing. Manfred Zumpe
in Zusammenarbeit mit:
Architekt BDA Wolfgang Radke und
Architekt G. Piesker
VE Wohnungsbaukombinat Berlin

Aus der Einschätzung der Jury:

Dieses Wohnhochhaus wurde als erstes 23geschossiges Wohngebäude in der Plattenbauweise errichtet. Das Gebäude wurde im Rahmen eines speziellen Wohnungsbausystems für die Anwendung in zentralen städtischen Bereichen entwickelt, wo eine hohe Effektivität der Baulandnutzung und hohe Wohndichten erreicht werden sollen. Es stellt ein Experiment dar, bei dem viele technische und technologische Neuentwicklungen für den Bau von Wohnhochhäusern erstmals erprobt wurden.
Bei Einhaltung der vorgegebenen Kosten (bestätigt durch den Investträger) wurde eine hohe Wohnqualität erreicht.



2. Preis
Mehrzweckgaststätte „Am Stadttor" in Cottbus

Architekt BDA Gerhard Baer
VE Wohnungsbaukombinat Cottbus

Aus der Einschätzung der Jury:

Diese Arbeit zeichnet sich durch die einfühlsame städtebauliche Einordnung in historische Bausubstanz, eine sehr lebendige Gestaltung in enger Verbindung mit Werken der bildenden Kunst und durch variable Nutzungsmöglichkeiten aus. Der Nutzer hebt dabei gleichzeitig die Behaglichkeit der Gasträume, die viele Gäste anzieht, die gute funktionelle Lösung und die Einhaltung der Baukosten hervor.



2. Preis
Kunsthalle in Rostock

Architekt Hans Fleischhauer
Architekt Martin Halwas
VE Wohnungsbaukombinat Rostock

Aus der Einschätzung der Jury:

Die neue Kunsthalle am Schwanenteich in Rostock verdient durch ihre klare architektonische Gliederung, ihre gute Einordnung in die Parkanlage und die funktionelle Lösung, die eine differenzierte Nutzung ermöglicht, besondere Anerkennung. Die zurückhaltende Gestaltung entspricht der Absicht, die Aufmerksamkeit der Besucher ganz auf den Inhalt der ausgestellten Kunstwerke zu lenken. Lage und Gestaltung der Kunsthalle tragen nach Einschätzung des Nutzers dazu bei, viele Menschen anzuziehen und ihr Interesse für die Kunst zu fördern.







2. Preis
Rekonstruktion Kröpeliner Tor in Rostock

Architekt BDA Brigitte Tauscher
VE Wohnungsbaukombinat Rostock

Aus der Einschätzung der Jury:

Bei sorgfältiger Erhaltung der unter Denkmalschutz stehenden Substanz wurde der Innenraum des mittelalterlichen Stadttores zu einem interessanten Museum für die Stadtgeschichte ausgebaut. Der sehr gut gelungene Einbau von Türen, Treppen, Vitrinen und Ausstellungsstücken betont den kulturhistorischen Wert des alten Bauwerkes. Die Arbeit ist ein Beispiel für die sinnvolle Nutzung historischer Bauten für unsere Zeit.

2. Preis
Rekonstruktion Rathaus und Gebäude am Markt in Gera

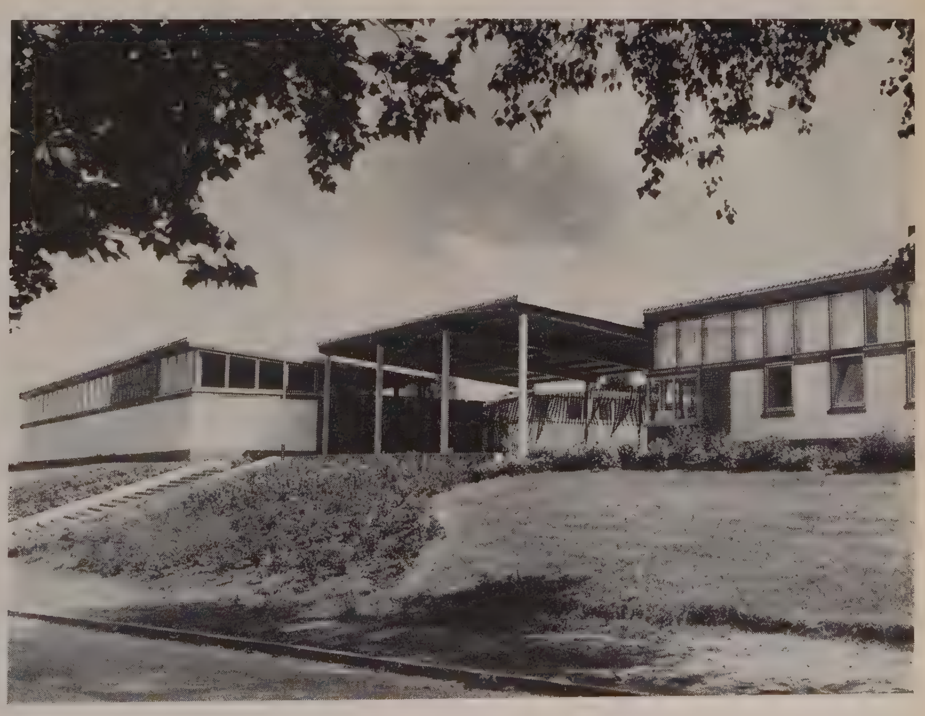
Architekt Chlotar Seyfarth
Rat der Stadt Gera

Aus der Einschätzung der Jury:

Die Rekonstruktion dieser historischen Gebäude ist eine bedeutende denkmalpflegerische Leistung, die dazu beitrug, einen alten Platz mit neuem Leben zu erfüllen.
Bei der Rekonstruktion der alten Gebäude wurden zugleich mit günstigem ökonomischem Aufwand neuer Wohnraum und interessante gesellschaftliche Einrichtungen geschaffen.

Anerkennung
Volksbad Brandenburg

Architekt BDA Gerhard Baum,
Dipl.-Ing. Klaus Stehr
Gartenarchitekt Hansjoachim Hamann
VEB Wohnungsbaukombinat Potsdam
BT Projektierung Brandenburg



Aus der Einschätzung der Jury:

Das Volksbad Brandenburg verdient für seine lebendige architektonische Gestaltung, die gute Einbeziehung der Gartengestaltung und der bildenden Kunst besondere Anerkennung. Es ist sehr schnell ein beliebter Treffpunkt – besonders der Jugend – für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und aktive Erholung geworden und soll künftig in die Gesamtgestaltung eines Naherholungszentrums einbezogen werden. Der Nutzer hebt außerdem die guten Bedingungen der Anlage für internationale Wettkämpfe hervor.



BDA verlieh Schinkel-Medaille

In einer Festveranstaltung des Bundesvorstandes des BDA am 4. 12. 1970 wurden verdienstvolle, aktive Mitglieder des Bundes mit der neugestifteten Karl-Friedrich-Schinkel-Medaille geehrt. Der 1. Vizepräsident des BDA, Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke nahm die Auszeichnung vor.

Für überragende Verdienste um die Entwicklung des Bundes Deutscher Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik wurden mit der Karl-Friedrich-Schinkel-Medaille in Gold ausgezeichnet:

Kollege Professor Edmund Collein, Präsident des Bundes Deutscher Architekten in der DDR
Kollege Professor Hanns Hopp, Ehrenpräsident des Bundes Deutscher Architekten in der DDR
Kollege Professor Dr.-Ing. e. h. Heinrich Rettig.

Mit der Karl-Friedrich-Schinkel-Medaille in Silber wurden ausgezeichnet:

Kollege Professor Dr.-Ing. Joachim Bach
Kollege Martin Grebin
Kollege Dr. Helmut Lichey
Kollege Kurt Tauscher
Kollege Ulrich Janzen
Kollege Erich Kaufmann
Kollege Peter Stange
Kollege Werner Franck
Kollege Christian Zeil
Kollege Horst Schöpke
Kollege Werner Prendel
Kollege Gerhard Guder
Kollege Kurt Leucht
Kollege Siegfried Emmerich
Kollege Harald Schultz
Kollege Dr.-Ing. Karl-Heinz Schlesier
Kollege Erich Bucholz
Kollege Johannes Schulze
Kollege Frieder Gebhardt
Kollege Rudolf Hager
Kollege Lothar Hahn
Kollege Werner Lonitz
Kollege Ottfried Triebel
Kollege Professor Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr

Mit der Karl-Friedrich-Schinkel-Medaille in Bronze wurden ausgezeichnet:

Kollege Alfred Radner
Kollege Bernhard Kadzioch
Kollege Rolf Andreas
Kollege Werner Lösler
Kollege Christoph Dielitzsch
Kollege Gottfried Funeck
Kollege Dietmar Kuntsch
Kollege Karl Ernst Swora
Kollege Dr. Friedrich-Karl Mann
Kollege Klaus-Dieter Fahrland
Kollege Heinz Kästner
Kollege Gerhard Müller
Kollege Dr. Udo Fehrmann
Kollege Axel Magdeburg
Kollege Herbert Cammradt
Kollege Horst Heinemann
Kollege Rolf Billig
Kollege Jürgen Löber
Kollege Berthold Schneider
Kollege Heinz Wilde
Kollege Roland Kluge
Kollege Günter Hauptmann
Kollege Karlheinz Günter
Kollege Hanns Höhns
Kollege Wolfgang König
Kollege Helmut Unbehaun



1



2

3



1|2|3
Der 1. Vizepräsident des BDA, Prof. Hans Gericke, beglückwünscht den Präsidenten des BDA, Prof. Edmund Collein, den Ehrenpräsidenten Prof. Hanns Hopp und Prof. Dr.-Ing. e. h. Heinrich Rettig zur Verleihung der Schinkelmedaille in Gold.

Aus dem Bericht der Kommission Projektierung

über einige Probleme der bautechnischen Projektierung, den Architekt BDA Alfred Dorn auf der 11. Bundesvorstandssitzung des BDA vortrug

Eine wichtige Führungsgröße der Volkswirtschaft und damit für den gesellschaftlichen Auftrag des Bauwesens, insbesondere für die Projektanten, ist der optimale Nutzeffekt bei der Erhöhung und Verwendung des Nationaleinkommens. Im Rahmen der Volkswirtschaft müssen alle Systeme und Teilsysteme, die der Realisierung unserer Investitionen dienen, auf diese Größe gerichtet sein und von ihr ausgehen.

Diese Zielstellung erfordert, den gesellschaftlichen Anforderungen voll Rechnung zu tragen und die Effektivität der Baukombinate zu erhöhen. Die Aufgaben der Teilsysteme Planung und Vorbereitung der Investitionen sind dabei noch zu wenig präzisiert, gestatten daher immer wieder eine Verwischung der Verantwortlichkeit und führen zu ökonomischen Verlusten der Kombinate. Es sind darum Festlegungen zu treffen, die diesen Zustand verändern.

Das Jahr 1970 hat uns sehr deutlich gezeigt, daß bestimmte Zielstellungen nicht erreicht wurden, weil eine teilweise mangelhafte Vorbereitung der Investitionen zu operativen Handlungen zwang, die sich letztendlich als Verluste des Bauwesens und damit der Volkswirtschaft niederschlugen. Die Aufgaben des Jahres 1971 mit der konsequenten Konzentration der Investitionen auf die strukturbestimmenden Zweige, den Wohnungsbau unter Einbeziehung der Schulen und Kindereinrichtungen sowie die Fertigstellung von Bauten in den wichtigsten Stadtzentren müssen einhergehen mit der Konzentration der Projektierung auf die Vorbereitung dieser Maßnahmen. Damit muß der qualitative Vorlauf erreicht werden, den wir benötigen, damit die Bauwirtschaft zügig und effektiv arbeiten kann.

Die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Bauwesen als Ganzes und die Entwicklung des Einheitssystems Bau verlangen eine neue Qualität der wissenschaftlichen Führungstätigkeit der staatlichen Leitung im Bauwesen einerseits, aber auch der Kombinate andererseits.

Aus dieser Erkenntnis heraus ergibt sich zum Beispiel für die Wohnungsbaukombinate die Aufgabe, der Bevölkerung moderne Wohnbauten und gesellschaftliche Einrichtungen mit hoher Qualität zu übergeben.

Zur Lösung dieser Aufgaben sind die Vorteile der sozialistischen Gesellschaftsordnung über die Durchsetzung wissenschaftlicher Leitungsmethoden, beginnend bei der städtebaulichen Planung bis zur Übergabe nutzungsfähiger Wohngebiete, voll auszuschöpfen. Das trifft sinngemäß natürlich auch auf die Aufgaben zu, die unsere Industrie- und Spezialbaukombinate durchführen.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Dr. Kurt Fichtner, hat im Schlußwort zur Projektierungskonferenz im Mai 1970 diesen Zusammenhang klar und eindeutig als Aufgabenstellung formuliert.

In enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit von Städtebauern, technologischen und bautechnischen Projektanten, Gutachtern und gesellschaftlichen Auftraggebern – und hier sind die Mitglieder des BDA überall mit verankert – ist eine den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende räumliche und zeitliche Einordnung der Investitionen festzulegen. Die Investitionsforderungen sind einer exakten Prüfung zu unterziehen, noch ehe der erste Bleistiftstrich für das eigentliche Projekt gezogen wird.

Es ist ein Hauptanliegen des Einheitssystems Bau, die Vergeudung geistiger Arbeit zu überwinden und mit Systemlösungen für die gesamte Vorbereitung der Investitionen und die eigentlichen Projektierungsprozesse reale Möglichkeiten zu finden, wie die Produktivkraft Wissenschaft in den bauvorbereitenden Prozessen wesentlich effektiver genutzt werden kann.

Die Kommission Projektierung und die Bezirkskonferenzen des BDA haben sich mit dieser Problematik eingehend beschäftigt. Die Kommission Projektierung hat eine Reihe von Problemen untersucht und Gedanken entwickelt, die ich dem Bundesvorstand vortragen möchte, damit sie auf dem Bundeskongreß behandelt werden können und wir als Bund in die Lage versetzt werden, konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Projektierung unterbreiten zu können.

Die Projektierungskommission stützt sich dabei in ihrer Meinungsbildung auf Darlegungen der Bezirksgruppen des BDA, die ihr zugearbeitet wurden und die in den Bezirkskonferenzen einen wesentlichen Gegenstand der Beratungen bildeten. In Ergänzung der von der Projektierungskommission des Präsidiums des Bundes und dem Ministerium für Bauwesen bereits im letzten Berichtszeitraum unterbreiteten Vorschläge möchte ich auf folgende Fragen eingehen:

In der täglichen Arbeit des Projektanten offenbart sich gegenwärtig immer wieder ein scheinbarer Widerspruch zwischen dem Volkswirtschaftsplan und den Kombinatsinteressen.

Wie sieht es in der Praxis aus?

Maßstab für die Effektivität des Baukombinates ist letztlich die Masse Bauproduktion in der Zeiteinheit. Jeder von uns weiß, daß das in kürzester Frist errichtete Bauvorhaben mit den niedrigsten Investkosten nicht gleichzeitig das volkswirtschaftlich effektivste sein muß, sondern daß für einen höheren Nutzeffekt

- optimale Gebrauchswerteigenschaften aller Parameter,
- Erhöhung der Produktionskennziffern,
- Senkung der Investkosten,
- Senkung der Betriebs- und Unterhaltungskosten,
- eine den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Gestaltung und
- die vorfristige Inbetriebnahme beziehungsweise Nutzung, die ausschlaggebenden Kriterien sind.

Diesem Umstand müssen besonders wir Architekten und Städtebauer Rechnung tragen. Der Architekt muß es verstehen, die hohen Ansprüche des gesellschaftlichen Auftraggebers und die Produktionsmöglichkeiten der Bauindustrie in Übereinstimmung zu bringen und dabei gute Projektlösungen zu entwickeln.

Er ist dabei nicht Objekt, sondern Subjekt, d. h. der aktive Teil, der – auch mit der Kraft seiner BDA-Betriebsgruppe – überspitzte Forderungen durch entsprechende Vorschläge auf Grund seiner fachlichen Kenntnisse in den Rahmen bringen muß, der die volkswirtschaftlich effektivste Lösung garantiert.

Daraus ergibt sich die Verantwortung des Architekten der sozialistischen Menschengemeinschaft gegenüber und damit wird ihm gleichzeitig der Platz innerhalb der Gesellschaft zugewiesen.

Beim Vorhaben Textilkombinat Cottbus wurde eine hocheffektive Bautechnologie angewandt, die zum entscheidenden Kriterium für den hervorragenden Nutzeffekt der Gesamtinvestitionen wurde, da die Gebrauchswerteigenschaften dieser Konstruktion den Anforderungen entsprachen.

Die gleiche Technologie wurde jedoch, angeblich aus Wirtschaftlichkeitsgründen, für ein Vorhaben des Maschinenbaus formal übernommen. Hier entsprach diese Technologie jedoch nicht den Ansprüchen des Objektes, so daß die gleiche fortschrittliche Technologie zum hemmenden Faktor im Bauablauf wurde, der die Bauzeiten verlängerte und die Funktionsfähigkeit der Produktionsanlage negativ beeinflußte. In diesem Falle wurde also durch den Projektanten die Vorbereitung und Projektierung nicht genügend komplex betrieben.

Es ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß ein auf den volkswirtschaftlichen Effekt gerichtetes Systemdenken nur entwickelt werden kann, wenn die Spezialisten aller an der Investitionsvorbereitung und -durchführung Beteiligten auf das Finalprodukt orientiert sind.

Unsere Aufgaben sind also nur in ausgesprochener sozialistischer Gemeinschaftsarbeit von Investitionsauftraggeber, Städtebauer und Architekten, technologischen und bautechnischen Projektanten und der Bauausführung zu lösen.

Für die weitere Entwicklung und die Schaffung der richtigen Relationen scheint es mir auch von Bedeutung zu sein, daß der relative Anteil der Produktion der Baukombinate gegenüber den Anteilen der technologischen, versorgungstechnischen und Ausbaukombinate eine sinkende Tendenz für die Bestimmung des Nutzeffektes des Investitionsproduktes hat.

Damit verändert sich auch der gesellschaftliche Gebrauchswert des Bauanteiles und seine Bedeutung im Verhältnis zum Preis der Gesamtinvestitionen und darüber hinaus zu den Betriebs-, Unterhaltungs- und Investitionskosten.

In unserer Gesellschaftsordnung darf es weder für Auftraggeber, Projektanten und bauausführenden Betrieb eine Entschuldigung für schlecht funktionierende Anlagen, schlecht konstruierte und unproportionierte oder unwirtschaftliche Investvorhaben geben.

Es kann aber nicht verschwiegen werden, daß sich die Fälle mehren, in denen durch kurzfristige Terminforderungen Abweichungen von den Aufgabenstellungen, die der Projektant im volkswirtschaftlichen Interesse bearbeitet, erfolgen. Die Betriebsteile der Projektierung in den Kombinaten haben die Aufgabe, die erforderlichen Planunterlagen für die bilanzierten Vorhaben zu erarbeiten oder zu beschaffen. Das heißt, daß mindestens eine Bilanzgleichheit zwischen Projektierung und Ausführung hergestellt werden muß.

Die terminlichen Anforderungen für Ausführungsunterlagen stehen in Abhängigkeit zur Frist zwischen Bilanzentscheidung und Bauausführung. Diese Zeitspanne ist für die durchzuführenden Arbeiten bzw. für den zu erarbeitenden Projektierungsumfang so kurz, daß die Arbeitskräfte der Projektierungsabteilungen für die Erarbeitung der Ausführungsdokumentation voll in Anspruch genommen werden, so daß für die Mitarbeit an Grundsatzentscheidungen, Erarbeitung von Vorbereitungsunterlagen mit Variantenuntersuchungen oft keine ausreichende Zeit zur Verfügung steht. Im Interesse unserer Volkswirtschaft liegt es aber, Investitionsvorhaben gut vorzubereiten, weil durch fehlende oder ungenügende Vorbereitungen Verluste für die betroffenen Betriebe entstehen, die sich gleichzeitig als volkswirtschaftliche Verluste niederschlagen.

Wir wissen aus unseren und internationalen Erfahrungen, daß eine richtig befristete Vorbereitung kurze Bauzeit und hohe Effektivität bedeutet, während eine übereilte Vorbereitung oft lange Bauzeiten und ökonomische Verluste zur Folge haben.

Der Anteil unserer Projektierungskosten an den Kosten des Finalproduktes beträgt in der DDR etwa drei Prozent. Damit liegen wir im Weltmaßstab hinsichtlich des Projektierungsaufwandes sehr niedrig. Eine Untersuchung unseres Kollegen Schlotterhoß vom VE Baukombinat Kohle und Energie, hat folgendes ergeben:

Eine Erhöhung des Projektierungsaufwandes von 3 auf 4 Prozent läßt durch die dabei erreichte effek-

tivere Lösung im Projekt im allgemeinen den reinen Investitionsanteil von 97 auf 92 Prozent sinken. Damit erreichen wir dann einen Gesamtaufwand von 96 Prozent, oder anders ausgedrückt eine Einsparung von 4 Prozent des Gesamtaufwandes. Diese Tatsache spricht auch eindeutig für die größere Kraft und Aufmerksamkeit, die wir einer zeitlich richtig eingeordneten und exakten Vorbereitung widmen sollten. Aus der Zeitnot geborene Lösungen, in der Einphasenprojektierung (das heißt gleichzeitige Bearbeitung von Vorbereitungs- und Ausführungsunterlagen) und gleitenden Projektierung, die es zwar ermöglichen, Projektierungszeit einzusparen, sind nicht geeignet, das volkswirtschaftlich notwendige Ziel zu erreichen, das heißt, mit dem geringsten Aufwand an Zeit, Material und Kosten den höchsten Nutzeffekt zu erzielen.

Mit der gleitenden Projektierung kann zwar der geplante Baubeginn gesichert werden, die Ökonomie der Kombinate ist jedoch oft nicht gesichert, da den bauausführenden Kollektiven keine aus dem fertigen Projekt resultierenden Vorgaben gegeben werden können.

Die Materialökonomie und rechtzeitige Bestellung ist bei gleitender Projektierung ebenfalls nicht gesichert, da Ausgangspunkt für die Materialbestellung und Bereitstellung die zeitgerecht vorliegende und bestätigte Vorbereitungsdokumentation ist.

Die in den Grundsätzen der Investitionsvorbereitung geforderte Dreiteilung, nämlich Planung, Vorbereitungsunterlage und Projekt im Rahmen der Durchführung war ein guter Weg, um den volkswirtschaftlichen Forderungen Rechnung tragen zu können.

In sehr vielen Kombinaten war es aber nicht immer möglich, eine exakte Projektierungsbilanz aufzustellen und für das ganze Jahr den Projektierungskollektiven den Produktionsplan vorzugeben.

Die Vorbereitung und Durchführung der Investitionen war in den Grundsätzen in der Investitionsverordnung geregelt.

In den Grundsätzen waren jedoch keine Termine für die einzelnen Phasen der Vorbereitung, Auftragserteilung und Vertragsabschlüsse fixiert, und es fehlten differenzierte Begriffsbestimmungen sowie Rahmenrichtlinien der Problemkreise, die innerhalb einzelner Bearbeitungsphasen zu untersuchen sind. Darüber hinaus ist bei Behandlung des gesamten Fragenkomplexes die Einbeziehung des Städtebaus und der Architektur als Teilsystem bei der konsequenten Anwendung des komplexen ökonomischen Systems des Sozialismus als eine Hauptaufgabe, die im Beschluß des Staatsrates der DDR zur Entwicklung sozialistischer Kommunalpolitik umfangreiche und präzise Zielstellungen enthält, zu sehen.

Die geforderte einheitliche Ausarbeitung von komplexen Prognosen der Bezirke bedingt eine enge Verflechtungsbeziehung des Generalbebauungsplanes als Teilprognose mit der Grundlinie zur ökonomischen Entwicklung und zu anderen Teilprognosen. Die in diesem Zusammenhang gewachsenen gesellschaftlichen Interessen mit den qualitativen höheren Anforderungen an den Städtebau und die Architektur erfordern zu ihrer baulichen Realisierung einheitliche und zweckmäßige Regelungen für die staatliche Leitung des Städtebaues und der sozialistischen Umweltgestaltung ebenso wie klare Abgrenzungen zwischen den einzelnen bauvorbereitenden Gremien. In der Praxis der Bezirke und Städte gibt es derzeitig unterschiedliche Leitungssysteme, von denen nicht alle diesen neuen Anforderungen entsprechen. Es ist notwendig, einheitliche Führungsdokumente der Räte der Bezirke, der Räte der Städte und Kreise zu schaffen, die einerseits prognostischen Charakter tragen, andererseits eine neue Qualität der territorialen Planung haben und die Anwendung der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft möglich machen. Die Grundlage für die Ausarbeitung solcher komplexen Führungsdokumente, die in einer großen Gemeinschaftsarbeit unter Leitung der Räte entstehen müßten, bildet der Beschluß der 24. Staatsratstagung.

Diese Dokumente müßten ständig fortgeschrieben werden. Ahre Aktualisierung wäre in regelmäßigen Abständen als Arbeitsgrundlage durch Beschlüsse zu bestätigen.

Es wird deutlich, daß die Ausarbeitung von solchen einheitlichen Führungsdokumenten keine Ressortangelegenheit sein kann. Die Forderung, die Genosse Walter Ulbricht formuliert hat, daß eine klare, politisch begründete Konzeption für die baukünstlerische Gestaltung der Stadt, die von den prognostischen Anforderungen ausgeht und zugleich die spezifischen Eigenheiten und Traditionen der Stadt berücksichtigt, die Qualität im Städtebau und in der Architektur entscheidend bestimmt, wird mit der Erarbeitung von solchen Führungsdokumenten erfüllt. Es hat sich bereits in einer Reihe von Bezirken, wie zum Beispiel in Rostock, als richtig erwiesen, daß solche Probleme in Arbeitsgruppen beraten werden.

Der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Rostock, Genosse Harry Tisch, diskutiert zum Beispiel monatlich städtebauliche Probleme in einer Arbeitsgruppe, in der auch 9 Architekten des Bundes mitarbeiten.

Die Bildung von Arbeitsgruppen mit leitenden Funktionären der Partei und der staatlichen Leitungen mit Vertretern des BDA in den Bezirken und Kreisen – zur Diskussion der politisch-ideologischen Zielstellungen, die sich dann in Vorgaben für die städtebaulichen und architektonischen Aufträge niederschlagen – ist ein empfehlenswerter Weg.

Die Planung und Leitung des Städtebaus, der Architektur und der sozialistischen Umweltgestaltung ist entsprechend ihrem komplexen Charakter und ihrer im entwickelten gesellschaftlichen System wachsenden Bedeutung zu profilieren. Sie ist eindeutiger Bestandteil der staatlichen Leitung und damit der Auftraggeberseite.

Zum Gegenstand der staatlichen Leitung des Städtebaus sollten folgende Aktivitäten gehören:

■ Mitwirkung an der Prognose der Entwicklung des Bezirkes, des Ballungsgebietes, der Stadt usw., Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes des Bezirkes und der Städte (einschließlich der Konzeption für wissenschaftlich-technische Entwicklung des Bauwesens, Erarbeitung langfristiger städtebaulicher Konzeptionen zur Vorbereitung der Perspektivpläne;

■ Mitwirkung bei der Erarbeitung ökonomischer, städtebaulicher und architektonischer Vorgaben und Direktiven für Investkomplexe, städtebaulicher Ensembles und ausgewählter Einzel-Objekte in der Phase der Ausarbeitung der Perspektivpläne und als Bestandteile der Invest-Auftragsdokumente. Diese Vorgaben und Direktiven sind als Entscheidungsvarianten vorzulegen;

■ Mitwirkung bei der Bestätigung von Angeboten und Projekten bei voller Verantwortung für die Belange des Städtebaus und der Architektur. Die Angebote und Projekte der Kombinate basieren auf den Vorgaben und Direktiven und weisen deren Einhaltung oder Verbesserung bei voller Gewährleistung der Eigenerwirtschaftung der Kombinate nach;

■ Durchführung städtebaulicher und architektonischer Bauabnahmen in Übereinstimmung mit Bauaufsicht, Investauftraggebern und Nutzervertretern;

■ Wahrnehmung staatsrechtlicher Aufgaben in bezug auf Aufbaugebietserklärung, städtebauliche Bestätigung usw.

Entsprechend diesen Hauptaktivitäten sollten vorbildliche Regelungen getroffen werden.

Von besonderer Bedeutung in der gegenwärtigen Etappe ist die Abgrenzung zwischen Auftraggeber- und Auftragnehmerverantwortung in bezug auf die städtebaulichen und architektonischen Belange.

Die staatliche Leitung trägt eine hohe Verantwortung für die Qualität und Vollständigkeit der ökonomischen, städtebaulichen und architektonischen Vorgaben und Direktiven.

Diese Vorgaben und Direktiven müssen mit höchster Qualität erarbeitet und mit Gültigkeit für das jeweilige Vorhaben oder Teilvorhaben festgelegt werden. Der Auftraggeber muß wissen, was er will, wieviel finanzielle und materielle Fonds er einsetzen kann und will und welche Forderungen er an den Gebrauchswert, seine städtebauliche und architektonische Hauptkomposition stellt.

Auf der Grundlage der Vorgaben und Direktiven erarbeiten die Generalauftragnehmer ihre Angebote oder Angebotsvarianten, das heißt, sie weisen die optimalen Lösungsmöglichkeiten nach, sie optimieren den Auftrag mit ihren technischen und materiellen Fonds im Interesse ihrer erweiterten Reproduktion.

Wir halten folgenden Weg für den besten:

Durch die Organe des Städtebaus werden auf der Grundlage der Generalbebauungspläne Bebauungskonzeptionen erarbeitet. Die Bebauungskonzeption stellt einen städtebaulichen Entwurf dar, der ergänzt durch eine städtebauliche und architektonische Direktive und eindeutige Gebrauchswertforderung mit dem Investitionsauftrag dem Finalproduzenten übergeben wird. Der Finalproduzent bietet auf dieser Grundlage den Bebauungsplan, die konkrete Lösung der Objekte und Ensembles an, die wiederum durch die Organe des Städtebaus in Abstimmung mit den Auftraggebern bestätigt werden.

Diese Regelung weist folgende Vorteile auf: Der Städtebau konzentriert sich auf Grundsatzfragen, Hauptkompositions- und Gestaltungsabsichten unter Einhaltung städtebaulicher Normativen und ökonomischer Kennwerte. Er erarbeitet Systemlösungen, die die exakten gesellschaftlichen Anforderungen ausweisen.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Entfaltung der schöpferischen Potenzen der Architekten und Ingenieure beim Kombinat, die auf der Grundlage der Bebauungskonzeption die konkrete und detaillierte städtebauliche Projektierung in Übereinstimmung mit dem rationellsten Einsatz der Kapazitäten anbieten.

Diese Regelung erschließt bedeutende schöpferische Potenzen und wird den Forderungen des ökonomischen Systems besser gerecht. Wir erreichen dadurch eine Kapazitäts- und Qualitätssteigerung in der städtebaulichen Vorbereitung und die Entfaltung der Kräfte im Kombinat.

Die Regelung schließt aber auch eine klare Verantwortungsabgrenzung in den einzelnen Phasen mit ein. Eine solche Ordnung darf dann auch nicht mehr gestört werden zu Zeitpunkten, wo bindende Etappenentscheidungen getroffen und an ihrer Verwirklichung gearbeitet wird. Alle Eingriffe von Organen und Einrichtungen in einen geordneten Ablauf haben ökonomische Auswirkungen und diese müssen eindeutig von den Verursachern vertreten werden.

Komplexität, bei klarer Abgrenzung der Verantwortung und Berücksichtigung des Zeitfaktors und gesellschaftlichen Möglichkeit, auf der Grundlage des gesellschaftspolitischen Auftrages, der in der Prognose formuliert ist, sind Wesensmerkmale der Arbeitsweise unserer Städtebauer, Architekten und Ingenieure in der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen.

Die Ausarbeitung der Investitionsvorbereitungsunterlagen ist die entscheidende Phase zur Senkung des Investitionsaufwandes, zur Verkürzung der Bauzeiten und zur Erarbeitung von Lösungen mit hohem Nutzeffekt. Aus diesen Gründen darf im Projektierungsablauf die Vorbereitungsphase nicht vernachlässigt werden.

Ein Projekt nützt uns nichts, wenn es nicht nach dem Höchststand konzipiert ist und zugleich mit einer optimalen Technologie realisiert wird. Die Technologie des Baues muß zugleich mit dem Projekt entstehen, möglichst an einer Stelle. Bestandteil der Technologie muß eine optimierte Bauzeit sein. Die Konsequenz davon ist, daß die Festlegung der Bauzeit die Bilanzierung der Baukapazitäten nach sich zieht.

Volle Wirksamkeit des Systems der Baukombinate erfordert also vollständige Integration der Teilsysteme. Einige notwendige Bedingungen sind dafür:

■ Einheitliche Grundsätze der Planung und Bilanzierung der Bau- und Projektierungskapazitäten

■ Einbeziehung der Bautechnologie in die Projektierung

■ Ökonomische Hebel zur Nutzensbeteiligung der produktionsvorbereitenden Betriebe

■ Datenverarbeitungsgerechte Bilanzierung

■ Langfristige Berechnungskennziffern

Das Produktionsinstrument eines Baukombinates zur Ausarbeitung der Taktik für den effektivsten Einsatz seiner Fonds und deren Entwicklung zur optimalen Realisierung der gesellschaftlichen Aufgabenstellung mit maximaler Arbeitsproduktivität ist der Kombinatsbetrieb für Projektierung, der entsprechend dem ökonomischen System des Sozialismus nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitet. Richtig müßte dieser Betriebsteil die Forschung, Entwicklung, Projektierung und die komplexe sozialistische Rationalisierung umfassen.

Damit wird dieser Betrieb im kybernetischen Regelkreis Bestandteil des Steuerwerkes, während die Baubetriebe des Kombinates die Regelstrecke bilden.

Diesem Betrieb obliegen im Reproduktionsprozeß des Kombinates zwei Hauptaufgabenkomplexe:

■ die Forschung, Entwicklung, experimentelle Erprobung, Angebotsprojektierung und ständige Rationalisierung der Erzeugnisse, ihrer Bauweisen und Technologien sowie

■ die Erarbeitung der Bebauungspläne und Projektlösungen, der Vorbereitungsunterlagen der Investitionsvorhaben und -komplexe und der notwendigen Durchführungsunterlagen für die Bauprozesse.

Es kann nicht Aufgabe des BDA sein, hierfür Strukturvorschläge zu unterbreiten. Wir möchten jedoch darlegen, daß die unterschiedlichsten Auffassungen, wie sie gegenwärtig in den Kombinaten bestehen, nicht geeignet sind, einheitliche Systemregelungen durchzusetzen.

Es ist darum eine wichtige staatliche Aufgabe, hierfür eine Systemlösung durchzusetzen. Die Architekten als verantwortliche Funktionäre in den Kombinaten werden laufend gerade mit diesem Fragenkomplex konfrontiert und stoßen dabei in ihrer gesamten Arbeit auf ungelöste Probleme.

Hier liegt der entscheidende Punkt der vollständigen Integration der Projektanten im System der Vorbereitung der Investition.

Mit dem Niveau der Produktion des Projektierungsbetriebes entscheidet der Kombinatsdirektor den Wirkungsgrad des Einsatzes der materiell-produktiven Fonds der Baubetriebe und entscheidet im wesentlichen die Ökonomie seines Kombinates. Mit dem Projektierungsbetrieb vollzieht der Kombinatsdirektor die sozialistische Rationalisierung und Automatisierung und sichert in kontinuierlicher Beziehung zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt die Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte sozialistische Reproduktion.

Die Integration der produktionsvorbereitenden Bereiche, die Konzentration der Projektierung als Voraussetzung für die Automatisierung und Spezialisierung, die Einbeziehung der Forschung ist bisher zu schleppend vorangegangen.

Der richtunggebende Einfluß des Ministeriums und seiner direkten nachgeordneten Organe ist in den Kombinaten zu wenig spürbar geworden.

Das ist unser Standpunkt und der BDA will mit seiner ganzen Kraft – nicht nur mit einzelnen Mitarbeitern, sondern als Organisation mit seinen Betriebs- und Bezirksgruppen – mithelfen, diesen Prozeß zu beschleunigen.

Wir stehen auch vor dem Problem, daß z. B. das landwirtschaftliche Bauwesen immer weniger an eine einheitliche Baupolitik gebunden ist, daß sich jeder Fachplanträger Spezialprojektanten schafft, nicht nur für die Ausarbeitung spezifischer fachbezogener Technologien, sondern für die bautechnische Projektierung der eigenen Investitionen.

Auf der Projektierungskonferenz im Mai dieses Jahres wurde klar herausgestellt, daß darum der ständigen weiteren Zersplitterung Einhalt geboten werden muß. Ich brauche auf die in diesem Zusammenhang stehenden Probleme, die zur Fluktuation der Projektanten führen (bedingt durch die unterschiedlichen Tarifregelungen) nicht einzugehen, da sie in unserem Kreis weitgehend bekannt sind.

Die Frage der Konzentration der bauvorbereitenden Kräfte kann bei der Vielzahl der Unterstellungsverhältnisse, auch bei anderen Industriezweigen, nicht auf örtlicher Ebene gelöst werden. Hierzu sind zentrale Entscheidungen notwendig, die Abgrenzung und Zuordnung sowie Einbeziehung von Kräften über Planvorgaben von Projektierungsleistungen ordnen und der Fluktuation Einhalt gebieten.

Auch dafür sollte der BDA seine aktive Unterstützung anbieten.

Die Zentrale Kommission Projektierung schlägt aus diesen Gründen dem Bundesvorstand vor, die dargestellte Problematik auf dem VI. Bundeskongreß eingehend zu behandeln und folgende Lösungen zur Diskussion zu stellen.

■ Aktive Mitarbeit des BDA, seiner Organe und Mitglieder bei den auszuarbeitenden Regelungen und Grundsätzen für die Ausarbeitung des Städtebaugesetzes, der auf der Projektierungskonferenz gemachten Darlegungen zur Investitionsvorbereitung, der Neubearbeitung der Projektierungsordnung, der Zulassung und Registrierung von Projektierungseinrichtungen, der Regelung zur Verbesserung der ökonomischen Hebel für die Projektanten, der Mitarbeit des Projektanten bereits im Planungsprozeß, der Neuregelung der Autorenkontrolle und der Mitwirkung im Rahmen des Einheitssystems Bau.

Der BDA muß es deshalb in seiner politisch-ideologischen Arbeit als Hauptaufgabe ansehen, seine Mitglieder zur Mitarbeit an solchen wichtigen Aufgaben zu aktivieren, so daß eine unmittelbare Auswirkung bis in die Betriebsgruppe der Kombinate spürbar wird.

Mehr diskutieren, besser informieren

Aus dem Diskussionsbeitrag von Dipl.-Ök. Kurt Weinrich, Architekt BDA auf der 11. Bundesvorstandssitzung des BDA

ist die „deutsche architektur" ein Spiegelbild des Ringens um neue Qualitäten im Städtebau und in der Projektierung? Ausgehend von dieser Fragestellung möchte ich als Leser dieser Zeitschrift – unbelastet mit den Sorgen einer Redaktion um Autoren, Auflagenhöhe, das finanzielle Gleichgewicht und die Drucklegung – Betrachtungen anstellen mit der Absicht, Anregungen zur Gestaltung und inhaltlichen Bereicherung zu geben.

Vorerst aber darf ich der Redaktion bescheinigen, daß in jeder Ausgabe das Bemühen sichtbar wird, den Inhalt und die Aufmachung so interessant wie möglich zu gestalten. Begrüßt wird die Konzentration auf Schwerpunktthemen. Sie sollte noch konsequenter erfolgen, so daß die Hefte immer stärker zu Nachschlagewerken zu speziellen Problemen werden. Die Zeitschrift hat damit gegenüber dem Fachbuch einen Vorteil, indem sie konzentriert und aktuell informieren kann.

Mit der Konzentration auf Schwerpunktthemen je Heft wächst jedoch die Gefahr des Informationsverlustes über ständig neu auftretende Probleme und Ergebnisse der städtebaulichen und baukünstlerischen Forschung und Praxis. Darum scheint es mir notwendig, darüber nachzudenken, wie man mit Kurzinformationen die Zeitspanne bis zur ausführlichen Darlegung überbrücken kann.

Es erscheint auch denkbar, mit Sonderdrucken – vielleicht auch in kleinerem Format – über spezielle Probleme, zum Beispiel über wissenschaftliche Konferenzen, Erfahrungen der sozialistischen Bruderländer, die Anwendung der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft in der staatlichen Leitungstätigkeit auf den Gebieten von Städtebau und Architektur, die Anwendung der systematischen Heuristik und mathematischer Methoden – um einige Möglichkeiten zu nennen – zu informieren.

Mit dieser Anregung möchte ich zugleich das Augenmerk auf die Profilierung unserer Zeitschrift richten.

In Abstimmung mit den anderen Bauzeitschriften unserer Republik (zum Beispiel der „Bauzeitung" und der „Bauplanung und Bautechnik") sollten die Fragen der Baukunst, d. h. die Synthese von städtebaulicher Einordnung, innerer und äußerer Gestaltung der Bauwerke und der bildenden Kunst im Mittelpunkt und damit im zentralen Teil der Zeitschrift stehen.

Dieser zentrale Teil sollte eingebettet werden in die beiden Komplexe:

■ Theoretische Grundlagen und prognostische Zielsetzungen von Städtebau und Architektur und

■ Methoden der städtebaulichen Planung und bautechnischen Projektierung einschließlich der Verfahren zur ökonomischen Gesamtgestaltung und Bewertung der Planungen und Projekte.

Beide Komplexe sind in der Auswahl und Beschaffung von veröffentlichungsreifen Materialien nicht unproblematisch. Einmal können wir feststellen, daß die Diskussion zu theoretischen Problemen – die übrigens große praxisnahe Wirkung haben sollte – in der Zeitschrift noch schwach entwickelt ist. Dem könnte durch eine zielstrebige Einbeziehung von Wissenschaftlern der Städtebau- und Architekturforschung sowie der Vielzahl der korrespondierenden Wissenschaften in die Publikationen der „deutschen architektur" abgeholfen werden. Zum anderen muß man den Architekten in den Betrieben, Büros und Verwaltungen mehr Mut machen, ihre Gedanken auch in unserer Zeitschrift zu äußern. Mit schöpferischer Unrast sollte ihre Meinungsäußerung das Ringen um hohe Leistungen innerhalb der eigenen Arbeitskollektive sowie die Arbeit der Leiter beflügeln.

Ich meine, daß eine offene Kritik und ein ehrlich geführter Disput den Erkenntnisprozeß befruchtet, man also die Öffentlichkeit nicht scheuen sollte. Zum anderen wird auch die Persönlichkeitsentwicklung durch die Diskussion gefördert. Deshalb sollte man den Mut haben, der guten Sache wegen einmal „unpopulär" zu werden und auch zu Arbeiten von Kollegen kritisch Stellung nehmen. Letzteres muß nicht die Regel sein. Vielmehr erscheint der Weg richtig zu sein, der von der Problemstellung über die Problemdiskussion in der Betriebs- oder Fachgruppe zur Veröffentlichung führt.

Im übrigen wird der Redaktion empfohlen, die in den Berichten der BDA-Gruppen angeschnittenen theoretischen Probleme zu verfolgen und sie gegebenenfalls selbst in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, wie dies zum Beispiel das „Neue Deutschland" in der letzten Zeit zu Fragen der Gesundheitserziehung getan hat.

Im Rahmen der Publizierung theoretischer Grundlagen erscheint mir eine stärkere Betonung von Problemen der gesamtstaatlichen und kommunalen Baupolitik – bezogen auf Städtebau und Architektur – notwendig. In unserem Bezirk gibt es Beispiele eines großen Interesses von staatlichen Leitern an den Veröffentlichungen der „deutschen architektur". So läßt sich der Vorsitzende des Rates des Kreises Sondershausen die Zeitschrift regelmäßig vom Kreisarchitekten vorlegen. Es empfiehlt sich, Kommunalpolitiker – in Abstimmung mit der Zeitschrift „Stadt und Gemeinde" des Städte- und Gemeindetages – stärker zu Wort kommen zu lassen. Der Beschluß des Staatsrates zur Entwicklung der sozialistischen Kommunalpolitik fordert hierzu geradewegs auf. Auf diesem Gebiet läßt sich besonders die Form des Interviews entwickeln.

Weiterhin sollte mehr Mut zu prognostischen Problemen entwickelt werden. Es ist den Architekten außerhalb und auch sicherlich innerhalb der wissenschaftlichen Einrichtungen des Bauwesens kaum möglich, sich einen umfassenden Überblick über alle den Städtebau berührende Zukunftsmodelle zu verschaffen. Ich hebe den Städtebau an dieser Stelle besonders deshalb hervor, da dieser mit fast allen Bereichen der sozialistischen Lebensweise Berührungspunkte hat und folglich ein großes Informationsbedürfnis besitzt. Wie aber ist dieses in den Bezirken, Kreisen, Betrieben und Büros zu stillen?

Da genügt die von der Deutschen Bauinformation organisierte Dokumentation nicht mehr; es muß vielmehr zur komplexen und zugleich konzentrierten Information und Diskussion zu den einzelnen Problemen kommen. Hierzu würde ich auch den Nachdruck oder auszugsweisen Nachdruck von für unsere Arbeit bedeutungsvollen Aufsätzen anderer Zeitschriften rechnen.

Eine weitere Methode, den theoretischen Problemen größere Aufmerksamkeit zu widmen, sehe ich in den Leseraussprachen, wie sie die sozialistische Tagespresse häufig praktiziert. Sie erlauben eine offene und unkomplizierte Meinungsäußerung und geben die Möglichkeit einer lebendigen journalistischen Publikation.

Zum zweiten Komplex empfiehlt es sich, den Forderungen nach ständiger Verbesserung der Qualität städtebaulicher Planwerke und der Bauten bei der Gestaltung, technologisch-konstruktiven Durchdringung und der erreichbaren ökonomischen Parameter sowie der Rationalisierung der Planungs- und Projektierungsprozesse selbst, breiteren Raum zu lassen. Es geschieht zuweilen, daß hier die Wochenzeitung „Die Wirtschaft" unserer Zeitschrift den Rang abläuft. Wir haben einfach die Verpflichtung, neue wissenschaftliche Erkenntnisse auf den vorgenannten Gebieten schnell und unkompliziert – selbstverständlich unter Wahrung von Urheberrechten und des Schutzes von Patenten, Erfindungen usw. – so zu publizieren, daß eine nachfolgende individuelle Information und somit auch der Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Institutionen und Betrieben angeregt wird.

Zur Verbindung der Zeitschrift mit der Leserschaft darf ich noch einige Gedanken anfügen.

Angeregt von der Zeitschrift „Stadt und Gemeinde" sowie vom „Neuen Deutschland" unterbreite ich den Vorschlag, den Versuch zur Gestaltung einer „Lokalseite" zu unternehmen. Mit Hilfe der Pressekommission der Bezirksgruppe des BDA könnte man sicherlich in jedem Heft eine Seite aus dem Wirken der Architekten eines Bezirkes gestalten. Ob man dabei zu thematischen Begrenzungen kommen sollte, vermag ich noch nicht zu sagen. Das sollte man prüfen. Sicherlich aber ist es für die Architekten, Bauschaffenden und örtlichen Organe von großem Interesse zu erfahren, was in den einzelnen Bezirken in Städtebau und Architektur geschieht und welche Probleme die Bezirksvorstände des BDA und ihre Fachgruppen bewegen. Wir wären im Bezirk bereit, eine solche Bezirksredaktion zu gründen. Zum Schluß möchte ich der Redaktion danken für das Interesse und Entgegenkommen, Probleme, Tendenzen, Ergebnisse und Berichte aus der Tätigkeit der Architekten und Bauschaffenden des Bezirkes Erfurt zu veröffentlichen und darf dem Redaktionskollegium sowie dem Redaktionsbeirat weiterhin Erfolg bei der Gestaltung unserer Zeitschrift „deutsche architektur" wünschen.

Systemdenken und Qualifizierung

Diskussionsbeitrag auf der 11. Bundesvorstandssitzung des BDA

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu Problemen der Projektierung. Insbesondere möchte ich zu den inhaltlichen Fragen Stellung nehmen, und zwar erstens zur Bedeutung der Investitionsvorbereitung, zur Planmäßigkeit der Projektierung, zur Konzentration der Projektierungskapazität und zum Berufsbild und zur Qualifikation der Projektanten, besonders der Architekten.

Es ist zweifellos eine Gesetzmäßigkeit unserer Entwicklung, daß sich unsere Arbeit immer weiter wissenschaftlich formt. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die mit ihr verbundene Automatisierung bringen in allen Bereichen eine Abnahme der in der unmittelbaren Fertigung Beschäftigten mit sich und eine Zunahme der in der Vorbereitung Tätigen. Man kann damit rechnen, daß in einigen Jahrzehnten vielleicht 50 Prozent aller Beschäftigten in der Wissenschaft und in der Produktionsvorbereitung tätig sein werden. Gleiche Tendenzen werden zweifellos auch im Bauwesen auftreten. Mit der Zunahme effektiverer, industrialisierter und teilweise auch automatisierter Prozesse wird ein zunehmender Anteil von Werktätigen in der Vorbereitung erforderlich. Das heißt, je höher der Anteil der Arbeit mit Maschinensystemen im Bauwesen wird, je gründlicher, planmäßiger, wissenschaftlicher, komplexer muß die Projektierung gehandhabt werden. Ich unterstütze also voll und ganz die Vorschläge der Projektierungskommission zur Verstärkung und Verbesserung der Investitions- und Bauvorbereitung, denn wir wissen, daß die Mark, die in der Projektierung ausgegeben wird, sich in 10 000 oder 100 000 Mark bei der Ausführung auszahlt. Soweit ich informiert bin, entfällt zur Zeit auf 13 Bauarbeiter in der DDR ein Projektant. Einige industriell entwickelte Länder haben einen Anteil von drei bis vier Bauarbeitern auf einen Projektanten. Das heißt, wir müssen uns Gedanken machen, welche Relationen richtig, also optimal sind. Auf jeden Fall scheint mir die vorhandene Relation nicht in Ordnung zu sein.

Aber dabei geht es sicher nicht allein um die quantitative Veränderung, obwohl sie eine große Rolle spielt, sondern insbesondere um die qualitative. Projektierung heißt Plan machen, Vorausschau halten, also prognostische Forschung leisten. Wir wissen, daß die wissenschaftlich-technische Prognose etwa eine Vorausschau von zwölf bis fünfzehn Jahren zuläßt, wir wissen aber gleichzeitig, daß man im Städtebau damit nicht auskommt, daß Prognosezeiträume von dreißig bis fünfzig Jahren und in einigen Teilbereichen auch darüber hinaus erforderlich sind. Nur so können wir zu neuen Systemlösungen für die Stadt, für die Hauptbereiche des Bauwesens kommen, nur so können wir im echten Sinne Pionier- und Spitzenleistungen schaffen.

Welche Lösungen, welche Möglichkeiten gibt es? Wir sind der Auffassung, daß man die Produktionsvorbereitung weiter auffassen muß als bisher. Nehmen wir die Stadt. Die Stadt muß zweifellos im Sinne der wissenschaftlichen Durchdringung als ökonomisches Ganzes aufgefaßt werden, im Sinne der Ökonomie der Zeit, im Sinne der Ökonomie des Raumes, im Sinne der Ökonomie der Durchführung, der Nutzung und der Unterhaltung; denn eine Vernachlässigung nur eines Bereiches würde eben dazu führen, daß wir die Gesamtökonomie nicht berücksichtigen.

Erst durch die Rückrechnung von der Prognose über die Perspektive auf den Jahresplan können wir zu einem höheren Grad von Planmäßigkeit kommen, kommen wir von Feuerwehrentscheidungen und -einsätzen ab.

Aber gibt es diese Klarheit schon in allen Kombinaten? Diese Klarheit gibt es, glaube ich, noch nicht. Wir haben im vorigen Jahr beispielsweise die Projektierung in einem Erfurter Baukombinat untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß ein Drittel der gesamten Projektierungskapazität im Jahre 1969 durch Auftragsänderungen, also durch Unplanmäßigkeit und Unwissenschaftlichkeit vertan wurde, in den Schubkasten wanderte. Das heißt, wir haben noch keine ausreichende langfristige Planung unserer Haupterzeugnisse. Selbst für solche Fragen wie die Einführung der Wohnungsbaureihe 70, die ja überall in den Kombinaten diskutiert wurde, und wo es auch bei uns in der Betriebsgruppe des BDA sehr heftige Diskussionen gibt, gibt es noch keine klare Perspektive. Das ist auch ein kompliziertes Problem, weil eine solche Wohnungsbaureihe erst einmal auf das Territorium übertragen und bilanziert werden muß im Hinblick auf die vorhandene Vorfertigungskapazität der Kombinate, auf das Auslaufen von anderen Wohnungsbauserien, im Hinblick auf den Plan der Selbstkosten und dergleichen. Es ist also notwendig, die unmittelbar vor uns stehende Etappe richtig abzusichern und allseitig zu bilanzieren. Es geht um die Qualifizierung der Prognose, der Planung, der Bilanzierung sowie – das dick unterstrichen – der Vorbereitung und Durchführung als System und den wissenschaftlichen Nachweis der Gesamteffektivität in bezug auf Bedürfnis, Ökonomie, Realisierung, Nutzung und Schönheit.

Das setzt zweifellos die Anwendung aller neuen Erfahrungen in der Projektierung voraus. Ich will hier jedoch nicht über automatisierte Projektierung sprechen, sondern über einige andere Probleme.

Wir stehen, glaube ich, an einem gewissen Abschnitt der Entwicklung, der unter anderem charakterisiert wird durch den Schritt von der empirischen und gefühlsmäßigen Beurteilung zur Wissenschaftlichkeit als komplexes System, von der Spezialwissenschaft zur marxistisch-leninistischen Systemwissenschaft, von der speziellen Automatisierung zur Systemautomatisierung. Das zeigt sich zum Beispiel in den Naturwissenschaften in der Form, daß nicht nur in den einzelnen Wissenschaftsgebieten geforscht wird, sondern vor allem in den Grenzbereichen dieser Wissenschaft, (beispielsweise zwischen Chemie und Biologie, zwischen Physik und Astronomie und dergleichen).

Ich glaube, daß wir einen ähnlichen Prozeß auch im Bauwesen erkennen müssen, wenn wir keine Fehler machen wollen. Ein Fehler, der bisher gemacht wurde, lag meines Erachtens darin, daß wir uns fast ausschließlich auf einzelne Erzeugnisse orientiert haben mit einer Art von Scheuklappenbetrachtung. Das heißt also: Der macht Wohnungsbau, der Gesellschaftsbau, der Industriebau, und der macht den Schulbau. Es gab keine ausreichende Systementwicklung. Aber gerade den Verflechtungsbedingungen in allen Bereichen der Funktion, der Gestaltung, der Konstruktion, der Ökonomie, in der gesamtvolkswirtschaftlichen Betrachtung müssen wir unser Augenmerk widmen.

Die Großforschungskomplexe sind bereits auf solche Grenzbereiche, Nahtstellen und Systemzusammenhänge gerichtet, aber das hat auf die Baukombinate noch zu wenig Auswirkung gehabt. Sie sind darauf noch nicht eingestellt.

Das heißt, es geht insbesondere darum, derartige Nahtstellen zu erfassen, auch in den Kombinaten. Das setzt aber sozialistische Gemeinschaftsarbeit voraus. Das setzt voraus, daß wir uns mit den korrespondierenden Wissenschaften beschäftigen und in den Baukombinaten zu einem EDV-gerechten System der Planung und Leitung kommen. Das bedeutet, daß wir uns über Strukturen auseinanderzusetzen haben und zu komplexen kybernetischen Strukturmodellen, zur Optimierung, zu Variantenuntersuchungen, Analysen und entsprechender Kontrollfähigkeit kommen.

Diese kurze inhaltliche Darstellung ist, glaube ich, ein Beweis für die Notwendigkeit der Konzentration der Planungs- und Projektierungskapazität. Sie unterstreicht die Forderung nach staatlichen Maßnahmen, um die vorhandene Zersplitterung der Kapazitäten zumindest erst einmal zu stoppen und ihr entgegenzuwirken. Es ist unbedingt erforderlich, daß die großen Kombinate, wo die Verbindung von Projektierung und Bauausführung vorhanden ist, nicht geschwächt, sondern weiter gestärkt werden, daß man davon abgeht, kleine und kleinste Büros, Splittergruppen und dergleichen noch heute neu zu bilden.

Aber das ist nicht nur ein Problem der Projektierung allein, sondern zweifellos auch ein Problem der Strukturbildung der ganzen Kombinate und Betriebe im Territorium. Das heißt, man muß die Frage der Projektierung im Zusammenhang mit der Strukturbildung und Konzentration der Baukombinate insgesamt sehen. Aber trotzdem bleiben einige Fragen nach wie vor offen. Dazu gehört die Beziehung zwischen gesellschaftlichem Auftraggeber, städtebaulicher Planung, Projektierung und Ausführung. Auch hier haben wir noch keine ideale Systemlösung. Bisher ist es so, daß den Letzten die Hunde beißen, nämlich die Kombinate. Sie löffeln aus, wenn man das so sagen will, was beispielsweise schon in der städtebaulichen Planung eingebrockt wurde.

Alle diese Fragen werfen Probleme der Qualifizierung auf, der Qualifizierung aller am Bau Beteiligten, insbesondere natürlich auch der Architekten. Im Heft 11/1970 der „deutschen architektur" wirft Kollege Just das Problem des Berufsbildes der Architekten auf. Das ist völlig richtig, einfach deshalb, weil die bisherige Ausbildung des Architekten mit der Entwicklung nicht Schritt halten kann. Der Architekt muß zweifellos mit beiden Systemkreisen, dem Einheitssystem Bau und dem System der sozialistischen Umweltgestaltung, konfrontiert werden. Das heißt, der Architekt wird über seine Entwicklung als sozialistische Persönlichkeit immer mehr zum Staatsfunktionär und Sachwalter des Volksvermögens, also zu einem wichtigen Koordinator in der Systemkette Prognose – Perspektive – Jahresplan – Effektivität der Bauproduktion und des Reproduktionsprozesses. An ihn werden immer höhere Anforderungen hinsichtlich seiner Parteilichkeit, seiner Beherrschung der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaften, seiner breiten Allgemeinbildung, seiner Spezialkenntnisse über neue Wissenschaften und Prognose, hinsichtlich seines ökonomischen Denkens, der schöpferischen Potenzen und der Gemeinschaftsarbeit gestellt. Hier liegt also eine wichtige Aufgabe der Hochschulen, keine „Fachidioten" zu erziehen, sondern sozialistische Architektenpersönlichkeiten. Wir sind uns klar, daß der Architektenverband in dieser Richtung sehr viel tun muß und kann. Er muß alle Anstrengungen unternehmen, um den Architekten im Kombinat zum wirklichen Partner der Bauausführenden zu machen. Das erfordert, die Betriebsgruppen immer weiter zu stärken, ihnen immer mehr Autorität zu geben, damit der Bund in den Kombinaten auch richtig organisiert und vertreten ist. Wir sind uns sicher auch darin einig, daß die Weiterbildungsveranstaltungen unseres Bundes in diesem Sinne eine absolute Notwendigkeit sind, und wir werden in der Bezirksgruppe Erfurt in dieser Richtung unsere Pflicht tun.

Zur Zeichenfunktion der architektonischen Form

Peter Gerlach, Kurt Milde

Die gegenwärtige Diskussion über Probleme der Architekturtheorie ist durch ein besonderes Interesse für die bewußtseinsbildende Funktion der Architektur gekennzeichnet. Es wurde ausgelöst durch die Erkenntnis der gesellschaftlichen Notwendigkeit, „mit den Mitteln des Städtebaus und der Architektur einen wirksamen Beitrag zu leisten, um alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu einem harmonischen Ganzen zu entwickeln" (1) und dieses Ganze zugleich zu einer künstlerischen Repräsentation des sozialistischen Menschen zu gestalten. Um diese Aufgabe theoretisch zu durchdringen, d. h. das Problem der architektonischen Aussage zu klären, hat es sich als nützlich erwiesen, die architektonische Form auch vom Standpunkt der Semiotik her zu untersuchen. Unter diesem Aspekt interessiert die Architekturform als Mittel der Widerspiegelung in ihrer Zeichenfunktion als Träger spezieller Information.

Prinzipiell sind zwei Möglichkeiten zu beachten, in welchen Gebautes als Zeichen fungieren kann:

- das Gebaute als einfaches Kennzeichen von gesellschaftlichen Sachverhalten sowie menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten

- das Gebaute als Zeichen mit künstlerischer Bedeutung, d. h. als architektonisches Zeichen. (2)

Beide Möglichkeiten stehen beim Architekturwerk in enger Beziehung zueinander, in deren Verdeutlichung ein wesentliches Problem der architektonischen Aussage besteht.

Als Kennzeichen wirkt das Gebaute in dem Maße, wie es als „Vergegenständlichung menschlicher Wesenskräfte" (Marx) durch die Raumstruktur und die konstruktiv und technologisch bedingten Formqualitäten einem Betrachter Information über gesellschaftliche Sachverhalte, menschliche Fähigkeiten usw. – kurz: über Wesenszüge des gesellschaftlichen Menschen vermittelt, die mit der Herstellung und Nutzung des Gebauten zusammenhängen. Das Gebaute tritt also, ohne daß es als Zeichen konzipiert wurde, als Zeichen in Erscheinung. Die vermittelte Information hängt folglich vor allem von der Sachkenntnis des Betrachters ab, von seiner Fähigkeit, von den Formmerkmalen des Gebauten auf die sie bewirkenden Wesenszüge des gesellschaftlichen Menschen zu schließen.

Diese Kennzeichenfunktion des Gebauten ist für Archäologie und Baugeschichtswissenschaft von besonderer Bedeutung und weitgehend wissenschaftlich untermauert. Die für die Kennzeichenfunktion wichtige Bedeutungsrelation besteht darin, daß Formmerkmale als Bedeutungsträger wirken, während die Wesenszüge des gesellschaftlichen Menschen der bezeichnete Gegenstand sind.

Das Problem des architektonischen Zeichens ist – obwohl es gerade in jüngerer Zeit besonders stark in den Vordergrund getreten ist – relativ alt. Schon Vitruv (3) befaßte sich damit. Es tauchte in den ikonischen Programmen des mittelalterlichen Kirchenbaus auf und erhielt im Zusammenhang mit der Rezeption antiker Formen und der damit verbundenen Diskussion um die Anwendung der Säulenordnung seit der Renaissance (4) für die gesamte Architekturtheorie bestimmende Bedeutung. Der erste Versuch, das Problem des architektonischen Zeichens erkenntnistheoretisch zu begründen, wurde – ausgehend von den Erkenntnissen der englischen bürgerlichen Philosophie von Hobbes bis Locke – von der sentimentalischen Kunsttheorie unternommen. (5) Sie lieferte die theoretische Begründung des Landschaftsgartens, wurde zur Grundlage des Bürgerdramas und des revolutionären Klassizismus der Französischen Revolution. Seither blieb das Problem des architektonischen Zeichens vornehmlich Gegenstand der Architekturtheorie und wurde im 17. Jahrhundert vor allem durch Boetticher (6) und Semper (7) behandelt.

Alle diese Versuche verstehen das architektonische Zeichen als Substitut sprachlicher Zeichen und gehen damit am Problem insofern vorbei, als hiermit nicht die für das Kunstwerk wesentliche ästhetische Wirkung der Form erfaßt werden kann.

Die Spezifik des architektonischen Zeichens beruht nämlich nicht darin, daß es schlechthin über menschliche Beziehungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten usw. innerhalb einer gesellschaftlichen Situation informiert, sondern darin, daß es Aussagen über diese Gegenstände enthält, die wesentlich für das ästhetische Verhältnis der Menschen zu ihrer Wirklichkeit sind. Mit anderen Worten: Der Bezeichnungsgegenstand des architektonischen Zeichens ist das ästhetische Verhältnis zu den mit der Architektur zusammenhängenden Erscheinungen des menschlichen Wesens – nicht diese selbst.

Es liegt auf der Hand, daß diese Bedingung eine enge Verknüpfung des architektonischen Zeichens mit den funktionell bedingten Formqualitäten des Gebauten als Kennzeichen beinhaltet, denn diese bezeichnen den Gegenstand, auf welchen sich das im architektonischen Zeichen manifestierte ästhetische Urteil bezieht. Das bedeutet, daß die Kennzeichenfunktion des Gebauten im architektonischen Zeichen im dialektischen Sinne aufgehoben sein muß, daß der allein durch Zweckerfüllung entstehende Ausdruck Grundlage und Bestandteil des architektonischen Ausdrucks und der architektonischen Aussage sein muß.

Unter Voraussetzung dieser Bedingungen kann die architektonische Gestalt als Zeichen nach folgenden Gesichtspunkten näher charakterisiert werden:

- Die architektonische Gestalt repräsentiert Wesenszüge des gesellschaftlichen Menschen und
- ist als Träger von Bedeutung
- im menschlichen Kommunikationsprozeß
- auf die Information über das ästhetische Verhältnis der Gesellschaft zu den in der architektonischen Gestalt repräsentierten Wesenszügen des gesellschaftlichen Menschen ausgerichtet.

Die architektonische Gestalt als Zeichen ist folglich nicht nur neben, sondern vielmehr auf der Grundlage ihrer Gebrauchsfunktionen ein charakteristisches umfassendes System von architektonischen Zeichen und Zeichensystemen. Die architektonische Gestalt wird im architektonischen Entwurf durch Komposition (pragmatische Ordnung der Zeichen) mit Hilfe von Ordnungsprinzipien, Gliederung, Maßstab usw. aus Raumstruktur, konstruktiven Systemen und Mitteln der Raumbegrenzung konzipiert. (8)

Inwiefern die architektonische Gestalt wirklich zum Zeichen wird, hängt ab

1. von der durch den Zweck der Bauaufgabe bestimmten und durch die Herstellung bereicherten objektiven Vergegenständlichung von Wesenszügen des gesellschaftlichen Menschen;

2. von den Fähigkeiten, den Kenntnissen sowie der ideologischen Einstellung des Betrachters zur Vergegenständlichung von Wesenszügen des gesellschaftlichen Menschen;

3. von der ideologischen Einstellung und den Fähigkeiten des Gestalters, Architekturwerke durch den das Wesen des architektonischen Zeichens ausmachenden demonstrativen Verweis auf das ästhetisch Wesentliche (nämlich die Vergegenständlichung von ästhetisch bedeutsamen Wesenszügen des gesellschaftlichen Menschen) in jene gesellschaftlichen Schönheitsnormen einzuordnen, die der historischen Notwendigkeit entsprechen;

4. von den Kenntnissen über diese Normen und der ideologischen Einstellung des Betrachters zu ihnen. Es ist offensichtlich, daß diese Bedingungen erst im Sozialismus mit hoher Qualität erfüllt werden können. (9)

Für die Architekturkritik und Architekturanalyse wäre es notwendig, auf der Grundlage dieser Zusammenhänge Methoden zu entwickeln, die sowohl für das Architekturwerk als auch für die architektonische Konzeption die Ermittlung dafür ermöglichen, wieviel an Inhalt und Umfang gesellschaftlicher Bedeutung eine architektonische Gestalt als umfassendes charakteristisches System künstlerischer Zeichen aufzunehmen und auszudrücken vermag. Eine solche Methode müßte zuverlässige Aussagen darüber möglich machen, inwieweit

- der untersuchte architektonische Gegenstand den seiner Bestimmung zugrunde liegenden gesellschaftlichen (und privaten) Beziehungen optimale Voraussetzungen bietet,

- eine dem Entwicklungsstand der Produktion entsprechende Bauweise gewählt wurde,

- dem erreichten Stand und damit der Beherrschung der natürlichen Bedingungen entsprochen ist und

- die vorgenannten Beziehungen zum Wesen des gesellschaftlichen Menschen durch die ästhetisch bedeutsamen Formqualitäten der architektonischen Gestalt repräsentiert werden.

Abschließend muß gesagt werden, daß der Versuch, ästhetische Probleme und also auch die Frage des architektonischen Zeichens als Problem eines speziellen Verhaltens des Menschen zu seiner Wirklichkeit von ausschließlich biologischer Basis her zu klären, widersinnig ist. Der Mensch kann sich in seiner gestalterischen Tätigkeit nicht einem biologischen Determinismus unterordnen und die Gestalt-Gesetze aus seiner „Natur", d. h. aus seiner biologischen Funktionsweise ableiten, sondern er muß sie aus seiner wahren „Natur", aus seinem schöpferischen Wesen begründen. Die architektonische Gestalt als Zeichen hat damit immer einen von der Wertung der gesellschaftlichen Realität ausgehenden und als Wertung der gesellschaftlichen Realität wirksamen Bezug zum Menschen.

Damit wird letztendlich architektonisches Gestalten mit dem Wissen um die Zeichenfunktion des Gebauten nicht zu einer Verwendung von Formen mit vereinbartem Bedeutungsinhalt disqualifiziert, sondern als komplexer Akt der Formfindung begriffen, der die Aufgabe hat:

1. die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft wissenschaftlich zu erfassen,

2. die dafür notwendigen räumlichen Voraussetzungen zu ergründen und zu schaffen, und zwar

3. so, daß dieses Neue als menschlich Bedeutsames ästhetisch erlebbar und wirksam wird. (10)

Literatur

(1) Ulbricht, W.: Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970, Referat auf der 12. Tagung des ZK der SED, Berlin 1969, Seite 29

(2) Zur Klassifikation der Zeichen und deren Problematik vergleiche die Ausführungen in den grundlegenden Werken: Schaff, A.: Einführung in die Semantik, Berlin 1966, Seite 160 ff. und Resnikow, L. O.: Erkenntnistheoretische Fragen der Semiotik, Berlin 1968, Seite 42 ff.

(3) Vitruv, M. P.: Zehn Bücher über Architektur, Berlin 1964, S. 40, 41, 167 ff.

(4) Alberti, L. B.: Zehn Bücher über die Baukunst, übersetzt von Max Theuer, Wien und Leipzig 1912, S. 411, 438, 475, 488

(5) Milde, K.: Die Rezeption antiker Formen in der bürgerlichen Architektur. Ihre gesellschaftlichen Grundlagen und historische Gültigkeit als besonderes Mittel der architektonischen Aussage. Dissertation, TU Dresden, 1967, S. 69 ff.

(6) Boetticher, K.: Die Tektonik der Hellenen, Berlin 1874

(7) Semper, G.: Der Stil in den technischen und tektonischen Künsten . . ., München 1878/79

(8) Gerlach, P.: Über die Erarbeitung der Generalbebauungsplanung als Formulierung einer gesellschaftlichen Aufgabenstellung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der TU Dresden, 19 (1970) Heft 3, S. 679 ff.

(9) Milde, K.: Architektur und gesellschaftliche Entwicklung. In: deutsche architektur, Heft 3/1970, S. 182 und 183

(10) Milde, K.: Gestaltung – ein Zentralbegriff für die sozialistische Umweltgestaltung; In: deutsche architektur, Heft 12/1970, S. 761

Ideologische Aspekte der Stadt

Friedrich Engels über die kapitalistische Stadt

Dr. Lothar Kühne

Mit der Entfaltung des Kapitalismus vollzog sich ein tiefgreifender Funktions- und Gestaltwandel der Städte. Die für den Kapitalismus in seiner vorimperialistischen Phase charakteristische Funktion und Erscheinung der Stadt gewann ihre erste Ausprägung in England. Die Literatur der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist reich an Schilderungen des Lebens in jenen Städten.

Engels kam erstmalig nach England, um nach väterlichem Willen in der Spinnerei bei der Firma Ermen & Engels in Manchester seine kaufmännische Ausbildung abzuschließen. Sein erster Aufenthalt in England dauerte ungefähr zwei Jahre, vom November 1842 bis zum August 1844. In dieser Zeit vollzog sich sein Übergang vom revolutionären bürgerlichen Demokratismus zum Kommunismus. Hier gewann er bereits wesentliche Einsichten in die geschichtliche Schöpferkraft des Proletariats. Die Ergebnisse seiner Studien in England faßte Engels kurz nach seiner Rückkehr nach Deutschland in der Schrift „Lage der arbeitenden Klasse in England" zusammen.

Die Fähigkeit von Engels, die konkrete Realität prägnant zu erfassen und das sich in ihr ausdrükkende Allgemeine lebendig zur Darstellung zu bringen, und sein genialer historischer Sinn zeigen sich bereits in dieser Arbeit. „Schickt einen Philosophen nach London . . .", hatte Heinrich Heine geschrieben, „und stellt ihn an eine Ecke von Cheapside, er wird hier mehr lernen als aus allen Büchern der letzten Leipziger Messe; und wie die Menschenwogen ihm umrauschen, so wird auch ein Meer von neuen Gedanken in ihm aufsteigen . . . (1). Der junge Friedrich Engels handelte entsprechend. Seine Gedanken trugen dazu bei, daß er gemeinsam mit Marx die große Arbeit beginnen konnte.

Aus der Fülle der Einblicke in die gesellschaftliche Wirklichkeit des damaligen Englands, die Engels in seiner Schrift „Lage der arbeitenden Klasse in England" gegeben hat, wollen wir uns hier auf seine Analyse der kapitalistischen Stadt beschränken. Und auch hier können nur wenige Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Völlig abgesehen werden muß von den späteren Arbeiten von Engels über den kapitalistischen Städte- und Wohnungsbau.

Was dem Besucher Londons im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert, der seinen Begriff der Stadt an kontinentalen Maßstäben gebildet hatte, besonders auffiel, war die sinnliche Unermeßlichkeit dieser Metropole. Der entwickelte Kapitalismus hat die anschauliche und vorstellbare Prägnanz der Stadtgestalt zerstört. „Alles ist hier colossal. Die Ausdehnung der Stadt nimmt nie ein Ende." (2) So schrieb Schinkel 1826 aus London an seine Frau. Auch Engels spricht in dem Abschnitt „Die großen Städte" von der Endlosigkeit der Stadt und von der gewaltigen Zentralisation der Bevölkerung „auf einen Punkt", welche „die Kraft dieser dritthalben Million verhundertfacht" (3). Engels zeigt die Stadt als eine ökonomische Potenz, deren innerer unmenschlicher Mechanismus von einer faszinativen Poesie überdeckt wird. „Ich kenne nichts Imposanteres als den Anblick, den die Themse darbietet, wenn man von der See nach London Bridge hinauffährt. Die Häusermassen, die Werfte auf beiden Seiten . . . die zahllosen Schiffe an beiden Ufern entlang . . . das alles ist so großartig, so massenhaft, daß man gar nicht zur Besinnung kommt und daß man vor der Größe Englands staunt, noch ehe man englischen Boden betritt." (4)

„Aber die Opfer, die das alles gekostet hat, entdeckt man erst später." Dann „merkt man erst, daß diese Londoner das beste Teil ihrer Menschheit aufopfern mußten, um all die Wunder zu vollbringen, von denen ihre Stadt wimmelt." (5) Damit ist die Richtung der Analyse festgelegt.

Die Kritik an der kapitalistischen Stadt hatte schon vor Engels ihre Wortführer gehabt. Was Engels schon in dieser Arbeit diesen gegenüber auszeichnet, ist einmal, daß ihm jeder romantische Kritizismus fremd ist und er in dem Elend nicht nur den Gegenstand des Erbarmens und des Protestes, sondern in seiner proletarischen Form einen geschichtlichen Faktor sah. „Auch auf dem Kontinent hat es Armut, Elend und sozialen Druck gegeben, aber das blieb ohne Wirkung auf die nationale Entwicklung; aber das Elend und die Armut der arbeitenden Klasse des heutigen Englands hat nationale, und mehr als das, hat weltgeschichtliche Bedeutung." (6) Diese im August 1844 dargelegte, in der Form noch unentfaltete, aber darum noch nicht weniger bestimmte Einsicht in die historische Mission des Proletariats verleiht seiner Kritik eine reale Perspektive und begründet zugleich ihren analytischen Charakter. Während Thomas Carlyle oder John Ruskin in der Stadt nur die Manifestation des durch den Kapitalismus verursachten Elends sahen, erkannte Engels diese Stadt als materielle und ideologische Form der Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat. Sah die romantische Kritik in der Stadt nur die Entäußerung des Elends, zeigte Engels, wie diese Stadt, in ihrer gesellschaftlichen und ideologischen Funktion das Elend überdeckt, seine Tiefe und Massenhaftigkeit unanschaulich werden läßt. Wie die bürgerliche Ideologie ihre Klassenfunktion nur verwirklichen kann, indem sie die gesellschaftlichen Verhältnisse verzerrt widerspiegelt, realisiert die kapitalistische Stadt, insofern sie als Objektivation dieser Ideologie begriffen werden kann, gleichermaßen ein illusionäres, die Transparenz der Gegensätze abschwächendes Gesellschaftsbild. Engels Stadtanalyse ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur marxistischen Theorie der Ideologie. Aus ihr ergeben sich auch wesentliche methodologische Schlußfolgerungen für die Architekturkritik. Wenn wir die kapitalistische Stadt nicht nur als Vergegenständlichung und als räumliche Gestaltung sozialer Beziehungen, sondern zugleich und wesentlich als materiellen und ideologischen Herrschaftsorganismus begreifen, so reicht der Nachweis des Elends und der fortschreitenden Destruktion der raum-zeitlichen Lebensbedingungen der Menschen nicht aus, um den Anforderungen an eine marxistisch-leninistische Analyse zu entsprechen.

Heute steht die kapitalistische Raumkultur in einer tiefen Krise. Die Chaotik des Verkehrs, die Verschmutzung und Verlärmung des Raumes, die Verwüstung der Natur bedrücken die Lebenslage aller Klassen und Schichten der entwickelten kapitalistischen Länder. Die Slumsbildung erfaßt nicht nur neugebaute Wohnviertel der Städte, sondern in wachsendem Maße die gesamten räumlichen Lebensbedingungen der Menschen. Ästhetizismus und Perfektionismus im Bauen oder auch das Gewinnen attraktiver Elemente durch Adaptierung architektonischer Gestaltung an außerarchitektonische Objekte sind zwangshaft in einem Funktionszusammenhang eingeordnet, der die Herrschaft einer parasitär gewordenen Klasse zum Ausdruck bringt. Unabhängig von seinen persönlichen Absichten steht der Architekt gleich dem Lohnproletarier in der Situation, daß er innerhalb der von der herrschenden Klasse normierten Arbeitsteilung sein menschliches Interesse negieren und durch seine Arbeit einen ihm fremden und feindlichen Zweck zu dienen hat. Selbstverständlich verfügt der Architekt im Unterschied zum Arbeiter über einen höheren Grad des Dispositionsvermögens in seiner Arbeit. Aber die grundlegenden Entscheidungen über den gesellschaftlichen Inhalt seiner Arbeit können nicht vom einzelnen Werk, sondern nur von den umfassenden Systembezügen der Gesellschaft her getroffen werden. Die Bourgeoisie hat im 19. Jahrhundert die Stadt primär als hygienisches und militärisches Problem behandelt als das Elend der Massen ihre eigenen Interessen berührte und die revolutionäre Kraft des Proletariats sie zunehmend bedrohte. In unserem Jahrhundert ist die „Umwelt" als umfassende, strukturell gegliederte und ins kosmische transzendierende Raumwirklichkeit entdeckt worden. Damit ist die Aufgabe eines vertieften Verständnisses der Architektur gestellt. Das erfordert den Zusammenhang von Architektur und Gesellschaft differenzierter zu fassen.

Heinrich Heine hatte einige Jahre vor Engels beschrieben, wie das kapitalistische London das Elend in den Hintergrund drängt. „Der Fremde, der die großen Straßen Londons durchwandert und nicht in die eigentlichen Pöbelquartieren gerät, sieht . . . nichts oder nur sehr wenig von dem vielen Elend, das in London vorhanden ist." (7) Engels hat diese Verhüllungsfunktion der kapitalistischen Stadt besonders an Manchester untersucht, das der „klassische Typ der modernen Industriestadt" (8) war. Er untersuchte hier die Strukturen der Stadt, aus denen diese Funktion resultierte. „Die Stadt selbst ist eigentümlich gebaut, so daß man jahrelang in ihr wohnen und täglich hinein- und herausgehen kann, ohne je in ein Arbeiterviertel oder nur mit Arbeitern in Berührung zu kommen – so lange man eben nur seinen Geschäften . . . nach- oder spazieren geht. Das kommt aber hauptsächlich daher, daß durch unbewußte stillschweigende Übereinkunft wie durch bewußte ausgesprochene Absicht die Arbeiterbezirke von denen der Mittelklasse überlassenen Stadtteilen aufs schärfste getrennt, oder wo dies nicht geht, mit dem Mantel der Liebe verhüllt werden". (9) Engels zeigt, daß das kommerzielle Zentrum der Stadt ringförmig von Stadtgebieten umschlossen ist, die die einzelnen sozialen Klassen und Schichten räumlich umfassen und begrenzen. Er unterscheidet zwischen den Wohngebieten des Proletariats, denen der kleinbürgerlichen Schichten und der Bourgeoisie, wobei er letztere in die kleinere, mittlere und große differenziert. Die Wohnviertel der Proletarier bilden den inneren, die der Kapitalisten den äußeren Ring um das Zentrum. Bezogen auf den Mittelpunkt der Stadt ist der Ring der proletarischen Wohngebiete nach Nordosten und der der bourgeoisen Wohngebiete nach Südwesten verschoben. Diese gegenläufige Verschiebung des Kreises der proletarischen und des Kreises der bourgeoisen Bebauung zum Zentrum ist dadurch verursacht, daß sich die wohlhabenderen Teile der Bevölkerung in einer solchen Lage zur Stadt ansiedeln, in der sie von der Verschmutzung der Luft durch die Industrie möglichst wenig belästigt werden. Dieses von Engels aus der Analyse von Manchester gewonnene Grundmodell der kapitalistischen Stadt sollte sich später hundertfach reproduzieren. In ihm war auch die Entwicklung Berlins vorweggenommen.

Aus der sozial-räumlichen Struktur der kapitalistischen Stadt ergibt sich, daß ihr Zentrum nur erreicht werden kann, indem das proletarische Wohngebiet durchquert wird. Aus dieser Situation ergab sich für die Bourgeoisie unter dem Aspekt der sinnlichen Wahrnehmung eine schwierige Situation. Engels untersuchte, wie der kapitalistische Städtebau dieses Problem schon allein dadurch weitgehend überwindet, daß er den sich spontan ergebenden räumlichen Dispositionsbedürfnissen eines Teils der Bourgeoisie und der Mittelschichten einfach folgt. Damit hat er eine wesentliche Einsicht in die Spezifik bestimmter architektonischer Gestaltsgesetze gewonnen. Es handelt sich um die Wirkung ökonomisch determinierter Spontaneität als Leitfunktion bei der Formierung oder der Komplettierung der Struktur architektonischer Ganzheiten.

Nach der Darstellung der sozialen Gliederung von Manchester, deren allgemeiner Schematismus hier schon umrissen wurde, schrieb Engels: „Und das Schönste bei der Sache ist, daß diese reichen Geldaristokraten mitten durch die sämtlichen Arbeiterviertel auf dem nächsten Wege nach ihren Geschäftslokalen in der Mitte der Stadt kommen können, ohne auch nur zu merken, daß sie in die Nähe des schmutzigen Elends geraten, das links und rechts zu finden ist. Die Hauptstraßen nämlich, die von der Börse nach allen Richtungen aus der Stadt hinausführen, sind an beiden Seiten mit einer fast ununterbrochenen Reihe von Läden besetzt und so in den Händen der mittleren und kleineren Bourgeoisie, die schon um ihres Vorteils willen auf anständigeres und reinliches Ansehen hält und halten kann." (10) An diesem Gegenstand hat Engels auf vortreffliche Weise ein Grundgesetz kapitalistischer Kulturprozesse erfaßt. Das besteht darin, daß sich die bürgerliche Ideologiefunktion solcher Prozesse bereits spontan über die Regelung durch das Kapital verwirklicht. Das bedeutet nicht, daß nur diese ökonomischen Regelfaktoren wirken. Das wird noch zu erörtern sein. Diese „heuchlerische Bauart" (11), wie Engels sie nannte, wird in der imperialistischen Phase des Kapitalismus bewußt gehandhabt. Solange die Bourgeoisie ihre Herrschaft noch nicht direkt gefährdet sah, waren ihre Initiativen zur Verschleierung der wirklichen sozialen Verhältnisse noch gering. Viele Verschleierungseffekte des Städtebaus waren noch nicht das Ergebnis der Verwirklichung einer Klassenstrategie in der Architektur, sondern resultierten, wie gezeigt wurde, aus unmittelbaren ökonomischen Interessen von Teilen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Die Verschleierungsfunk-

tion der Architektur war in dieser Phase noch nicht auf die Illusionierung und ideologische Deklassierung von Teilen des Proletariats gerichtet, sondern diente vorrangig der Sicherung des Gesellschaftsbildes der Bourgeoisie und anderer bürgerlicher Schichten. Mit dem Wachstum der Arbeiterklasse und der Entwicklung ihres revolutionären Klassenbewußtseins und ihrer Organisiertheit wird Architektur einmal direkt als Mittel konterrevolutionärer Aktion gegen das Proletariat und zugleich als Mittel seiner ideologischen Integration in das kapitalistische System eingesetzt. Kleinbürgerliche Philantropen, Sozialreformer verschiedenster politischer Richtungen haben die entscheidende Vorarbeit für die Formierung der im Imperialismus perfektionierten architektonischen Herrschaftstechnik geleistet.

Im Vorwort zur zweiten deutschen Auflage seiner Schrift „Lage der arbeitenden Klasse in England" hat Engels 1892 darauf hingewiesen, daß im vergangenen Halbjahrhundert wesentliche Wandlungen im kapitalistischen Städtebau erfolgten. Viele dieser Veränderungen hatte er selbst noch analysiert, um besonders der deutschen Arbeiterpartei Hilfe im Kampf gegen den Einfluß der kleinbürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse zu leisten. „Die Bourgeoisie hat weitere Fortschritte gemacht in der Kunst, das Unglück der Arbeiter zu verbergen." (12) Die Erfolge des Proletariats in unserem Jahrhundert, besonders der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und die Entstehung des sozialistischen Weltsystems, haben die Anstrengungen der Kapitalistenklasse, Architektur zur Sicherung der eigenen Klassenherrschaft einzusetzen, verstärkt.

Die spätbürgerliche Architektur ist in einem höheren Maße als die des vormonopolistischen Kapitalismus ideologisch determiniert. Die von Engels in „Lage der arbeitenden Klasse" untersuchten ideologischen Wirkungen der Architektur sind noch weitgehend das Resultat ökonomisch gesteuerter architektonischer Bildungsprozesse. Insofern muß die Bezeichnung dieser Städte als „ideologische Organismen" eingeschränkt werden, daß sie noch nicht als objektivierte Ideologie, sondern lediglich als in ihrer Funktion ideologieadäquate Gebilde aufgefaßt werden können. Auch die konterrevolutionäre Baupraxis Hausmanns ist in diesem Sinne nicht ideologisch, da sie nicht davon ausgeht, wie man durch Architektur ideell auf das werktätige Volk einwirken kann, sondern davon, wie dessen mögliche revolutionäre Aktionen durch Architektur erschwert und leichter militärisch niedergeworfen werden können. Daß bei der Verwirklichung dieser Projekte und bei ihrer Konzipierung selbst ideologierelevante ästhetische Einstellungen mitwirkten und daß die Verwirklichung dieser Projekte eine spezifische Ästhetik der Stadt faktisch formulierte, steht zur Feststellung der vorwiegend im militärischen und nicht im ideologischen Sinne herrschaftstechnischen Funktion dieser Stadtarchitektur nur im scheinbaren Gegensatz. Selbstverständlich stehen die ökonomischen, militärischen, hygienischen und technischen Faktoren im Zusammenhang mit den ideologischen, haben die ökonomischen, militärischen, hygienischen und technischen Faktoren zugleich ideologische, wie die ideologischen Faktoren zugleich ökonomische Aspekte haben.

Engels hat auch den Zusammenhang zwischen dem Verkehr in der kapitalistischen Stadt und der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft mit großer Schärfe erfaßt. Und gerade an diesem Gegenstand kann der Unterschied einer lediglich ideologieadäquaten zu einer ideologisch determinierten architektonischen Realiät besonders gut gezeigt werden. Über den Verkehr in den Städten schrieb Engels: „Die brutale Gleichgültigkeit, die gefühllose Isolierung jedes einzelnen auf seine Privatinteressen tritt um so widerwärtiger und verletzender hervor, je mehr diese einzelnen auf kleinen Raum zusammengedrängt sind ... Die Auflösung der Menschheit in Monaden, deren jede ein apartes Lebensprinzip und einen aparten Zweck hat, die Welt der Atome ist hier auf ihre höchste Spitze getrieben." (13) Darin ist nun zugleich ein grundlegendes Moment der Stadt als Lebensform erfaßt. Der hier von Engels gekennzeichnete Zusammenhang zwischen der städtischen Verkehrsform der Individuen und dem bürgerlichen Individualismus wurde ursprünglich nicht bewußt erzeugt, sondern ergab sich aus der durch ökonomische Ursachen erfolgten Konzentration der Bevölkerung in den Städten. Auch hier würde eine nähere Analyse den wachsenden Einfluß ideologischer Faktoren auf die Entwicklung der Verkehrsformen bestätigen. Die Rolle ideologischer Faktoren auf die Entwicklung der Architektur des Spätkapitalismus kann hier nicht dargestellt werden. In einem Aufsatz hat Krenz wichtige Ansätze zu einer solchen weiterführenden Analyse gegeben. (14)

Friedrich Engels wollte mit seiner Arbeit über das englische Proletariat nicht noch beiläufig einen Beitrag zur Geschichte und Theorie der Architektur leisten. Die im Vergleich zur Entwicklung dieser Disziplinen hervorragenden Einsichten über die Architektur, die Engels gewann, beruhen auf seinem übergreifenden klassengeschichtlichen Ausgangspunkt. Noch heute steht die Architekturtheorie weitgehend unter der Vorherrschaft einer kunstwissenschaftlichen Betrachtungsweise, durch die sich ihr die Einsicht in wesentliche Funktionen der Architektur weitgehend verschließt.

Engels hat die kapitalistische Stadt und die Stadt überhaupt als notwendige Entwicklungsform der Gesellschaft begriffen, durch die sich das Proletariat auf der Grundlage seiner Klassenherrschaft schließlich befähigen wird, den Gegensatz von Stadt und Land und damit die Stadt selbst aufzuheben. Wie Marx in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" den Übergang der unentfalteten Entfremdung in ihre zugespitzte und zynische Form als Voraussetzung der Aufhebung der Entfremdung, das heißt hier der sich auf dem Privateigentum begründeten Verhältnisse der Menschen, bejahte, faßte auch Engels die historische Stellung der Stadt. „Die großen Städte haben die Krankheit des sozialen Körpers, die auf dem Lande in chronischer Form auftritt, in eine akute verwandelt, und dadurch das eigentliche Wesen und zugleich die rechte Art, sie zu heilen, an den Tag gebracht. Ohne die großen Städte und ihren treibenden Einfluß auf die Entwicklung der öffentlichen Intelligenz wären die Arbeiter lange nicht so weit, als sie jetzt sind. Dazu haben sie die letzte Spur des patriarchalischen Verhältnisses zwischen den Arbeitern und den Brotherren zerstört ..." (15) So erscheint die Stadt des industriellen Kapitalismus nicht nur als Negation der bornierten Idyllik und Harmonie der frühbürgerlichen Stadt. In der kapitalistischen Stadt potenzieren sich die sozialen Gegensätze der frühbürgerlichen Stadt und treten in ganzer Schärfe räumlich auseinander. Die kapitalistische Stadt ist der Boden, auf dem das Proletariat seinen Sieg über die Kapitalistenklasse erringt. Das siegreiche Proletariat verwandelt die Stadt von einem Instrument zur Unterdrückung und Ausbeutung des werktätigen Volkes in ein Mittel zur Gestaltung der neuen Gesellschaft. Sie ist damit zugleich die Basis, von der neue Fragen in die Zukunft gestellt und Antworten gegeben werden müssen, die mehr sind als die gedankliche Fortsetzung des Bestehenden.

(1) Heine, H.: Englische Fragmente (1828), II, London. in: Werke, Bd. 4, Berlin, Bibliographische Anstalt, o. J., S. 186

(2) Schinkel, K. F.: Briefe, Tagebücher, Gedanken. Ausgew. u. eingel. von H. Makowsky, Berlin o. J., S. 169

(3) Engels, F.: Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 256

(4) Ebenda

(5) Ebenda

(6) Engels, F.: Die Lage Englands, ebenda, Bd. 1, Berlin 1957, S. 555

(7) Heine, H.: ebenda, S. 189

(8) Engels, F.: ebenda, Bd. 2, S. 273

(9) Ebenda, S. 276

(10) Ebenda, S. 279

(11) Ebenda, S. 280

(12) Engels, F.: Vorwort zur zweiten deutschen Auflage (1892) der „Lage der arbeitenden Klasse in England", ebenda, Bd. 22, Berlin 1963, S. 319

(13) Ebenda, Bd. 2, S. 257

(14) Krenz, G.: Die Zeit der verpaßten Chance, in: deutsche architektur, 2/1970

(15) Engels, F.: a. a. O. S. 349 bis 350

Tendenz zur Differenzierung

Prof. Hanns Hopp †

Ich möchte in meinem Diskussionsbeitrag Ihre Aufmerksamkeit auf eine Erscheinung hinlenken, die beim Entstehen und in der Aufeinanderfolge der historischen Baustile beobachtet werden kann, und zwar in einer Wiederholung, die auf eine Gesetzmäßigkeit hindeutet, so daß sie als ein kleiner Beitrag zur Architekturtheorie angesehen werden kann.

Selbstverständlich sind die Veränderungen in der Gestalt und Gestaltung der Bauwerke nicht aus den individuellen Wünschen der Baumeister nach neuen modischen oder ästhetischen Formen entstanden, sondern sie wurden verursacht durch Veränderungen in den jeweiligen Gesellschaftsordnungen und den Wechsel in der jeweiligen herrschenden Gesellschaftsgruppe.

Am Beginn der romanischen Stilepoche zeigen die Bauwerke eine einfache geschlossene Form mit großen Flächen. Die dekorativen Elemente bleiben an der Oberfläche der Mauern, sie dringen nicht tief in den Baukörper ein. In der weiteren Entwicklung werden die Baukörper zwar mehr gegliedert, behalten aber immer eine körperlich geschlossene Form. Die Schmuckformen verlieren ihr nur lineares Gepräge und werden plastischer.

Die Gotik setzt dann diese Entwicklung in beschleunigtem Tempo fort. Die Umfassungsmauern geben ihre Geschlossenheit und Großflächigkeit auf. Sie werden durch große Fenster durchbrochen. Der Baukörper wird immer aufgelockerter. Schmuckelemente, wie die Fialen und Konstruktionselemente, wie die Strebebögen treten vor die Außenhaut. Die Türme verlieren ihre anfangs noch geschlossenen Formen und werden am Ende dieser Epoche zu steinernen Spitzengeweben, wie beim Ulmer Münster.

Ein gleicher Entwicklungsprozeß von geschlossener zu aufgelockerter Form ist beim Übergang von der Renaissance zum Barock zu erkennen. Die Renaissance beginnt mit einer Anlehnung an die römische Klassik, soweit sie damals bekannt war. Der Baukörper ist kubisch und geschlossen. Das Mauerwerk, nur durch eine Reihung gleicher Fenster unterbrochen, wird durch die stark ausgeprägte Rustica noch besonders betont (Palazzo Pitti in Florenz). Dann treten Halbsäulen und Risalite und Fensterumrahmungen und -überdachungen auf, aber die Mauerfläche bleibt erhalten und gegliedert durch Gesimsbänder zur Markierung des Geschoßbaues (Palazzo Farnese in Rom). Dann wird die Dekoration immer plastischer, es kommen Rundplastiken hinzu, aber die Mauerfläche bleibt unangetastet (Heidelberger Schloß). Im nachfolgenden Barock verschwindet die Gradflächigkeit der Mauer in zunehmendem Maße. Die Dekoration greift tief in die Substanz des Baukörpers ein. Die Mauer folgt ihren schwingenden Formen und verschwindet ganz hinter ihr. Der Baukörper ist aufgelöst. Die Architektur wird zu einem Wechselspiel von Licht und Schatten. Nachdem der Höhepunkt dieser Entwicklung überschritten ist, tritt eine Beruhigung in der Plastizität der Dekoration ein. Sie wird im Rokoko zu einer, die Mauer nicht mehr durchdringenden feingliedrigen Verzierung.

Eine ähnliche Erscheinung finden wir auch am Ende der gotischen Stilepoche. Die so stark betonte Höhentendenz wird durch einen nach oben maßvoll abgegrenzten Raum in den spätgotischen Hallenkirchen (Kirche Unsere Lieben Frauen in Halle) abgelöst.

Ein drittes Mal zeigt sich der Weg vom geschlossenen zum aufgelockerten Baukörper in der klassizistischen Stilepoche. Die ersten Bauwerke in ihr zeigen große geschlossene Formen. In der Weiterführung dieses Stiles bringt Schinkel dann durch die vermehrte Einführung klassischer Formenelemente eine größere Auflockerung des Baukörpers und eine reichere Gliederung (Schauspielhaus). Der Abklang dieser Epoche führt zum flachen Biedermeier.

Damit bricht diese Entwicklung ab. Der aufkommende Kapitalismus hat nicht mehr die Kraft, einen Baustil hervorzubringen.

Selbst in unserer Gegenwart, in unserem sozialistischen Bauen, können wir die gleiche Tendenz, wie sie in den historischen Baustilen zu erkennen war, feststellen. Die Anfänge des industriellen Bauens ergaben geschlossene, starr gradlinige und gradflächige Baukörper. Sie erzeugten Unbehagen bei den Architekten und Kritik bei den Bürgern. In unserer schnellebigen Gegenwart vollziehen sich die einzelnen Phasen in der Entwicklung nicht mehr in hundert, sondern schon in zehn Jahren. In den neuesten Bauten und Entwürfen ist das Streben nach größerer Plastizität der Fassaden, eine Differenzierung in den Höhen und eine größere Bewegung in den Baukörpern zu erkennen. Also auch hier eine Entwicklung von geschlossener zu aufgelockerter Form.

Architekten und Geschichtsbewußtsein

Architekt BDA Helmut Hennig

Eines der vielen tief gegründeten Probleme im sozialistischen Städtebau und in der Architektur ist die Forderung nach dem unverwechselbaren Stadtbild, nach dem eigenen Charakter einer Stadt oder eines Stadtensembles.

Die Fülle der für den Architekten wesentlichen Prozesse im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Revolution oder auch die faszinierenden Denkanstöße, die aus der Beschäftigung mit der Prognose mit den Bildern der Zukunft hervorgehen, dürfen diese Forderung nicht in den Hintergrund der städtebaulichen Praxis treten lassen.

Der sozialistische Städtebau befaßt sich nicht so wie der westliche Städtebau als Stadt- und Sozialgeographie mit den „räumlichen Konsequenzen irgendwelcher menschlicher Verhaltensweisen, Lebensansprüche und Lebenserwartungen" oder orientiert sich nicht etwa, um Zeichen zu setzen, technokratisch allein auf die Entwicklung neuer Konstruktionen, neuer Bauweise, sondern letzten Endes ist es ein Ziel des sozialistischen Städtebaus, mit gebauter Umwelt einen notwendigen, einen bewußten Beitrag zu leisten zur Herausbildung einer neuen Gesellschaft, zum Entstehen, zur Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft.

Für den Architekten, den Städtebauer bedeutet das in einem sehr komplexen Prozeß, im Rahmen eines großen Kollektivs vielfältig und kontinuierlich zu denken und zu wirken.

Der Sozialismus hat sich bereits mit seiner Geburtsurkunde, mit dem Kommunistischen Manifest, zur Geschichte, zu den Lehren der Geschichte bekannt, und er wird nicht müde werden, diesen fundamentalen Gedanken zu vertreten. Kurt Hager sagte auf dem 9. Plenum des ZK dazu:

„Historisches Wissen und die richtige Erkenntnis historischer Zusammenhänge ist eine Grundvoraussetzung für ein klassenmäßiges politisches Denken und Handeln."

Die gegenwärtige Situation in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus ist dadurch gekennzeichnet, daß jetzt Reihen von Konzeptionen und Modephilosophien gegen den Marxismus-Leninismus ins Feld geführt werden. Darunter befindet sich der Neopositivismus, der für die „siebziger Jahre" in den Vordergrund geschoben wird.

Dieser Neopositivismus, auch Philosophie des Stückwerks genannt, ist geprägt von Geschichtsfeindlichkeit, von Ablehnung der Forderung Hegels nach Erkenntnis des Zusammenhangs alles Geschehens und vor allem auch geprägt von der Behauptung, die gesellschaftswissenschaftliche Forschung sei durch die exakte, moderne, naturwissenschaftliche Forschung unserer Zeit überflüssig geworden.

Prüft man den großen Aufgabenkomplex unserer Städtebauer und Architekten auf Berührungspunkte hin, die sich mit dem Neopositivismus ergeben könnten, so wird man leicht finden, daß diese destruktive Philosophie für uns keine Gefahr, keine Verlockung bedeutet. Wenn auch nicht alles so läuft wie es laufen sollte, so wird doch niemand bei uns prinzipiell eine technisch-wissenschaftliche Konzeption als eine Setzung für sich allein, als ein isoliertes Stückwerk betrachten wollen. Auch die Geschichtsfeindlichkeit, die sich äußert in raffinierten Unterbewertungen der Geschichte, in Geschichtsklitterungen und Fälschungen, findet bei uns gewiß keinen trächtigen Boden.

Nun aber ist doch wohl die Zeit herangekommen, in allen Bereichen die Geschichte der letzten Jahrzehnte unserer Entwicklung gründlicher zu erkennen und auszuwerten, und das gilt auch für die Geschichte des Städtebaus und der Architektur, eine Aufbaugeschichte, eine Geschichte voller Spannung, Dramatik und manchmal komplizierter Probleme. Dazu ist bisher wenig oder nur Unzulängliches gesagt und getan worden. So heißt es in einer im übrigen gut ausgestatteten Baustilfibel über die große, Zentrale Achse der Hauptstadt Berlin:

„Das Bemühen, an traditionelle, nationale Bauformen (Klassizismus) anzuknüpfen, führte jedoch zu einer Überbetonung dekorativer Elemente am Einzelbau und damit zu einer Vernachlässigung funktionaler, ökonomischer und bautechnischer Fragen." In Berlin gibt es aber für Städtebauer und Architekten mehr zu studieren aus dieser Zeit als einige vordergründige Fehlerhaftigkeiten. In Berlin, „einem Brennpunkt erbitterter Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion", wie Paul Verner im Vorwort zu einem Geschichtsband über die Hauptstadt der DDR und die selbständige politische Einheit Westberlin sagt, gab es und gibt es einen scharfen kulturpolitisch-ideologischen Kampf, in dem die Planung und der Aufbau der Zentralen Achse und ihr Einfluß auf das unverwechselbare Stadtbild Berlins eine große bedeutende Rolle spielten und spielen.

Natürlich darf ein Geschichtsstudium nicht so angelegt sein, schlechthin „Vergangenheit in die Zukunft zu projektieren". Eine wirklich neue wissenschaftlich-technische Konzeption darf natürlich das Alte nicht mitschleppen. Jede offene, kritische Aneignung der Geschichte aber wird nicht nur den persönlichen ideologischen Standort unserer Architekten und Städtebauer sichern und ihr moralisch-ethisches Berufsbewußtsein festigen, sondern es wird auch angemessene Bedeutung für die praktische Arbeit erlangen.

Zum Planwerk des Generalbebauungsplans gehören heute bereits der Generalverkehrsplan, der Energieplan, der Wasserwirtschaftsplan, und neben weiteren Teilplänen wird einmal auch der Generalplan bildende Kunst in die Gesamtaufgabe des Städtebaus und der Architektur zu integrieren sein. Dann wird das Zusammenwirken von sozialistischer Architektur und sozialistisch-realistischer bildender Kunst sowohl für die Lösungswege zur Realisierung als auch für die Ausarbeitung der Themenkreise, die dem Gesamtwerk zugrunde gelegt werden sollen, eine hohe politisch-ideologische Qualität und Disziplin grade für koordinierende Architekten erforderlich machen.

Die Themen eines Generalplans bildende Kunst werden außerordentlich weit zu spannen sein. So könnten an der Schwelle der Eroberung des Kosmos durch die Menschen abstrakte Darstellungen mit den Mitteln der bildenden Kunst durchaus legitim erscheinen. Vor allem aber befinden wir uns im Weltmaßstab im Übergang vom Kapitalismus in den Sozialismus, daß heißt in einem geschichtlich langen Zeitraum, in dem es notwendig ist, im Zusammenwirken von Architektur und bildender Kunst Themen aus allen Varianten des Klassenkampfes zu gestalten, die großen Kollektive kühner Revolutionäre zu zeigen, die Neuerer der Produktion, die großen Menschen der Politik, Wissenschaft und der Kunst.

Es gibt bereits Beispiele solchen Zusammenwirkens, die zu Stadtbildern geführt haben, die eigen und unverwechselbar wurden, weil hier auch Geschichte mitwirkte.

So befindet sich der neuerbaute Leninplatz in Berlin mit seiner dynamisch bewegten Architektur, mit den hellfarbigen, neuen Wohnbauten und dem Denkmal Lenins auf dem historischen Boden einer vergangenen Welt des Proletariats. Ringsum waren hier einmal die Stadtbezirke mit den ärmlichen Arbeiterquartieren zu finden gewesen, die der frühe Kapitalismus gebaut hat, hier wurden einmal die ersten Klassenkämpfe des Berliner Industrieproletariats tägliche Wirklichkeit, hier besuchte Friedrich Engels zum letzten Male Berlin und die Genossen. Weitere Reminiszenzen, und zwar aus jüngerer Vergangenheit, könnten dem hohen Trümmerberg im Norden des Leninplatzes gelten, dessen Gestaltung bekanntlich noch aussteht.

Natürlich sollte der Berliner Leninplatz nur als ein Beispiel unter vielen anderen gelten. Den kommenden großen Aufgaben auf allen Gebieten des Städtebaus, der Architektur und der bildenden Kunst in unserer Republik können weniger als je allgemeine Schemen zugrunde gelegt werden, mehr als je ist eine Fülle von Themen, eine Vielfalt von Lösungswegen zu suchen, wobei bewußt das historische Milieu einbezogen werden muß.

Das soll nicht bedeuten, unseren bisherigen Aufgaben ein trockenes historisches Faktenstudium hinzuzufügen. Es geht vielmehr darum, sich immer wieder darauf zu besinnen und bewußt zu machen, welche Rolle Städtebau, Architektur und bildende Kunst in der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus spielen, welchen Platz sie in dieser Auseinandersetzung inne haben. Der umfassende Abriß, den Benny Heumann in Heft 10 der „deutschen architektur" über einige Entwicklungstendenzen des Städtebaus in den kapitalistischen Ländern gab, läßt sehr klar die Klassenbedingtheit der tiefen Krise des Imperialismus im Städtebau erkennen. Klassenbedingt muß also auch unsere Arbeit im Städtebau, in unserer Architektur und unserer bildenden Kunst sein, klassenbedingt unsere Erfolge, unsere Entwicklungen. In diesem Artikel der „deutschen architektur" werden auch einige Projekte als krasse, technokratische Beispiele gezeigt, die nicht zuletzt unmenschlich sind, weil sie wie der Neopositivismus und ähnliche Philosophien von Geschichtsfeindlichkeit getragen sind.

„Mittelpunkt ist immer der Mensch", so heißt es oft bei uns, und oft ist dabei auch etwas von abstrakter Haltung zu spüren, von der Vorstellung eines Menschen „an sich". Das Geschichtsbewußtsein des sozialistischen Städtebauers, Architekten und bildenden Künstlers aber muß getragen und entwickelt werden als eine sich immer mehr vertiefende Orientierung auf den Menschen, auf das Volk als Bauherrn. Weit vorausschauend hat der XXII. Parteitag der KPdSU diesen Menschen, diesen Bauherren gezeichnet als „eine hochorganisierte Gesellschaft freier, arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein."

Schon heute müssen wir uns in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus geistig rüsten für die Gestaltung von Städten, die Zeugnis davon geben, daß der Mensch nicht nur zum Beherrscher der Natur, sondern auch zum Beherrscher seiner Geschichte geworden ist.



1
Außenansicht. Blick von Westen

Gaststättenkomplex „Kosmos“ im Wohngebietszentrum Rostock-Südstadt

Dipl.-Ing. Wolfgang Reinhard

Projektant:	VE Wohnungsbaukombinat Rostock Direktion 9 – Forschung und Projektierung
Entwurf:	Dipl.-Ing. Wolfgang Reinhard Dipl.-Ing. Robert Waterstraat Oberingenieur Kurt Tauscher Innenarchitekt Fritz Hering
Statik:	Bauingenieur Bernd Piesold Dipl.-Ing. Lutz Friedrich
Sanitär:	Bauingenieur Axel Leschniok
Elektro:	Elt-Ingenieur Gerhard Lau
Erschließung:	Bauingenieur Hans Mühlenbruch
Grün- und Außenanlagen:	Gartenarchitekt Gerd Parsche
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Eugen Hüttemann
Heizung und Lüftung:	Bauingenieur Döring PGH Stahlbau und Wärmetechnik Rostock
Küchenprojekt:	Gesellschaft zur Betriebsberatung des Handels Rostock
Schalenkonstruktion:	
Entwurf und Ausführung:	Dipl.-Ing. Ulrich Müther PGH Bau Binz
Hauptauftragnehmer:	VEB Bauhof Rostock
Bildkünstlerische Arbeiten:	Inge Jastram (Wandteller in Eingangshalle, Speisegaststätte und Bierstube, Störtebeker-Wandfries, Bierstube) Fritz Hering (Stahltrennwand Bar, Beleuchtungskörper) Wolfgang Reinhard (Stahlfries über Eingang)

Städtebauliche Einordnung

An markanter verkehrsgünstiger Stelle befindet sich der Zentrumsbereich für das Wohngebiet Südstadt. Direkt am Südring gelegen, ist er von allen Einwohnern gut zu erreichen. Der Gaststättenkomplex, in dem auch eine Zweigstelle der Bezirksbibliothek „Willi Bredel“ aufgenommen ist, wurde städtebaulich so eingeordnet, daß er als Mittelpunkt des Wohngebietes von allen Seiten bis in die Innenstadt hinein sichtbar und wirksam wird. Seine bis dicht an den Südring vorgeschobene Lage erzielt diese städtebauliche Wirkung. Die gestalterische Wirkung des Bauwerkes wird bestimmt durch die drei aneinandergereihten Hyparschalen, die ganz in Glas aufgelösten kreisförmigen Gasträume und den in Backsteinriemchen ausgeführten untergeschobenen Flachbaukörper. Alle Betonteile wurden weiß behandelt. Die Geländer der frei schwingenden stützenlosen Außentreppen und die Brüstungen der Dachterrassen wurden in Holz ausgeführt und stehen in gutem farblichen Einklang mit den anderen Materialien. Die Außengalerie der Unterhaltungsgaststätte mit ihrem leichten transparenten Geländer betont die Lage am Südring.

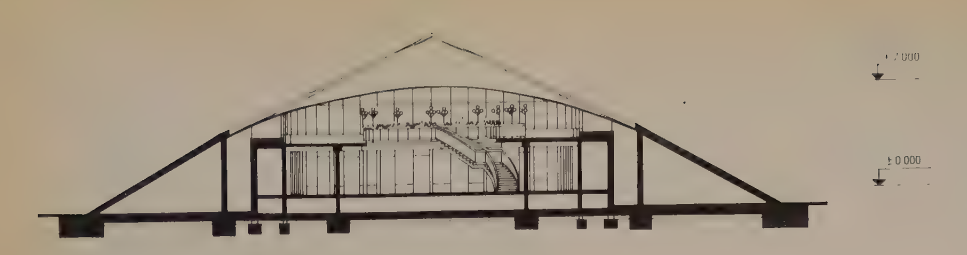
Die Freiflächengestaltung mit dem großzügig angelegten Vorplatz sowie den Blumenrabatten und der Sitzmauer am Südring unterstreicht und steigert die Wirksamkeit des Bauwerkes.

Funktion

Alle Gasträume sind über die Eingangshalle im Erdgeschoß erreichbar. Im Erdgeschoß befinden sich die Speisegaststätte und darüber die Unterhaltungsgaststätte als Galeriegeschoß und die Bar. Sie sind über eine frei geschwungene Treppe mit der Speisegaststätte verbunden. Über eigene Treppenanlagen gelangt man von der Eingangshalle zur Bierstube sowie zum Tagescafé im Obergeschoß.

Das Tagescafé wurde so eingerichtet, daß es als Mehrzweckraum auch für andere kulturelle Veranstaltungen genutzt werden kann. Alle Gasträume sind so miteinander verbunden, daß sie bei größeren Veranstaltungen gemeinsam genutzt werden können. Im Obergeschoß sind den Gasträumen Freiterrassen für die Sommerbenutzung vorgelagert, die über Außentreppen (2. Fluchtweg) auch direkt zu erreichen sind. Den zentralen Versorgungskern bildet die Küche im Erdgeschoß mit ihren Vorbereitungs- und Kühlräumen. Der Versorgungsstützpunkt im Obergeschoß und der Lagerkeller sind durch einen hydraulischen Lastenaufzug sowie einen Kleinlastenaufzug mit der Küche verbunden. Die Warenanlieferung erfolgt über eine Rampe auf der Küchenseite direkt in die Kühlräume und mittels Aufzug in den Lagerkeller.

Die Personalumkleide- und Waschräume, Räume für die Speiseeisbereitung und die



2

2
Querschnitt 1 : 500

3
Blick vom Südring aus nördlicher Richtung

4
Galerie der Unterhaltungsgaststätte. Die Vierkantstahlstützen für die Brüstungsbefestigung dienen gleichzeitig als Beleuchtungselemente. Der Fußboden wurde mit einem blauen Teppich ausgelegt.

3

4



technischen Räume befinden sich im Kellergeschoß mit direktem Zugang von außen. In die Bibliothek mit Büro und Arbeitsraum gelangt man über einen eigenen Eingang. Sie ist auch über die Eingangshalle erreichbar. Der Bibliothekraum wurde mit Regalen für 17 000 Bände eingerichtet und in eine Erwachsenen- und eine Kinderabteilung untergliedert.

Konstruktion

Das Gebäude wird von drei Hyparschalen mit einer Seitenlänge von 20 m überdacht. Sie wurden an ihren Stoßstellen so aneinandergefügt, daß die darunter befindlichen kreisförmigen Zylinder mittels Zwischengliedern direkte Verbindung erhalten. Im Erdgeschoß wurde ein rechteckiger Baukörper von 24 m × 48 m untergeschoben. Die Konstruktion ist monolithisch in Ziegelmauerwerk mit Menzeldecken ausgeführt. Außen sind alle Mauerwerksflächen mit Großräschener Spaltplatten verkleidet. Die runden Gasträume sowie die Bibliothek wurden mit Stahlstützen und Thermoglas geschlossen.

5
Längsschnitt 1 : 500

5

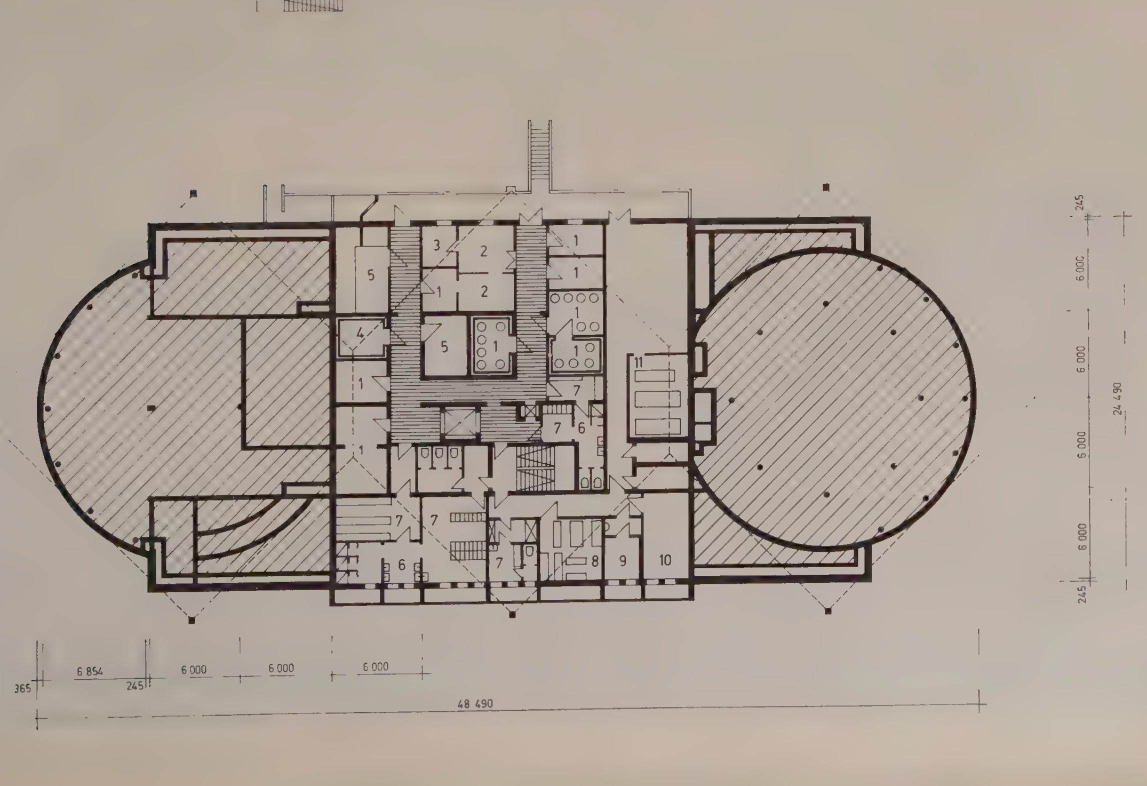
6
Obergeschoß
1 : 500
1 Café
2 Künstlergarderobe
3 Büfett mit Spüle
4 Biergaststätte
5 Handlager
6 Galerie mit Bar

6

7
Erdgeschoß 1 : 500
1 Büro
2 Speisegaststätte
3 Kellneroffice
4 Warme Küche
5 Kalte Küche
6 Spüle
7 Küchenleiter
8 Getränkebüfett und -lager
9 Vorbereitungsraum
10 Kühlraum
11 Warenannahme
12 Leergut
13 Personal- und Ruheraum
14 Bibliothek

7

8



8
Kellergeschoß
1 : 500
1 Lager
2 Eisvorbereitung und -bereitung
3 Behälterspüle
4 Kühlraum für Eisproduktion
5 Maschinenraum
6 Wasch- und Duschraum
7 Umkleiden
8 Lüftung
9 Batterieraum
10 Anschlußraum
11 Lüftungszentrale

9

10



11

9
Blick in die Bar im Obergeschoß

10
Speisegaststätte mit Aufgang zur Galerie

11
Fries mit Motiven der Störtebekerballade (handgemalte gebrannte Keramikplatten) in der Bierstube

Projektierungszeit

(Studie und Projekt):
Juni 1968 bis Januar 1969

Bauzeit

Beginn der 1. Hyparschale:	Dezember 1968
Eröffnung des Gaststättenkomplexes:	Februar 1970
Fertigstellung der Außenanlagen:	Juni 1970

Kapazität

Speisegaststätte	80 Plätze
	39 m² Tanzfläche
Unterhaltungsgaststätte	88 Plätze
Bar	27 Plätze
	16 m² Tanzfläche
Bierstube	74 Plätze
Tagescafé	108 Plätze
	28 m² Tanzfläche
Dachterrassen	180 Plätze
Bibliothek	17 000 Bände

Gestaltung

■ Eingangshalle

Die Hauptwand der Halle wurde mit Klinkerriemchen verkleidet, alle übrigen Wände und die sichtbaren Deckenflächen erhielten einen weißen Farbanstrich.

Der Fußboden besteht aus dunkelgrauen Kunststeinplatten. Die freien Flächen neben den beiden Eingangstüren wurden mit Sitzgruppen bestellt. Zur künstlerischen Belebung der Halle erhielt die Klinkerwand handgemalte blau-weiße Wandteller.

■ Speisegaststätte und Galerie

In der Mitte der Speisegaststätte ist eine kreisrunde Tanzfläche mit farbig eingelegter Windrose angeordnet. Die Deckenflächen und Stützen erhielten einen hellen cremfarbigen Anstrich. Die aufgestellten Tischgruppen sind untereinander mit Blumenwannen abgeschirmt. Die hier im Raum angeordnete freigeschwungene Treppe führt den Gast in die im 1. Obergeschoß gelegene Unterhaltungsgaststätte und in die sich anschließende kleine intime Bar. Die seitliche Abschirmung des Treppenaufganges wird umlaufend am Deckenauge weitergeführt. Die Verstrebungen der Halteeisen dienen gleichzeitig als Auflage der Blumenkästen.

Den Übergang von der Unterhaltungsgaststätte zur Bar betont eine kleine Tanzfläche. Die Bar mit ihren eingebauten Schrankwänden und Bartresen wurde in Maccore-Morre ausgeführt. Die kleinen Tische mit den Drehsesseln erhielten farbige Tischleuchten. Der vor der Schrankwand aufgestellte Raumteiler dient als Sichtbegrenzung zwischen Gast und Ober. Dieser Raumteiler wurde aus Bandstahl gefertigt, seine Motive dem Ostseeraum angepaßt.

■ Bierstube

Die rustikal gehaltene Bierstube ist über den Treppenaufgang der Halle zu erreichen.

Der Fußboden ist mit roten Klinkerplatten ausgelegt. Die beiden Längswände, die Verkleidung der Bartischeinsätze, des Bartresens sowie die in dem Raum stehenden Konvektoren bestehen aus einer Unterkonstruktion mit Kiefernbeplankung.

Alle anderen freien Wandflächen sind geputzt und mit einem hellen Farbanstrich behandelt.

Die kleinen Nischen mit ihren grünen Sitzbänken, den derben Tischen mit Gestühl, die dazu passenden Deckenleuchten geben dem Raum eine gemütliche Note.

■ Café

Über eine geschwungene Treppe links der Halle gelangt man in das Tagescafé.

Dieser große Raum mit seinen bis unter die Schale führenden Glasfenstern wird im rechten Teil durch einen mit Birkenholz furnierten Raumteiler mit dahinter angeordnetem Ausschank unterbrochen.

Dieser Raum wurde in den Farben gelb-blau-weiß gehalten. Auch hier befindet sich mittig des Raumes eine kreisrunde Tanzfläche.

12 Bierstube

13 Tagescafé mit Tanzfläche im 1. Obergeschoß

Zur weiteren Entwicklung des fünfgeschossigen Wohnungsbaus in Rostock

Erich Kaufmann
Hauptarchitekt – Lütten Klein
VE Wohnungsbaukombinat Rostock

Im Januar 1971 wurde die letzte Platte im fünfgeschossigen Wohnungsbau montiert. Damit ist auch der II. Wohnkomplex in Rostock-Lütten Klein mit seinen fünf- und zwölfgeschossigen Wohnbauten abgeschlossen. Rückschau haltend, kann man einschätzen, daß der 1966 eingeschlagene Weg im fünfgeschossigen Wohnungsbau in Lütten Klein richtig war. Damals wurde die „Serie R" unter Berücksichtigung der Möglichkeiten unserer Vorfertigungsstätten im Bezirk Rostock entwickelt und vom WBK Rostock zum Bau angeboten.

Folgende Ziele lagen der Ausarbeitung dieser Wohnungsbauserie für den II. Wohnkomplex zugrunde:

- Einhaltung der staatlichen Kennziffern
- Rationelle Ausnutzung der Gesamtfläche
- Verbesserung der Wohnqualität
- Günstigere städtebauliche Lösungen
- Senkung des volkswirtschaftlichen Aufwandes.

Die städtebauliche Variabilität durch die Anwendung dieses Grundtyps konnte verbessert werden. Im wesentlichen bedingt durch die kurze Sektionslänge und die mögliche beiderseitige Straßenanbindung der Blocks (der Hauseingang ist an beiden Seiten wahlweise möglich). Durch Ergänzungselemente konnten die Wohnblocks starke plastische Gliederungen erhalten bis zu den Rundbautenlösungen als Abschluß des II. Wohnkomplexes nach Süden.

Durch die rationelle Ausnutzung der Gesamtflächen entsprechend den einzelnen Wohnfunktionen, ist eine Flächenverringerung möglich, die gleichzeitig eine Senkung des volkswirtschaftlichen Aufwandes je Wohnungseinheit gewährleistet.

Die Sektion hat eine Länge von 12 m und weist eine Zwei- und eine Dreiraumwohnung aus. Durch Ergänzung der Normalsektion mit vorhandenen Elementen um eine 2,40-m-Achse und einem Ergänzungselement für das Wohnzimmer, kann das Sortiment für den Bau von Vier-Raum-Wohnungen erweitert werden.

Der Wohnraum (etwa 16 m²) bekommt mehr Sonnenlicht und hat bessere Beziehungen zur Küchenzone, die besonders auch für die Berufstätigen Erleichterungen bringen. Über dem Gasherd wird eine Wrasenhaube angebracht, die Geruchsbelästigungen weitgehend ausschaltet.

Der Balkon wurde vor der Küche angeordnet, ist aber nach wie vor vom Wohnraum aus zugängig. Die Kontrolle des spielenden Kindes auf dem Balkon oder im Wohnhof ist vom Wohnraum wie von der Küche äußerst günstig.

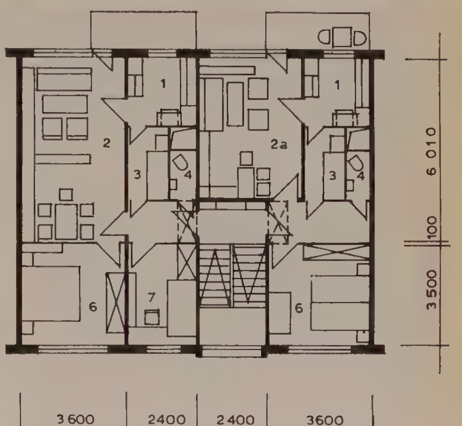
Als wesentlicher Vorteil ist bei der neuen Serie die Trennung von WC und Bad zu erwähnen. Gleichzeitig bietet sich das nur kurze Zeit am Tage benutzte Bad als zusätzlicher Hausarbeitsraum an. Durch geringe Selbsteinbauten der Mieter, wie eine klappbare Wandfläche, können hier Haus- und Bastlerarbeiten erledigt werden.

Alle Erdgeschoßräume werden für Nebenfunktionen genutzt. Ein Hauseingang führt zu zwei Treppenaufgängen – dadurch entsteht ein geringerer Pflegeaufwand für den Mieter. Der Kinderwagen- und Fahrradraum ist zum Hauseingang funktionell zugeordnet. Dieser Wohnungstyp wurde projektiert in Auswertung einer Meinungsumfrage 1966/1967 unter der Rostocker Bevölkerung.

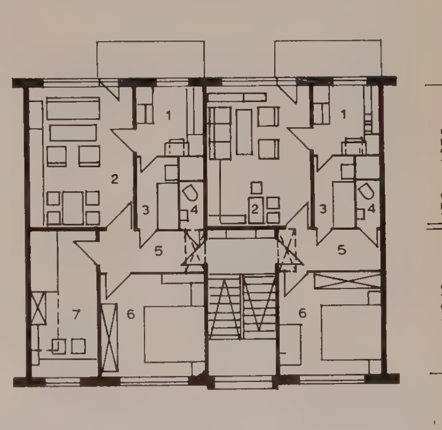


Projekt und Ausführung:	VE Wohnungsbaukombinat Rostock
Projektverantwortlicher:	Architekt BDA Arno-Claus Martin
Autorenkollektiv:	Architekt BDA Erich Kaufmann Architekt BDA Arno-Claus Martin Dipl.-Ing. Carl-Heinz Pastor Architekt BDA Gerhard Haase Architekt BDA Hans-Otto Möller Innenarchitekt BDA Helga Krause

1
Gesamtansicht des Versuchsblocks im II. Wohnkomplex



2
Normalgeschoß 1 : 250
(Variante mit großem Wohnzimmer, Dreiraumwohnung)
1 Küche
2, 2a Wohnraum
3 Bad
4 WC
6 Schlafraum
7 Kinderzimmer



3
Normalgeschoß 1 : 250
(Variante mit großem Kinderzimmer, Dreiraumwohnung)
1 Küche
2 Wohnraum
3 Bad
4 WC
5 Flur
6 Schlafraum
7 Kinderzimmer



4
Blick in einen Wohnraum

In Auswertung des 14. Plenums stellte sich das WBK die Aufgabe, unter Berücksichtigung der erreichten Ergebnisse die fünfgeschossige Wohnungsbauserie weiter zu rationalisieren. Zielstellung ist, mit den vorhandenen Arbeitskräften und Produktionsausrüstungen auf der Grundlage der staatlichen Vorgaben den Reproduktionsprozeß so zu intensivieren, daß ein höherer ökonomischer Nutzeffekt erreicht wird. Die Hauptergebnisse werden zum Bestandteil der städtebaulichen Planung für neue Wohngebiete im Raum Lütten Klein. Das im Anschluß an Evershagen zu errichtende Wohngebiet Lütten Klein–Lichtenhagen wird bereits jetzt beim Büro für Stadtplanung Rostock städtebaulich vorbereitet. Bereits in dieser Phase erfolgt eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Kollektiv des Chefarchitekten der Stadt und meinem Kollektiv.

Elfgeschossiger Wohnungsbau in Halle-Neustadt

Architekt BDA Otto Haucke
VE(B) Wohnungsbaukombinat Halle

Projekt und Bauausführung: VE (B) Wohnungsbaukombinat Halle
Entwurf: Architekt BDA O. Haucke
Mitarbeiter: Architekt M. Kritzel
Architekt J. Reinboth
Zeichnerin B. Pfaffenberger
Statik und Konstruktion: Bauingenieur L. Huse
Bauingenieur H. Czwak
Bauingenieur W. Franke
Bauwirtschaft: Bauingenieur F. Geißler
Bauingenieur E. Wachenschwanz
Kostenplaner H. Hohnstädter
Haustechnik: Elektro-Ingenieur H. Hanke
HLS-Ing. P. Groh
HLS-Ing. W. Bruder
Farbgestaltung: Ing. f. Farbgestl.: G. Otto
Ing. f. Farbgestl.: A. Grosch

Der elfgeschossige Wohnblock wurde im Zentrum des Wohnkomplexes II, Halle-Neustadt eingeordnet.

An den Wohnblock wurde eine zweigeschossige Kindereinrichtung angebunden, deren Wirtschaftseingang an der Eingangsseite des Wohnblockes vorgesehen ist. Dadurch entfällt die Zufahrtstraße zur Kindereinrichtung, die Bebauung wird dichter und die Kindereinrichtung wird durch den Wohnblock von Straßenlärm, Abgasen, Staub und so weiter abgeschirmt.

Der den Gruppenräumen vorgelagerte Spielbereich wird in das öffentliche Grün des Wohnkomplexzentrums mit einbezogen. Zwischen Kindereinrichtung und Wohnblock sind Wohngärten für die Bewohner des Erdgeschosses vorgesehen.

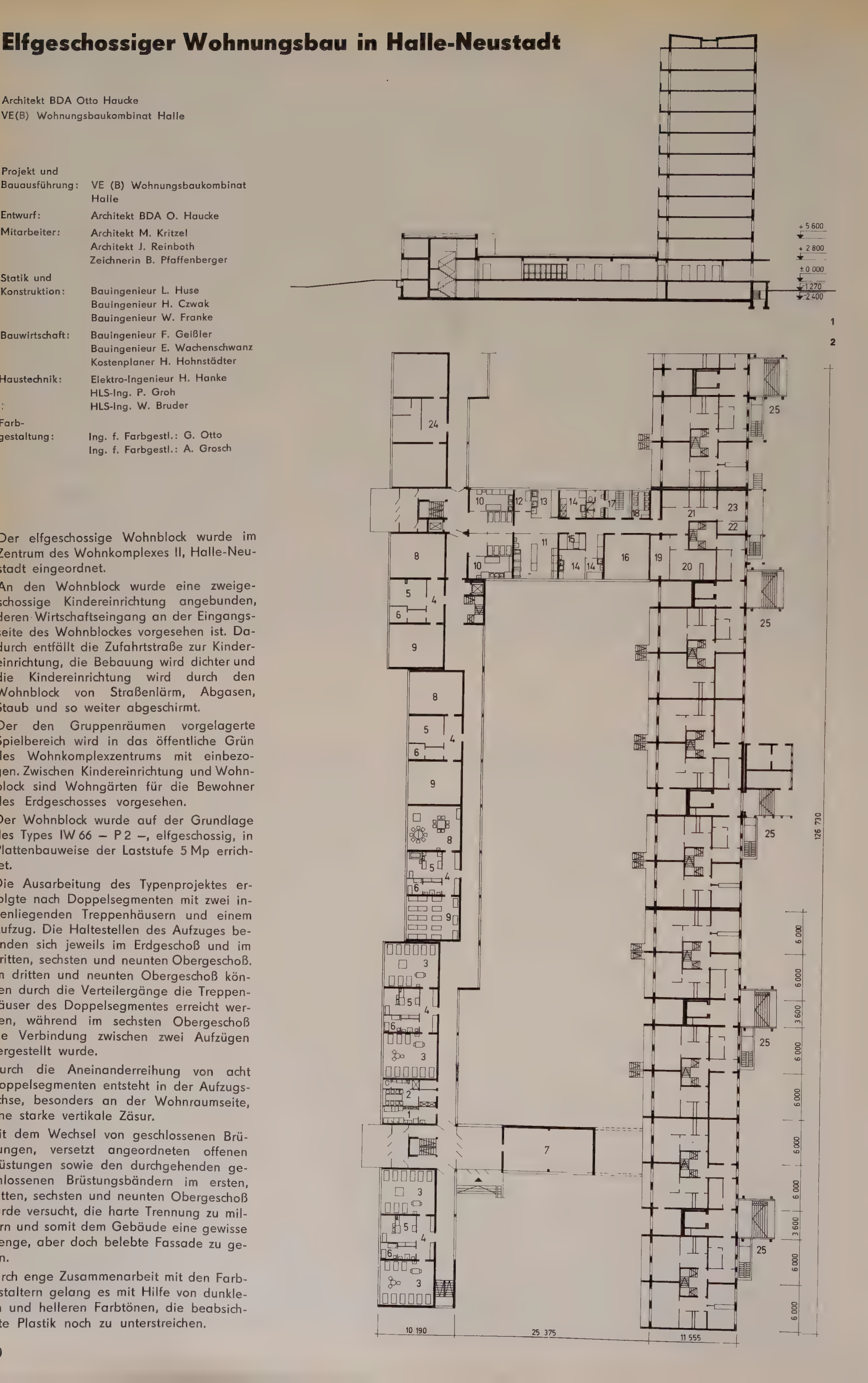
Der Wohnblock wurde auf der Grundlage des Types IW 66 – P 2 –, elfgeschossig, in Plattenbauweise der Laststufe 5 Mp errichtet.

Die Ausarbeitung des Typenprojektes erfolgte nach Doppelsegmenten mit zwei innenliegenden Treppenhäusern und einem Aufzug. Die Haltestellen des Aufzuges befinden sich jeweils im Erdgeschoß und im dritten, sechsten und neunten Obergeschoß. Im dritten und neunten Obergeschoß können durch die Verteilergänge die Treppenhäuser des Doppelsegmentes erreicht werden, während im sechsten Obergeschoß die Verbindung zwischen zwei Aufzügen hergestellt wurde.

Durch die Aneinanderreihung von acht Doppelsegmenten entsteht in der Aufzugsachse, besonders an der Wohnraumseite, eine starke vertikale Zäsur.

Mit dem Wechsel von geschlossenen Brüstungen, versetzt angeordneten offenen Brüstungen sowie den durchgehenden geschlossenen Brüstungsbändern im ersten, dritten, sechsten und neunten Obergeschoß wurde versucht, die harte Trennung zu mildern und somit dem Gebäude eine gewisse strenge, aber doch belebte Fassade zu geben.

Durch enge Zusammenarbeit mit den Farbgestaltern gelang es mit Hilfe von dunkleren und helleren Farbtönen, die beabsichtigte Plastik noch zu unterstreichen.



Kennwerte

Kapazität 350 WE

48	Einraum-wohnungen	je	34,50 m² Wohnfläche
31	Zweiraum-wohnungen	je	48,92 m² Wohnfläche
160	Dreiraum-wohnungen	je	55,70 m² Wohnfläche
8	Dreiraum-wohnungen	je	62,60 m² Wohnfläche
47	Vierraum-wohnungen	je	70,51 m² Wohnfläche
56	Vierraum-wohnungen	je	70,02 m² Wohnfläche
insgesamt 350 WE mit:			19 820,40 m² Wohnfläche
			605,04 m² Loggienfläche (25 %)
			20 425,44 m² Wohnfläche

3

4



1 Schnitt 1 : 600

2 Erdgeschoß 1 : 600
1 Milchküche
2 Personalraum mit Waschraum
3 Säuglingsraum
4 Übergaberaum
5 Waschraum, WC
6 Isolierraum
7 Kinderwagen
8 Gruppenspielraum
9 Gruppenschlafraum
10 Geschirrspüle
11 Warme Küche
12 Küchenleiter
13 Schwarzwäsche
14 Vorbereitung
15 Tagesvorräte
16 Technische Versorgung
17 Umkleiden und Waschen Personal
18 Personalraum
19 Naßgemüse
20 Nährmittel
21 Leergut, Eigenbedarf
22 Abfälle
23 Warenannahme
24 Kindergarten
25 Eingang Wohnblock

3 Das elfgeschossige Wohnhaus mit vorgelagerten Kindereinrichtungen

4 Blick auf das Wohnensemble

Zehngeschossiger Wohnungsbau „P" Magdeburg

Dipl.-Ing. Herbert Cammradt
VE Wohnungsbaukombinat Magdeburg

Projektierung und Bauausführung: VE Wohnungsbaukombinat Magdeburg
Entwurf: Dipl.-Ing. Herbert Cammradt
Dipl.-Ing. Christa Schulz
Dipl.-Ing. Zorn
Dipl.-Ing. Meng
Statik: Dipl.-Ing. Heimann
Spezialingenieure: Ing. Falke
Ing. Duzy
Ing. Mendel
Bauwirtschaft: Ing. Kirch

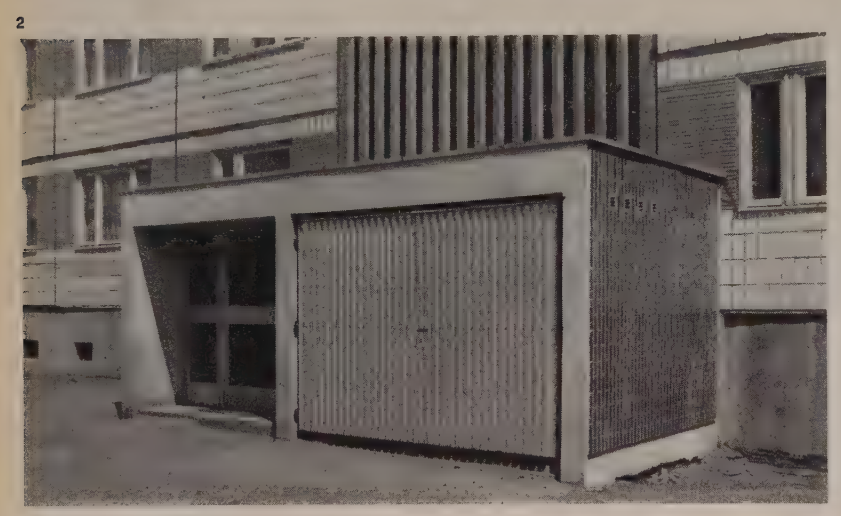
Kennziffern:

Kapazität (4 Segmente)	160 WE
Umbauter Raum (4 Segmente)	38 483 m³



1

2



3



4



Das 10geschossige Wohngebäude „P" Magdeburg wurde als Angebotsprojekt für verschiedene Standorte auf der Grundlage der vorhandenen Vorfertigungsstätten und des Sortiments des Typs P Halle IW 64 entwickelt.

Das Gebäude besteht aus Segmenten mit einer Systemlänge von 26,40 m und einer Systemweite von 10,81 m. In jedem Geschoß des Segments befinden sich zwei Zweiraumwohnungen (je 48,69 m²) und zwei Dreiraumwohnungen (je 66,05 m²). Jedes Segment ist mit Waschküche, Trokkenräumen, einem Aufzug (PO 53), Müllschlucker, Gemeinschaftsantenne und Wechselsprechanlage ausgestattet. Neben dem vorgezogenen Hauseingang befindet sich der Raum für den Müllcontainer.

Die Innenausstattung der Wohnungen erfolgte entsprechend dem festgelegten Standard. Das Gebäude wird in der Plattenbauweise (Laststufe 5 Mp) mit Systemachsen von 2,4 m, 3,6 m und 4,8 m und mit einem Flachdach mit Innenentwässerung montiert. Für die Außenwände kommen dreischichtige Platten mit Kamilitdämmschicht und einer Keramikaußenhaut zur Anwendung. Auch für das Kellergeschoß sind Montageelemente (3 Mp) vorgesehen. Die Sanitärzellen werden vorgefertigt und komplett montiert. Für die Gestaltung des Treppenhauses können als Varianten Lamellen- und Plattenelemente vorgesehen werden. Die flächige, bandartig gestaltete Fassade wird durch Loggien mit massiven Brüstungen gegliedert.

Die Einrohrpumpenheizung wird von einem am Giebel angebauten eingeschossigen Heizhaus gespeist. Im Heizhaus sind die gasbefeuerten Kesselanlagen für 0,5 bis 1,0 Millionen kcal sowie eine Druckerhöhungsanlage untergebracht.

Das Angebotsprojekt wurde bisher an drei Standorten in Magdeburg – an der Lübecker Straße, am Fermersleber Weg und an der Schilfbreite – ausgeführt.

Die Bauzeit beträgt nach der Mustertechnologie für 160 Wohnungen 110 Tage.

1 Außenansicht
2 Hauseingang
3 Heizhaus auf der Giebelseite des Gebäudes
4 Erdgeschoß 1 : 250

1 Wohnen
2 Schlafen
3 Kinderzimmer
4 Müllraum

Sechzehngeschossiges Punkthaus der Wohnungsbaureihe Erfurt

Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr

Projekt und Ausführung:	VE Wohnungsbaukombinat Erfurt
Autor:	Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Stahr
Entwurf:	Arch. BDA Gert Widder Arch. BDA Günther Hähndel Arch. BDA Käte Schul Arch. BDA Lutz Braumbach
Konstruktion:	Bauingenieur Walther Thon
Elemente:	Dipl.-Ing. Helmut Krumbholz
TGA:	Ingenieur für Heizung Peter Staudte
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Otto Osterloh
Technologie:	Bauingenieur Edgar Hanke
Bauleitung Bauarbeiter-hotel:	Bauingenieur Rainer Walther

Das hier vorgestellte sechzehngeschossige Punkthaus der Wohnungsbaureihe „Erfurt" erhielt in dem 1969 durchgeführten Leistungsvergleich des Erzeugnisgruppenverbandes „Wohnhochhäuser" den ersten Preis. Der Bewertung wurden Qualität und Aufwand zugrunde gelegt.
Im „Architekturwettbewerb 1970" wurde den Autoren für diese Arbeit ein zweiter Preis zuerkannt. red.



1 Das sechzehngeschossige Punkthaus am Juri-Gagarin-Ring

Die 16geschossigen Punkthäuser ergänzen sinnvoll die übrigen Gebäudetypen der Wohnungsbaureihe Erfurt und können an wichtigen Standorten als städtebauliche Dominante errichtet werden.
Die Hauptmerkmale dieser Punkthäuser sind:

■ Große städtebauliche Wirksamkeit durch differenzierte Baukörperform und Silhouettenbildung.

■ Differenzierte Gestaltung der Fassaden durch Entwicklung von drei unterschiedlichen Fassadenvarianten, die beliebig erweitert werden können.

■ Schaffung eines vielfältigen Wohnungsangebotes von der Einraum- bis zur Sechsraumwohnung mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 54,79 m^2/WE.

■ Weitgehende Verwendung von komplettierten Montageelementen in der Laststufe 5 Mp mit 150 mm Dicke der Innenwände unter Berücksichtigung der neuesten schall- und wärmetechnischen Erkenntnisse.
(Dreischichtige Außenwandelemente mit erhöhter Wassermasse an der Horizontalfuge, mit 60 mm Wetterschale, 50 mm Dämmschicht und 180 mm tragendem Schwerbetonkern;
Innenwände von 150 mm Dicke, in den unteren Geschossen B 300 bewehrt und Schlaufenverbindungen an den Elementen von 4,80 m Länge, Deckenelemente mit Schlaufenverbindungen und Auflagernasen.)

■ Große Ökonomie durch hohe Auslastung der Aufzüge, geringer Verkehrsflächenanteil, günstiger Zuschnitt der Wohnungen.

Das 16geschossige Punkthaus gliedert sich in einen Verkehrskern mit Sicherheitstreppenhaus und zwei Aufzügen, um den sich drei Gebäudeteile mit jeweils drei Wohnungen je Geschoß gruppieren.
Im Erdgeschoß sind im Gebäudeteil W der Haupteingang, Briefkastenraum, Kinderwagenabstellraum, Müllraum und die Trafostation eingebaut. In den Normalgeschossen befinden sich die Ein-, Zwei- und Dreiraumwohnungen.

Das 14. und 15. Obergeschoß beherbergt im Bauteil S und O große Wohnungen, die sich über zwei Geschosse erstrecken und durch interne Treppen erschlossen werden. Das Gebäude umfaßt insgesamt 132 Wohnungseinheiten. Über dem Verkehrskern befindet sich im 15. Obergeschoß der Aufzugsmaschinenraum und im 16. Obergeschoß die Entlüftungsanlage. Eine Freiterrasse mit einer variablen lockeren Abdekkung und einer entsprechenden Ausgestaltung ergänzt das Programm. Das Kellergeschoß umfaßt die technischen Räume, Waschküche, Trockenräume und Abstellräume.

Die Normalwohnungen erhalten eine ähnliche Küche-Bad-Ausstattung wie in den anderen Gebäudearten der Wohnungsbaureihe Erfurt. Die Küchen sind mit Durchreiche-Geschirrschrank, Hängeschrank, verriegeltem Gasherd, Wrasenhaube, Doppelspüle und Stellplatz für 140-l-Kühlschrank ausgestattet.

Die Bäder erhalten freistehende Wannen, WC und Waschbecken.

Die zweigeschossigen Wohnungen erhalten zwei Bäder, wobei im unteren keine Wanne vorgesehen ist, damit dort Waschmaschine und Schleuder günstig aufgestellt werden können.

Es ist eine zentrale Warmwasserversorgung vorgesehen.
Die Naßräume werden mechanisch entlüftet. Die Zuluft wird über einen Schlitz in der Wohnungseingangstür aus dem Verkehrskern entnommen.
Die Zuluft wird dem Verkehrskern über ein Lüftungsaggregat im obersten Geschoß ständig zugeführt.

Im Wohnungsflur sind Garderobenschrank, Besennische, Oberschrank und ein Schuhregal eingebaut.

2 Blick von der Dachterrasse



3

4



3|4|6
Grundrisse 1 : 250

1 Wohnzimmer
1a Wohnzimmer
1b Wohnzimmer
2 Schlafzimmer
2a Mehrzweckraum
3 Schlaf-/Kinderzimmer
4 Küche
5 Bad, WC
6 Flur
6a Flur
7 Abstellboxen
8 Gang
9 Mülleinwurf

5
Außenansicht

7
Ansicht 1 : 500

Dem Haupteingang an der Westseite ist ein Vorbau mit Treppenüberdachung und Rampe vorgelagert. Er wird durch eine Wand aus plastischen Betonstrukturelementen architektonisch gefaßt.

Im Windfang ist die Klingel- und Rufanlage angebracht.

Im Erdgeschoß befinden sich außer dem Briefkastenraum ein Kinderwagenabstellraum, der Müllraum und der Traforaum. Das Gebäude ist mit zwei Aufzügen P 053 mit Gruppensammelsteuerungen und selbsttätig schließenden Schiebetüren ausgestattet. Die Aufzüge halten in jedem Geschoß.

Das Punkthaus besitzt ein Sicherheitstreppenhaus mit Zugang über eine offene Loggia. In jedem Geschoß sind außerdem Abstellräume, der Mülleinwurf, ein Elektroraum, der Anschluß an die Feuerlöschtrokkenleitung und zwei Putzbalkone angeordnet.

Das Terrassengeschoß kann vielfältig genutzt werden, wobei die Freifläche mit einer Minimalausstattung versehen wurde. Die Fassaden werden durch vorkragende Sohlbankpartien plastisch belebt. Die Verwendung einer variationsfähigen, dauerhaften Außenhaut und die Vorhangfassade am Treppenhaus mit Alujalousien sowie die farbigen Brüstungen und die lebendige Terrassenüberdachung tragen zu einer abwechslungsreichen Fassadengestaltung bei. Der Küche-Bad-Kern wird vorgefertigt und als komplettiertes Element eingebaut. Für die Badentlüftung wurden ein durchgängiges Verbundrohr und für die Küchenentlüftung zwei Rohre für jeweils acht Geschosse angeordnet. Es ist eine Einrohrheizung mit Konvektorentruhen vorgesehen. Die Elektroinstallation wurde so ausgeführt, daß Steigleitungen, Zähler und Verteiler in jedem Geschoß in einem zentralen Elektroraum untergebracht sind.

Das Gebäude besitzt eine Klingel- und Wechselsprechanlage sowie eine Gemeinschaftsantenne.

Inzwischen sind zehn dieser Punkthäuser in Erfurt übergeben beziehungsweise im Bau.

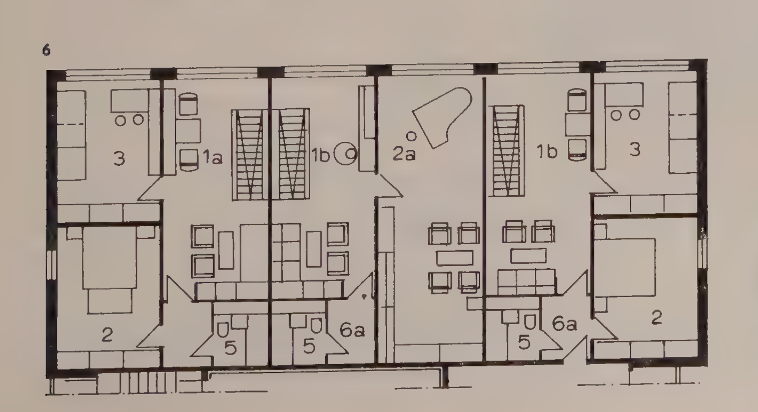


5

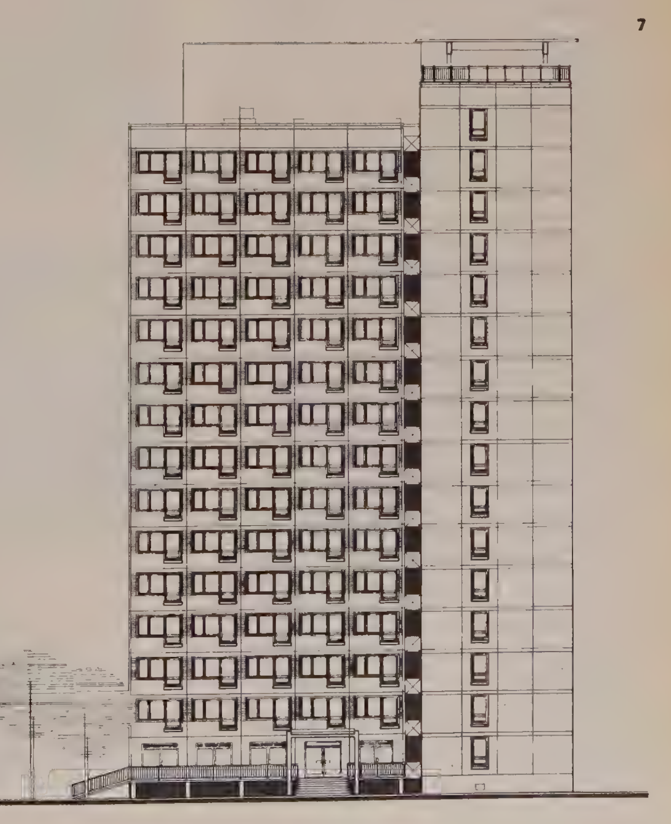
Kennwerte

Wohnungsart	Anzahl	Wohnungsgröße m²	Gesamtfläche m²
Einraumwohnung	28	32,07	897,96
Zweiraumwohnung	42	48,39	2032,38
Dreiraumwohnung	56	64,78	3623,76
	1	76,93	76,93
Dreiraumwohnung	1	100,69	100,69
Vierraumwohnung	1	110,08	110,08
Sechsraumwohnung	2	125,89	251,78
Sechsraumwohnung	1	138,07	138,07
insgesamt:	132		7231,65
durchschnittliche Wohnfläche		54,79 m²	

6



7



Kindergarten im fünfgeschossigen Wohnungsbau

Ingenieur Hans-Georg Witter

Entwurf:	Architekt Bührig Dipl.-Ing. Benecke Ingenieur Witter
Statik:	Dipl.-Ing. Köchermann Konstrukteur Winkler
Haustechnik:	Ingenieur Mika Ingenieur Falke Techniker Piécha
Bauwirtschaft:	Ingenieur Freist Ingenieur Bercht Ingenieur Schnepf u. a.

VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg

Der Kindergarten ist für 72 Kinder eingerichtet. Er beherbergt 4 Gruppen zu je 18 Kindern.

Der Kindergarten ist in der Erdgeschoßzone einer Blockzusammenstellung von vier Sektionen I und einer Sektion IV/H des 5geschossigen Wohnungsbaus JW 67 (Variante Platte/Block) untergebracht. Die Geschoßhöhe beträgt 2800 mm. Der Baukörper mit einer Gesamtlänge von 84 000 mm kann nur in dieser Zusammensetzung gebaut werden und ist somit als eine Einheit zu betrachten. Er kann jedoch mit weiteren Wohnungsbausektionen kombiniert werden und hat auf der rechten oder linken Seite eine eigene Blockgasheizsektion (IV/H). Der Baukörper ist mit der Längsseite möglichst auf die Himmelsrichtungen Nord und Süd zu orientieren. Die Gebäudetiefe beträgt 10 190 mm. Auf der Südseite befinden sich die Eingänge, die über 3 Freitreppen zu erreichen sind. Die Treppen münden auf Terrassen, die zwischen den Loggien angeordnet sind.

Von beiden seitlichen Eingängen gelangt man durch den Windfang über den gemeinsamen Warteraum zu je zwei Gruppeneinheiten, die sich jeweils links und rechts anschließen. Die Gruppeneinheit setzt sich zusammen aus den Gruppenräumen, den Wasch- und WC-Räumen und dem Übergaberaum. Der Gruppenraum nimmt die gesamte Tiefe des Gebäudes ein. Um diesen großen Raum zu schaffen, mußten Stützen und Riegel angeordnet werden, die die Last der darüberliegenden Wände abfangen. Der Südseite sind Loggien vorgelagert, die vom Raum aus betreten werden können. Der Gruppenraum ist beidseitig beleuchtet und belüftet.

Vom mittleren Eingang her ist ebenfalls über einen Windfang der zentrale Dienst- und Wirtschaftsbereich mit dem Büro für die Leiterin, Isolierraum und Raum für Wäsche mit davorgeschalteter Schleuse sowie Speiseausgabe und Spülküche erreichbar. Die Speiseausgabe dient in erster Linie der Ausgabe der mit Kübeln angelieferten Vollkost. Die Möglichkeit, Speisen zu erwärmen bzw. Getränke und Kaltverpflegung herzustellen, ist ebenfalls gegeben. Die Spülküche befindet sich gegenüber.

Auf der linken Seite, durch einen Gruppenraum erreichbar, befinden sich der Personal- und der dazugehörige Wasch- und WC-Raum. Zu den drei angrenzenden Mietertreppenhäusern besteht eine Ausgangsmöglichkeit, die in Katastrophenfällen benutzt werden kann.

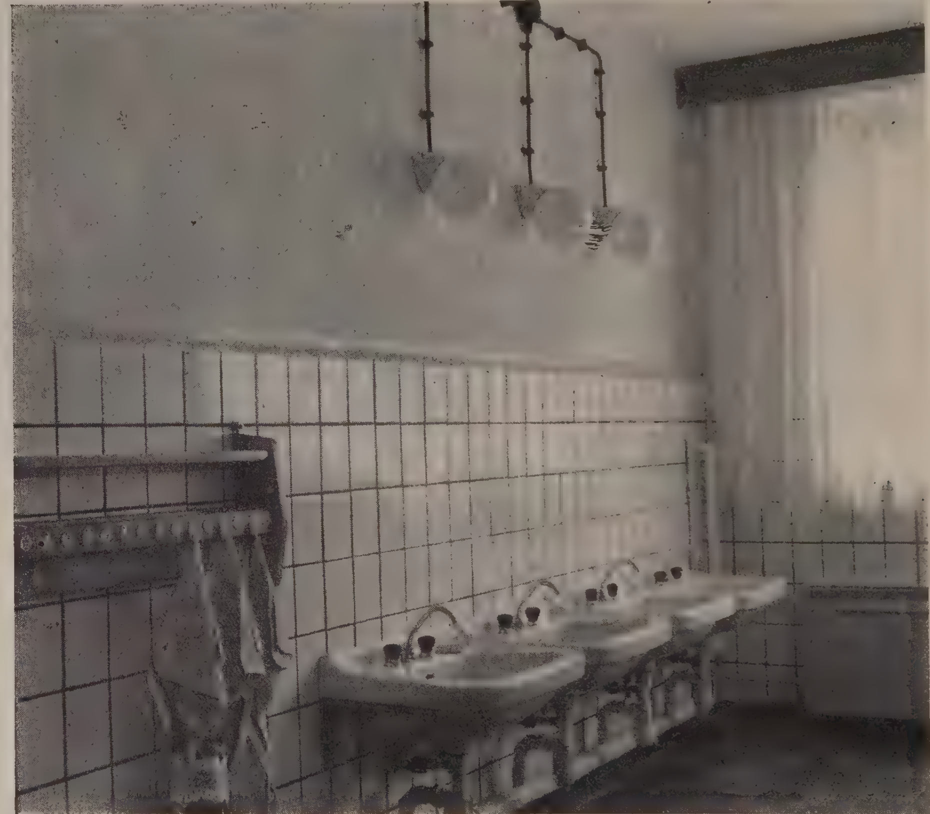
Die Außenwände sind Elemente der Plattenbauweise 5,0 Mp aus Einschichten-Leichtbeton. Alle Innenwände sind Großblockelemente 2,0 Mp. Für Gruppen- und Schlafräume werden außerdem Stütze- und Riegel-Elemente benötigt.

Ausreichende und dem Zweck entsprechende Freiflächen sind in unmittelbarer Nähe vorgesehen.

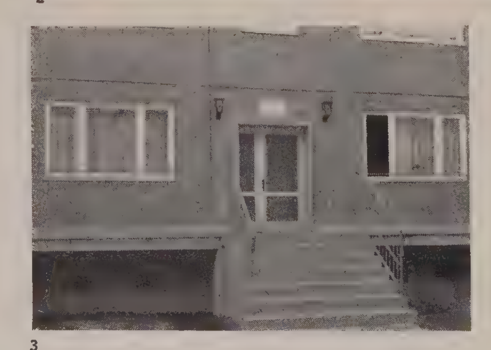
Das Projekt wurde als Angebotsprojekt für das WBK Magdeburg erarbeitet.



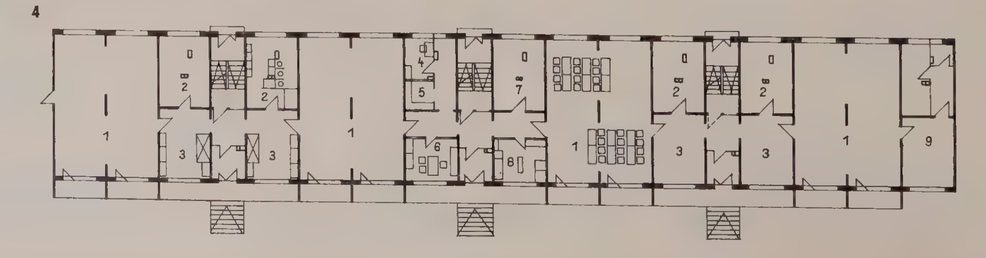
1



2



3



4

1 Blick in einen der Gruppenräume

2 Waschraum

3 Eingang zum Kindergarten

4 Erdgeschoßgrundriß, 1 : 500 (ohne Endsektionen)
1 Gruppenraum
2 WC und Waschraum
3 Übergaberaum
4 Isolierraum
5 Wäsche
6 Leiterin
7 Spülküche
8 Speisenausgabe
9 Erzieherinnen

Vorschuleinrichtungen aus Raumelementen

Dipl.-Ing. Gisela Fenster
VEB Ingenieurbüro Bauwesen Dresden

In Erkenntnis der Tatsache, daß beim Montagebau mit flächenhaften Bauelementen der Vorfertigungsgrad der bautechnischen Konstruktion zwar recht hoch, die Vorkomplettierung aber nur begrenzt möglich sein kann, erfolgt die Weiterentwicklung des Montagebaues in der Richtung, nicht nur Bauelemente, sondern Raumelemente, also ganze Raumeinheiten oder räumliche Teile davon, vorzufertigen.

Die Vorfertigung dieser Raumelemente geschieht unter Ausschaltung der Störfaktoren (wie Wetter und Lage der Baustelle, unterschiedlichste Baugrund- und Geländeverhältnisse) in stationären Vorfertigungsstätten. Diese Art der Produktion ermöglicht die Rationalisierung des Bauprozesses durch verschiedene Vorteile:

Rohbau und Ausbau werden koordiniert und unterliegen den Vorzügen der Fließfertigung. Der Einsatz ständig wiederkehrender Baugruppen vereinfacht die Lagerhaltung. Ein Dispatchersystem unter Einschaltung der EDV sorgt für hohe Arbeitsproduktivität und sorgfältige Qualitätskontrolle. Nicht zu übersehen sind die wesentlich verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen, die den Beschäftigten eines stationären Werkes im Gegensatz zu den Bedingungen beim ständigen Wechsel von Baustelle zu Baustelle geboten werden können.

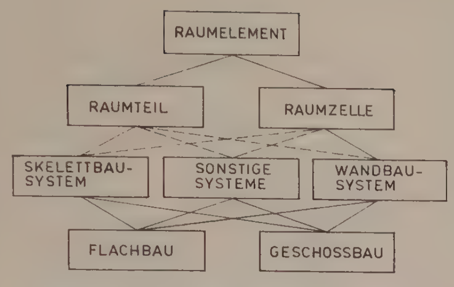
Durch die mechanisierte und automatisierte Produktion wird die körperlich schwere Arbeit zu einem untergeordneten Problem. Diese verbesserten Bedingungen ermöglichen den verstärkten Einsatz von weiblichen Arbeitskräften im Bauwesen und tragen dazu bei, die Bauberufe attraktiver zu gestalten und einen zuverlässigen, eingespielten Mitarbeiterstamm zu sichern. Durch die Gleichzeitigkeit von örtlichen Baumaßnahmen (Erschließung, Gründung) und höchstmöglicher Vorfertigung und Vorkomplettierung im Werk werden kürzeste Montage- und Ausbauzeiten erzielt.

Die Notwendigkeit der Einführung der Raumelementen-Bauweise in der DDR als echtem Rationalisierungsmittel wird durch folgende Überlegungen unterstrichen:

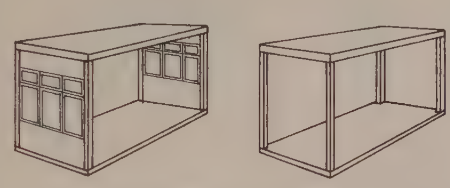
Die Forderung des leichten ökonomischen Bauens, durch die Herausgabe der Direktive über die ökonomische Materialverwendung inzwischen auch gesetzlich erhärtet, ermöglicht und erweitert im Bauwesen die Einführung der industriellen Großproduktion und die automatisierte Produktion von Baustoffen und Bauelementen.

Höchstmögliche Vorfertigungs- und Vorkomplettierungsgrade sollen in zentralen Produktionsstätten durch die Einheit von Roh- und Ausbau entstehen. Diese Merkmale des leichten ökonomischen Bauens werden bestätigt durch die Hauptmerkmale des Einheitssystems Bau:

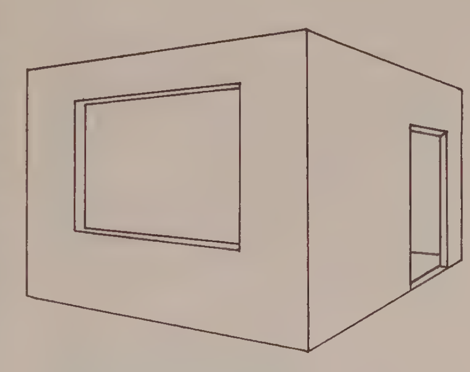
- Einheit von Technologie und Erzeugnis
- Einführung der modernen Wirtschafts- und Wissenschaftsorganisation für die automatisierte Produktion
- Anwendung von Operationsforschung und EDV
- Vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten der Gebäude und baulichen Anlagen



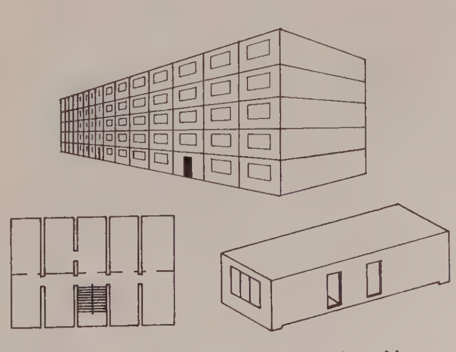
1 Anwendung der Raumelemente entsprechend dem vorliegenden statischen System



2 Raumteile teilweise offen bzw. vollkommen offen



3 Raumzelle seitlich geschlossen



4 Raumzellen in Wandbauweise für Massenwohnungsbau

Die Rolle der Ingenieurbüros bei der Verwirklichung der komplexen Rationalisierung im Bauwesen ist in letzter Zeit hinreichend unterstrichen worden.

Die Erarbeitung eines Programmes von der Entwicklung der Raumelemente bis zur Einführung in die industrielle Großproduktion im VEB Ingenieurbüro Bauwesen Dresden ist eine wichtige Maßnahme zur Rationalisierung der industriellen Bauproduktion und beschreitet neue Wege in der DDR.

Unter Raumelementen sind im Hochbau hohe, mindestens geschoßhohe Baukörper zu verstehen.

Sie bilden einen oder mehrere abgeschlossene Räume oder den Teil eines Raumes, sofern mehrere Elemente zur Raumbildung verwendet werden. Sie werden in der Regel zur Montage von stationären Bauten mit hohem Ausbauanteil verwendet. Es sind Bauelemente mit hohem Vorfertigungs- und Vorkomplettierungsgrad.

Die Unterteilung erfolgt in Raumteile und Raumzellen, wobei man sich unter Raumteilen seitlich teilweise oder vollkommen offene Raumelemente und unter Raumzellen seitlich geschlossene Raumelemente vorzustellen hat. Aus Abbildung 1 ist ersichtlich, welches statische System für die beiden Untergruppen eine Vorzugslösung darstellt.

Bei Skelettbausystemen übernimmt das Skelett alle statischen Funktionen. Außen- und Innenwände haben nur raumabschließende und bauphysikalische Aufgaben zu erfüllen. Skelettbausysteme finden vorzugsweise beim Bau von Raumteilen Verwendung. Sie ermöglichen die Bildung großer Räume und gestatten die Verwirklichung vielfältiger Grundrißlösungen bei größtmöglicher Variabilität (Abb. 2).

Bei den Wandbausystemen werden vertikale und horizontale Kräfte durch die Wandscheiben aufgenommen. Die Wände erfüllen neben den statischen Funktionen auch raumabschließende und bauphysikalische Aufgaben. Wandbausysteme finden ihr hauptsächlichstes Anwendungsgebiet beim Bau von Raumzellen (Abb. 3).

Unter sonstigen Systemen sind diejenigen zu verstehen, deren tragende Raumbegrenzung z. B. aus einer Schale oder einer Membrane hergestellt ist. Es lassen sich dadurch Raumelemente der vielfältigsten geometrischen Formen herstellen.

Die Verwendung von Raumelementen ist für ein-, mehr- und vielgeschossige Bauten möglich.

Während für eingeschossige Bauwerke Reihung und Schachtelung der Elemente

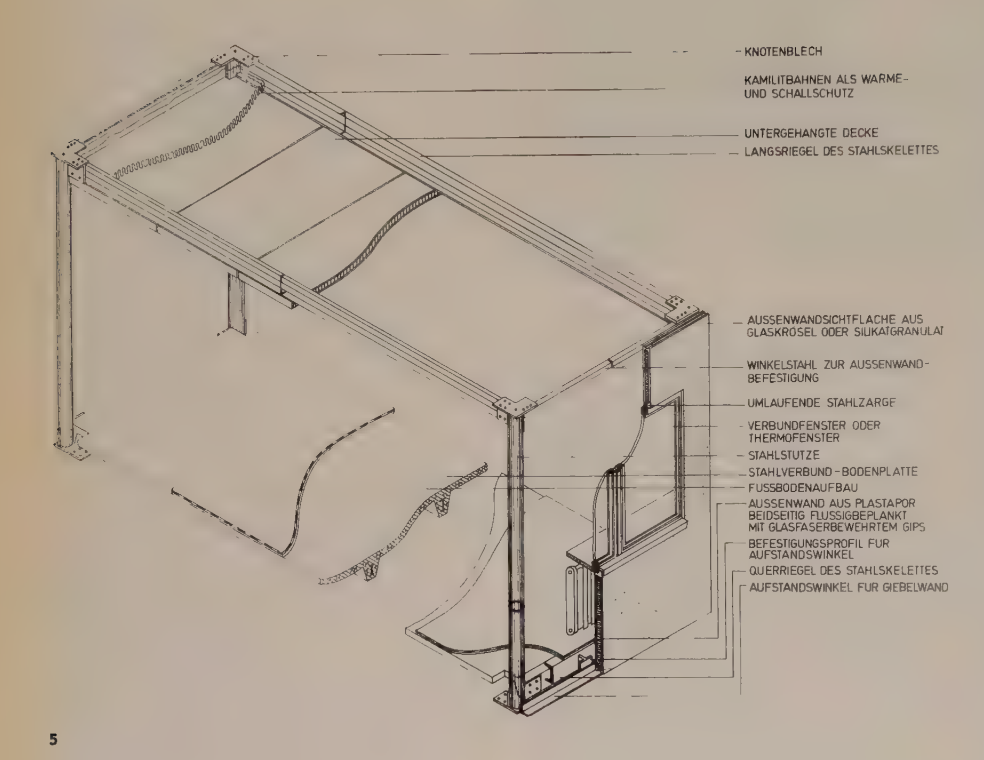
5
Aufbau eines Raumelementes

6 bis 8
Kindergarten in Raumelementebauweise, 180 Plätze, dreigeschossig
Entwurf: VEB Ingenieurbüro Bauwesen Dresden
Angebotsprojekt:
VE Ingenieurhochbaukombinat Pirna
Betriebsteil Projektierung

6
Perspektive

7
1. Obergeschoß
1 Gruppenraum
2 WC und Waschen
3 Garderobe
4 Schleuse
5 Isolierbox
6 Leiterin und Arzt

8
Erdgeschoß
1 Mehrzweckraum
2 Gruppenraum
3 WC und Waschen
4 Garderobe
5 Warenannahme
6 Leergut
7 Tagesbedarf
8 Küchenpersonal
9 Spüle
10 Küche
11 Geflügel- und Fleischvorbereitung
12 Gemüseputzraum



5

zur Bildung des Gebäudes führen, ist die Stapelung die häufigste Form der Errichtung von Geschoßbauten. Die Errichtung einer Primärstruktur zum Einhängen oder Einschieben der Elemente wird sich besonders im vielgeschossigen Bereich empfehlen. Die Vorbilder für die Raumelementenbauweise sind in anderen Industriezweigen zu suchen. Größtes Vorbild ist der Fahrzeugbau als Produzent von voll vorkomplettierten räumlichen Körpern. Diese Ähnlichkeiten beziehen sich besonders bei Leichtbauelementen auf die bauphysikalischen Belange, auf den Ausbauanteil und den Komplettierungsgrad.

Die Entwicklungsgeschichte der Raumelemente ist deshalb auch über die Station Wohnwagen mit ständiger Ortsveränderlichkeit bis zu den Elementen für den anspruchsvollen Wohn- und Gesellschaftsbau zu verfolgen. Zu einem der größten Produzenten für Raumelemente hat sich in den letzten Jahren die Sowjetunion entwickelt. In den Wohnungsbaukombinaten von Minsk, Dnjepropetrowsk, Krasnodar u. a. werden Raumzellen in Wandbauweise für den Einsatz im Massenwohnungsbau produziert. (Abb. 4)

Auch hier gilt die konsequente Verwirklichung des Prinzips der Fließfertigung in zentralen Produktionsstätten.

Raumelemente als Betonzellen wurden in der DDR zu Beginn der 60er Jahre in einem Experimentalbau in Hoyerswerda erprobt. Raumteile in Wandbauweise für Baustelleneinrichtungen werden seit einer Reihe von Jahren und in großen Stückzahlen im Bezirk Halle produziert.

Die ersten Raumelemente für den Gesellschaftsbau und für Nachfolgeeinrichtungen des Wohnungsbaues wurden 1967 im Ingenieurbüro Bauwesen Dresden auf Grund von Anregungen entwickelt, die der Bau des Motels Dresden gab.

Diese vom Ingenieurbüro entwickelten Raumteile in Stahlskelettbauweise konnten nach nur viermonatiger Entwicklungszeit bei einem Kindergartenerweiterungsbau getestet werden.

Diesem Test folgte die Serienproduktion. Für die Serie wurden Angebotsprojekte für Schulergänzungsbauten und Kindergärten mit 108 Plätzen erarbeitet. Es wurden in erdgeschossiger Bauweise zwei Schulergänzungsbauten, ein Verwaltungsgebäude und mehr als 10 Kindergärten gebaut, die sich in der Nutzung bewährten.

In Auswertung der Erfahrungen beim Einsatz der eingeschossigen Raumteile konnten folgende Erkenntnisse gewonnen werden und als Grundlage zu einer Weiterentwicklung für mehrgeschossige Bauten dienen:

- Größtmögliche Senkung des Stahlverbrauches je Element (bzw. m^3 umb. Raum)
- Senkung des Transport- und Montagegewichtes
- Wahl eines geometrischen Systems, dessen Einzelabmessungen miteinander korrespondieren
- Auflösung des Raumelementes in Baugruppen.

Diese Baugruppen werden in großen Serien industriell gefertigt und auf der Fließlinie der Produktionsstätten zu variablen Raumelementen zusammengesetzt.

Diese Erkenntnisse fanden Eingang in die Weiterentwicklung der Raumelemente für den Einsatz im mehrgeschossigen Bereich. Als Ergebnis der Entwicklungsarbeiten liegen beim Ingenieurbüro Bauwesen Dresden Raumelemente der Abmessungen 2400 mm × 6000 mm (7200 mm) × 3300 mm (h) vor, die für die verschiedensten Bauwerkskategorien geeignet sind. (Abb. 5)

Die Raumelemente setzen sich aus folgenden Baugruppen zusammen:

- Stahlbetonverbundbodenplatte mit Fußbodenaufbau
- Stahlskelett
- Außenwände
- Innenwände
- Untergehängte Decke
- TGA

Sie sind für den Einsatz beim Bau von

- Vorschuleinrichtungen (Kindergärten, Kinderkrippen und Kombinationen)
- Schulen und Schulergänzungsbauten (2400 mm × 7200 mm × 3300 mm)
- Mehrzweckgebäuden
- Dienstleistungseinrichtungen
- Motels und Ferieneinrichtungen

vorgesehen.

Weiterhin wird der Einsatz für den Wohnungsbau in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bauakademie untersucht werden. Mit dieser Neuentwicklung wird ein Element vorgestellt, dessen Einsatz für die nächste Zeit beim Bau von zwei- und dreigeschossigen Vorschuleinrichtungen vorgesehen ist.

Grundgedanke bei den Entwurfsstudien für Gebäude aus Raumelementen war die Gliederung der Gesamtfunktionen in Funktionsbereiche, die mit einem Gebäudesegment einer bestimmten, nach Möglichkeit stets wiederkehrenden Größenordnung identifiziert werden können.

Die in Kindereinrichtungen bereits vorhandene Gliederung in Funktionsbereiche kam den Bestrebungen zur Segmentbildung sehr entgegen.

Ausgehend von der Funktionseinheit einer Doppelgruppe des Kindergartens wurde eine Segmentgröße von 12 000 mm mal 12 000 mm gewählt, deren Grundfläche nach Abzug der Konstruktionsfläche die Erfüllung des geforderten Raumprogrammes gewährleistet. Weitere Segmente wurden für die Funktionsbereiche des Personals, der Versorgung und des Mehrzweckraumes geschaffen und analog dazu die entsprechenden Segmente für Kinderkrippen.

Der Vorteil dieser Segmente besteht in ihrer vollständigen Durchprojektierung und ihrer – unter Verwendung der Fotoprojektierung und der EDV für den ökonomi-

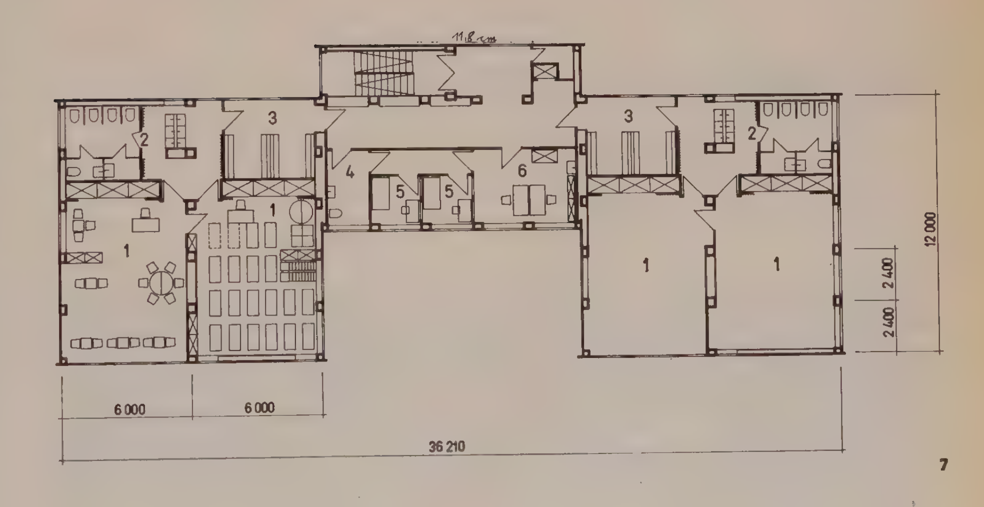
6

schen Teil — möglichen Kombination zu Einrichtungen verschiedener Größenordnungen. Durch die Anordnung der Gruppensegmente um ein Zentralsegment sind Kindergärten mit 108, 144, 180 und 360 Plätzen (2 Leitungsbereiche) möglich. Das gleiche gilt für die Größen von Kinderkrippen oder Kombinationen.

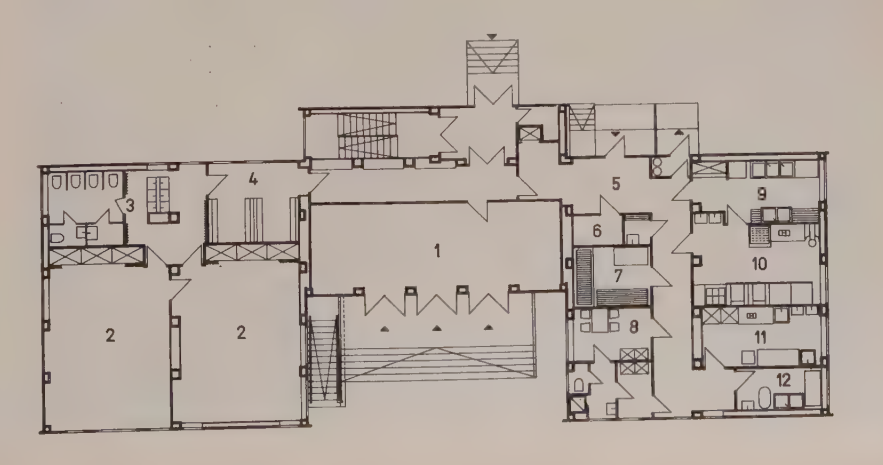
Die Grundkonzeption läßt die Erweiterung einer kleinen Einrichtung um ein Segment ohne Schwierigkeiten zu, eröffnet aber im umgekehrten Verfahren auch die Möglichkeit, nicht ausgelastete Segmente an bedarfsintensivere Standorte zu versetzen.

Durch den Vorfertigungs- und Vorkomplettierungsgrad der Raumelemente von rund 80 Prozent und die gleichzeitige Durchführung von örtlichen Baumaßnahmen und Elementeproduktion fällt die enorme Bauzeitverkürzung besonders bei Kindereinrichtungen sehr ins Gewicht.

Die Frage, ob sich die Entwicklung der Raumelementenbauweise als eine neue, zukunftsträchtige Richtung im Bauwesen erweist, möchten wir auf Grund der Kenntnis der internationalen Entwicklung und unserer eigenen Erfahrungen positiv beantworten. Im Gegensatz zu den in Konstruktion und Geometrie unterschiedlichen Raumteilen und Raumzellen im westlichen Ausland haben wir die Möglichkeit, diese neue Bauweise mit Hilfe unserer wissenschaftlichen Einrichtungen von Beginn an und unter Verwertung der bereits gewonnenen Erfahrungen systematisch zu entwickeln und als vollwertigen Bestandteil in das Einheitssystem Bau zu integrieren.



7



8



Das RGW-Gebäude in Moskau

N. A. Pekarjewa, Kandidat der Architektur

Autorenkollektiv: Architekt M. Posochin (Leiter)
Architekt A. Mndojanz
Architekt W. Swirski
Ingenieur J. Razkewitsch
Ingenieur S. Schkolnikow

Projektanten Administrativgebäude: Architekt S. Jegorow
Architekt J. Semjonow
Ingenieur I. Chomjakow

Konferenzsaal: Architekt N. Pyschkin
Ingenieur J. Pimenow

Hotel: Architekt M. Perschin

Restaurant: Architekt S. Dyrmont

1
Blick von der Krasnopresenskaja auf das Ensemble am Kalininprospekt.
Im Vordergrund das RGW-Gebäude.

Das Moskauer Panorama wurde durch ein neues bedeutsames Architekturensemble, das Gebäude des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, bereichert. Dieser zur Unterbringung der einzelnen Institutionen des Rates bestimmte Bau ist zum Symbol der großen Gemeinschaft der sozialistischen Brudervölker geworden. Schon die Ausführung des Baues selbst manifestiert den Internationalismus, da sich an ihm alle Mitgliedsländer des RGW beteiligten. Die hohe Qualität der Bau- und Ausstattungsarbeiten, die vorzügliche ingenieurtechnische Ausrüstung und die reichhaltige Palette der Ausstattungsmaterialien sind das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen der sozialistischen Staaten.

Das seiner gesellschaftlichen und politischen Bedeutung nach einzigartige Ensemble des RGW-Gebäudes spielt auch eine große städtebauliche Rolle und ist als ein Werk von besonderem Interesse, das sich durch fortschrittliche Grundsätze in der Lösung der ihm gestellten architektonischen Aufgaben auszeichnet, anzusprechen. Der Bau fiel in eine Zeit, da die Rekonstruktion des zentralen Teils der Hauptstadt in großem Umfange vollzogen wurde, als das Problem der Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Zentrums nicht nur einen besonderen Platz in der Erarbeitung des Generalbebauungsplanes der Stadt eingenommen hatte, sondern auch auf grundsätzlich neue Art gelöst wurde. Das für die alten Städte bezeichnende Zentrum, das einen Punkt darstellte, dem die radialen, durch Ringstraßen zusammengehaltenen Hauptstraßen zustrebten, wird heute durch ein räumliches System einzelner gesellschaftlicher Zentren ersetzt, das mit der Struktur der ganzen Stadt verbunden ist und sich mit dieser selbst auch entwickeln kann. Nach dieser Konzeption wird das neue Zentrum Moskaus neben dem Kreml, den anliegenden Plätzen und Straßen auch die Uferstraßen sowie eine Reihe öffentlicher Baukomplexe in den verschiedenen Stadtteilen umfassen. Ein bedeutsames Element dieses Ensemble-Gestirns ist das RGW-Gebäude, das an einem der wichtigsten Punkte des Stadtzentrums, dort wo der Kalininprospekt auf die Moskwa stößt, errichtet worden ist.

Das RGW-Gebäude steht am hohen Ufer

im Scheitelpunkt des Flußbogens. Dieses im Städtebau überhaupt beliebte Motiv der Anordnung großer architektonischer Ensembles unterstreicht die Naturbesonderheiten der Stadt und schafft die Voraussetzung für eine aktive Wirkung des Baus auf den umliegenden Raum. So ergibt sich an den Uferstraßen und von den Brücken aus eine Fülle interessanter Blickpunkte. Besonders ausdrucksvoll ist das Panorama, das man von der Uferstraße Krasnopresenskaja aus sieht, da das RGW-Hochhaus sich dort vor dem Hintergrund der in die Tiefe gestaffelten Hochhäuser am Kalininprospekt den Blicken darbietet.

An der Kreuzung einer der größten radialen Hauptverkehrsstraßen und des Flusses gelegen, stellt das RGW-Ensemble nicht nur einen architektonischen Akzent im Panorama der Uferstraße dar, sondern bereichert auch die Silhouette der Hauptstadt als ein akzentuierter Orientierungspunkt, der den radialen Charakter des gesamten Stadtbildes von Moskau zur Geltung bringt. Das Hochhaus bringt die neue Hauptverkehrsstraße zur Geltung und stellt im Raum ein Verbindungsglied zum Prospekt Kutusowski dar, in dessen Richtung es seine Flügel ausbreitet. Der RGW-Komplex wird zu einem wichtigen sich im Raum und in der Zeit fortpflanzenden Ensemble des Kalinin-Prospekts, in dem es die rhythmische Reihe der turmartigen Häuser an der Nordseite des Prospekts abschließt, mit den Hochhäusern an der gegenüberliegenden Seite des Prospektes korrespondiert und so die gesamte Komposition dieser Hauptverkehrsstraße ausgleicht.

Der RGW-Komplex erfüllt eine ganze Reihe gesellschaftlicher Funktionen und bietet geradezu universelle Nutzungsmöglichkeiten. Neben zahlreichen Arbeitszimmern, in denen über 2000 Mitarbeiter bequem untergebracht sind, finden wir hier ausgedehnte gesellschaftliche und Betriebsräume: einen Konferenzsaal mit 1000 Sitzplätzen, den Sitzungssaal des Exekutivkomitees des RGW, einen Saal und Räume für Sitzungen, eine Bibliothek mit Lesehalle, ein ausgedehntes Foyer und Wandelgänge, eine Druckerei, eine automatische Fernsprechzentrale, ein Hotel mit Restaurant, einen Bankettsaal und Bars. Wichtig ist auch, daß sich der Grundriß des Verwaltungsgebäudes in den einzelnen Etagen transformieren läßt und so die Abmessungen der einzelnen Räume verändert werden können. Der gesamte umbaute Raum des Komplexes beträgt 339 000 m^3, von denen auf das administrative Gebäude 274 000 m^3, auf das Hotel und das Restaurant etwa 65 000 m^3 fallen.

Der RGW-Gebäudekomplex zeichnet sich durch die funktionelle Klarheit seines Grundrisses und die Logik seiner räumlichen Struktur aus, in der sich die ausdrucksvolle Plastik seiner Baukörper organisch mit ihrer inneren Struktur und ihrer Konstruktion paart. Die Vereinigung der administrativen, gesellschaftlichen und der Wohnzone in einem architektonischem Organismus beruht auf einem das moderne Projektieren kennzeichnende Verfahren, das darin besteht, in bestimmten Baukörpern Gruppen von Räumen nach ihrer Funktion, Struktur und Konstruktion zusammenzufassen. Dabei entschloß man sich gleich bei den ersten Skizzen für eine Höhenkomposition, die in diesem Falle durchaus berechtigt war, da Erfahrungen gezeigt haben, daß bei dem heute zur Verfügung stehenden schnellen, vertikalen Transport vielgeschossige Bauten viel bequemer und wirtschaftlicher sind. Zudem verstärkte die



2

2
Blick von Süden auf das RGW-Gebäude

3
Kantine mit Selbstbedienung

3



4
Grundriß des RGW-Komplexes
1 Hauptvorhalle
2 Konferenzsaal
3 Sitzungssaal des Exekutivkomitees
4 Restaurant
5 Vorhalle des Hotels

5
Schnitt des Administ-ativgebäudes
1 : 600

6
Bestuhlungsvariante des Sitzungssaales des RGW-Exekutivkomitees

7
Eingangshalle

8
Blick in den großen Konferenzsaal

Sichtbarkeit des Komplexes aus großen Entfernungen seine städtebauliche Rolle. Bei der Bestimmung der Höhe des Administrativgebäudes gingen die Autoren von der Notwendigkeit aus, sie mit der Höhe der in der Nähe liegenden Hochhäuser aus den Jahren 1948 bis 1952 (auf dem Platz Wosstanija und Smolenski) in Einklang zu bringen, um somit den städtebaulichen Maßstab dieser in der Silhouette Moskaus bereits gewohnten Elemente zu erhalten.

Dank einer klaren Klassifizierung der Räume ließ sich ihre ganze Vielfalt in drei Gruppen aufteilen und diese Gruppen in einzelne Bauvolumen zusammenfassen. Daraus ergab sich eine im Raum entfaltete und doch einheitliche architektonische Gesamtheit, die aus dem 31geschossigen Administrativgebäude (hier befinden sich die Vertretungen der RGW-Mitgliedsländer), dem 13geschossigen Gebäude des Hotels und dem mit ihm verbundenen 2geschossigen Flachbau besteht, in dem sich alle Säle befinden, wobei der bedeutendste, der Konferenzsaal, sich über dem Flachkörper erhebt und seinerseits zu einem ausdrucksvollen Element der Gesamtkomposition wird.

Das Ensemble des RGW-Gebäudes fügt sich organisch in das 4,6 ha große etwa dreieckige Areal, das steil zur Uferstraße hin abfällt. Eine aufgelockerte, asymmetrische Anordnung der Gebäude erlaubt, unter diesen schwierigen Verhältnissen die einzelnen Zonen des Komplexes am rationellsten anzulegen. Die Autoren des Projektes nutzten die Besonderheiten des Reliefs, indem sie die gesamte Komposition durch offene Terrassen, Stützmauern und Rampen ergänzten, zwischen denen sie Grünflächen, Wege und ein Wasserbecken einfügten. Für die Anfahrt von Kraftwagen zum Haupteingang ist eine spiralförmige Stahlbetonrampe vorgesehen. Trotz der Asymmetrie ist das Ensemble des RGW durch eine „innerliche Disziplin" harmonisch ausgeglichen. Das äußert sich vor allem in der energischen Hauptachse der Komposition. Sie wirkt sich eindrucksvoll in der Organisation des Territoriums und in der räumlichen Struktur des Komplexes aus. In der Hauptachse liegt die Dominante des Ensembles, das Hochhaus. Sie greift die Richtung des Kutusow-Prospekts auf und verläuft durch den Scheitelpunkt des dreieckigen Areals, auf dem sich der ganze Komplex befindet, und führt zum zentralen Eingang in das Administrativgebäude, stellt also eine Verbindung des Ensembles mit der wichtigen Hauptverkehrsstraße her. Rechtwinkelig zu dieser Hauptachse der Komposition verläuft klar erkennbar eine sekundäre untergeordnete Achse, der der Unterbau folgt. Dieser teilt das Areal in verschiedene Zonen auf.

Die konsequente Differenzierung der einzelnen Komplexelemente nach ihren Funktionen erlaubte, die wesentlichen Raumgruppen voneinander zu isolieren und dabei doch eine bequeme Verbindung zwischen ihnen zu wahren, was durch die verglasten Galerien erreicht wird, die die einzelnen Zonen des Komplexes miteinander verbinden. Von der offenen Terrasse vor dem administrativen Gebäude gelangt der Besucher in eine geräumige Vorhalle, die in die zentrale Aufzugshalle übergeht, und weiterhin in die Verbindungsgalerie, die Ausblick in den begrünten Innenhof bietet. Die Galerie verläuft längs der Ostseite des



7

8



9

9|11
Sitzungsräume

10
Normalgeschoß des Hochhauskörpers.
Links Normalgeschoß, rechts Etage für die Vertretungen der RGW-Mitgliedsländer

12
Blick in den Saal des RGW-Exekutivkomitees

Gebäudes und verbindet die Vorhalle mit dem rechten und dem linken Teil des Flachkörpers. In seinem rechten Teil befinden sich der Konferenzsaal mit den entsprechenden Diensträumen, der Sitzungssaal, die Halle der Presse, die Wandelgänge und das Buffet; in dem linken Teil der Sitzungssaal der Exekutivkomitees des RGW, Wandelgänge, die Arbeitszimmer der Kommission sowie die Räumlichkeiten des Restaurants, die unmittelbar mit der Vorhalle des Hotels verbunden sind. Jede dieser Zonen hat einen besonderen Eingang von der Straße her und läßt sich selbständig benutzen.

Das Hochhaus ist in Form zweier im Grundriß geschwungener Flügel projektiert. Ihre Länge beträgt 41 m und die Breite 12 m. Die Verbindung zwischen ihnen stellt der zentrale Kern der Aufzugshalle her. Die Gesamthöhe des Hochhauses beträgt 105 m (gemessen vom Fußboden des Erdgeschosses). Da die Flügel weit ausschwingen, verdecken sich die einzelnen Teile des Hochhauses gegenseitig nicht. Aus den Fenstern der Arbeitszimmer bietet sich der Blick auf das schöne Panorama der Hauptstadt. So wird die Verbindung mit der Umgebung ständig empfunden, was den Eindruck von der Größe der einzelnen Räume verstärkt. Die nach Süden und Südwesten ausgerichteten Flächen der Hauptfassade sind mit horizontalen Sonnenschutzauskragungen aus Aluminiumgittern versehen. An den Ostfassaden erwiesen sich vertikale Sonnenschutzauskragungen als vorteilhafter.

Bei der Errichtung des Hochhauses wurden weitgehend vorgefertigte Stahlbetonele-

10

3000
3000
3000
3000
3000
3000
6000
6000

mente verwendet. Das Gebäude hat eine Verbundkonstruktion aus Stahl- und Stahlbetonelementen. Die Konstruktion des Hochhauses besteht aus zwei selbständigen Systemen, die gelenkartig von den Decken der Aufzugshallen miteinander verbunden werden. Als Kern dienen die Wände der Aufzugs- und Ventilationsschächte, die zwei in das Kastenfundament eingespannte Zylinder ergeben, welche die räumliche Steifigkeit des Gebäudes bei Windbelastung gewährleisten. Jedes der beiden Systeme besteht aus vorgefertigten Stützen, die ein Raster 6 m × 6 m ergeben, und aus Stahlbetonriegeln, auf denen die vorgefertigten Stahlbetonplatten der Zwischendecken liegen. In den unteren Geschossen sind die Stützen mit tragenden Stahlkernen bewehrt, die in einer Stahlbetonhülle liegen. So konnte man bei allen Stützen des Gebäudes einen minimalen gleichen Querschnitt beibehalten. Die Riegel und Deckenplatten bilden starre horizontale Scheiben, die die Windbelastung auf die Wände des Steifigkeitskerns übertragen. Im ganzen Skelett wurde nur ein einziger Typ von Riegeln verwendet. Die Fassaden des Hochhauses zeichnen sich durch ihre einheitliche Komposition aus, die mit der Konstruktion der Außenhaut verbunden ist. Diese besteht aus leichten Vorhangelementen, die mit dunkelgrünen Glasplatten verkleidet sind. Die durchgehende Verglasung der Hauptfassaden kontrastiert mit den vier blinden Seitenfassaden, die aus aufgehängten, mit gewellten, taubengrauen keramischen Tafeln verkleideten Stahlbetonplatten bestehen. Auf den geschwungenen Flügeln des Hochhauses kontrastieren die beleuchteten und beschatteten Flächen miteinander. Die ständig wechselnde Verteilung von Licht und Schatten verändert laufend die Färbung einzelner Fassadenteile und schafft einen weithin sichtbaren malerischen Effekt. Die Betriebsfläche im Hochhaus beträgt 20 000 Quadratmeter. Zehn Aufzüge in der zentralen Aufzugshalle und zwei Aufzüge an den Stirnseiten der Hochhausflügel übernehmen den vertikalen Schnelltransport. Zur Bewältigung einer oder zwei Etagenhöhen dient eine offene halbrunde Treppe, die sich in der Aufzugshalle befindet. An den Stirnseiten der Flügel sind Nottreppen eingebaut, die Zutritt auf Loggien gewähren.

Die zentrale Aufzugshalle ist im Grundriß jeder Etage klar als eine Art von gesellschaftlichem Zentrum zu erkennen. Zur Ausstattung der Hallen verwendete man verschiedene Arten von Naturstein. Die Fußböden sind mit weißem Marmor „Ruschkiza" und die Wände mit Travertin in warmen Beigetönen verkleidet. Hinter den Aufzugshallen befindet sich eine weiße Marmortreppe.

In den für den Vertretungen der RGW-Mitgliedsländer vorgesehenen Etagen gibt es keine Korridore, da sie als ein einheitliches System von Räumlichkeiten ausgeführt sind (Sitzungssäle u. ä.). Die Zwischenwände in allen Etagen sind zerlegbar, so daß man den Grundriß der Räume ändern kann. Diese Zwischenwände bestehen aus vorgefertigten, 2,7 m hohen Asbestzementplatten, die beiderseitig auf ein Skelett geklebt sind. Der Zwischenraum ist mit Mineralwatte ausgefüllt. Diese Platten werden im Abstand von 1,5 m befestigt. Das System der vorgefertigten Zwischenwände ist mit dem System der akustischen, untergehängten Decke koordiniert.

Die Innenausstattung der Büroräume des Hochhauses ist einfach und aus vorgefer-



11

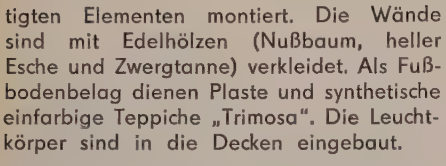


12





13



13 Garderobeablage in der Vorhalle des Konferenzsaales

14 Blick in einen Arbeitsraum der RGW-Vertretungen

15 Kleiner Konferenzsaal



14

tigten Elementen montiert. Die Wände sind mit Edelhölzen (Nußbaum, heller Esche und Zwergtanne) verkleidet. Als Fußbodenbelag dienen Plaste und synthetische einfarbige Teppiche „Trimosa". Die Leuchtkörper sind in die Decken eingebaut.

Besonders interessant sind die Innenräume für die Vertretungen der RGW-Mitgliedsländer, in denen die Besonderheiten der nationalen Kultur der Bruderländer zum Ausdruck kommen.

Gut gelöst sind die großen Gesellschaftsräume im Flachkörper. Den Autoren ist es gelungen, ohne jedliche dekorative Elemente Feierlichkeit mit Sachlichkeit zu verbinden. Sie gingen dabei nur von den ästhetischen Eigenschaften des Holzes und des Natursteins aus, kombinierten schöpferisch traditionelle und neue Verkleidungsstoffe, bedienten sich einer energischen Farbgebung und schufen eine originelle Beleuchtung. Werke der monumentalen und dekorativen Kunst erhöhen den künstlerischen Effekt.

Die Ausstattung der Vorhalle, der Foyers, Wandelhallen und Galerien wird durch gemeinsame kompositionelle Motive vereinigt, die einen einheitlichen Eindruck fördern und die Geschlossenheit der ganzen architektonischen Idee zur Geltung kommen lassen. Bedeutsam für die visuelle Zusammenfassung aller miteinander verbundenen Räume ist die gleichartige Gestaltung ihrer Decken mit hellen Streifen, die mit weißen Stuckstreifen wechseln. Dieses großflächige metrische Ornament bildet das kompositionelle Hauptmotiv, das die ganze Zone des Unterbaus vereinigt. Die Fülle an Glas und poliertem Marmor an den Fußböden und Decken, das silberglänzende Aluminium an den Fenstereinrahmungen und Pfeilern machen die Architektur festlich und bedeutungsvoll.

Jeder Saal im Flachkörper ist architektonisch individuell gekennzeichnet. Der größte gesellschaftliche Raum des Komplexes, der Konferenzsaal, ist universell nutzbar. Hier finden auch Konzerte und Filmvorführungen statt. Dank seines besonderen Einganges kann diese Zone selbständig benutzt werden. Dazu sind im Foyer, das gleichzeitig als Vorhalle des Konferenzsaales dient, transformierbare Garderoben vorgesehen, die in Wandschränken untergebracht sind und nur im Bedarfsfalle geöffnet werden.

Der im Grundriß runde Konferenzsaal ist in Form eines Amphitheaters ausgeführt, das von einem schmalen Balkon ergänzt und von Logen eingerahmt wird. Sie sind in Richtung des Präsidiums gestaffelt. In der Tiefe der Bühne befindet sich eine Filmbreitwand. Die Anordnung der Plätze gewährleistet gute Sicht, und das dichte Netz von Gängen ermöglicht eine schnelle Räumung des Saales. Die Aufmachung des Konferenzsaales ist festlich und dabei sehr sachlich. Die Komposition seines Interieurs beruht auf dem Kontrast der reich dekorierten Decke und der einfachen Wände, die mit amerikanischem Nußholz verkleidet sind. Die warme Tönung der Möbel wirkt besonders intensiv im Zusammenhang mit den verschiedenen Schattierungen des Graus in der Farbskala des Interieurs. Die Balkonbrüstungen sind mit perlgrauem Kunstleder bezogen ebenso wie die Logen. Die Sessel haben graue Bezüge. Der graue Vorhang vor der Breitwand ergibt einen neutralen Hintergrund für das Präsidium. Diese feinabgestufte Farbskala wird von dem leuchtend roten Teppich unterstrichen, der den Boden des Amphitheaters bedeckt und schalldämpfend wirkt. Die originelle kegelförmige Deckenkonstruktion besteht aus einer vorgespannten geneigten Stahlbetonschale mit einem gedehnten Stahlring, dessen Zentrum nicht mit dem Zentrum des Saalzylinders zusammenfällt. Der innere Ring hängt an Stahlseilen am äußeren Spreizring, der auf Stahlpfeilern ruht, die rund um den Saal angeordnet sind. Die Stahlseile ergeben mit zusätzlicher Bewehrung ein Skelett, das die Grundlage für die monolithische, vorgespannte Schale bildet. Die Hängedecke des Saals besteht aus zwei Teilen, dem oberen, der an der tragenden Schale hängt, und dem unteren lichtzerstreuenden, der vom oberen Teil 60 cm entfernt ist. In die obere Decke sind die akustischen Elemente und Leuchtröhren sowie die Lautsprecher eingebaut. Die untere Decke besteht aus räumlichen Aluminiumelementen mit quadratischem und sternförmigem Grundriß. Sie sind an den Ecken miteinander verbunden und bilden ein lichtzerstreuendes Git-

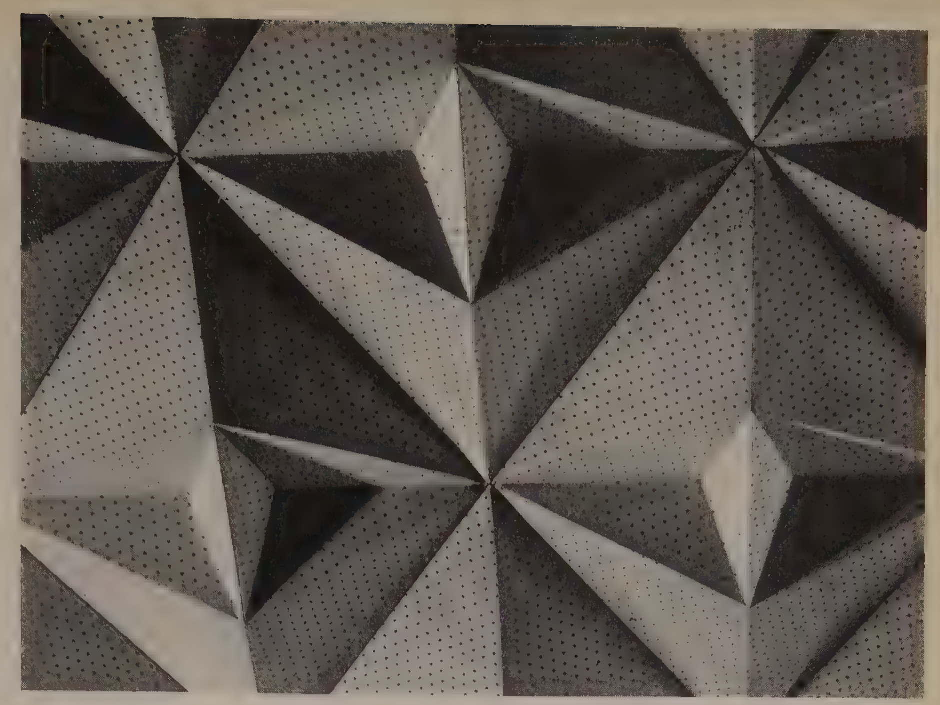
15



ter. Dieses Gitter hängt leicht durch und erweckt den Eindruck, als sei der Saal mit einem leichten durchsichtigen, aus Silberfäden bestehendem Schleier bedeckt. Dieses vom Licht erfüllte Spitzenornament ergibt das dekorative Hauptmotiv der Innenausstattung des Saales.

Der Konferenzsaal ist mit besonderen Anlagen und Kabinen für die Simultanübersetzer ausgestattet, die eine gleichzeitige Übersetzung in 15 Sprachen zulassen. Ein Schallverstärkungssystem mit stereofonischer Apparatur schafft eine gleichmäßige Wiedergabe der Reden und Konzertdarbietungen. An den Konferenzsaal grenzen ein Foyer, die Pressehalle und das Zimmer des Präsidiums. Unter dem Konferenzsaal befindet sich ein Sitzungssaal mit 250 Plätzen, der sich organisch in den freien Raum unter den oberen Reihen des Amphitheaters einfügt. Originell ausgeführt, zeichnet er sich durch seine klar zum Ausdruck gebrachte Konstruktion, den großen Maßstab seiner Formen und intensive Farbgebung aus. Das kompositionelle Motiv ergeben hier die Rahmen, die den höher gelegenen Konferenzsaal tragen. Ihr klarer eindrucksvoller Rhythmus wird von dem komplizierteren Ornament der zwischen ihnen hängenden Deckenplatten ergänzt, die übereinander vorspringen. Hinter diesen Vorsprüngen befinden sich die Leuchtkörper, die die Tragrahmen ausleuchten und ein intensives Lichtspiel schaffen, das den Raum höher erscheinen läßt. Die Rahmen sind mit glattem Stuck versehen, die Platten mit einem rauhen Putz. Diese verschiedenartigen Oberflächenstrukturen bringen die Tragelemente und Ausfachung zur Geltung und unterstreichen die klare und zweckmäßige Struktur des Saales. Gelungen ist auch die Farbgebung des Interieurs. Die mit leuchtend blauem Gewebe beschlagenen Sessel ergeben ein Massiv, das vorzüglich mit dem ruhigen Ton des grauen Gewebes korrespondiert, mit dem die Seitenwände des Saals bespannt sind.

In der räumlichen Struktur der rechten Seite des Flachbaus kommt die runde Form des Konferenzsaales klar zum Ausdruck. Sein Zylinder erhebt sich über dem Dach und ergibt den Kern, um den sich das ganze räumliche System gruppiert. Die führende Rolle des Saals wird von einem vielfarbigen Mosaik unterstrichen, das an der Außenseite aus verschiedenen Arten von Naturstein zusammengesetzt ist. Von der Straße aus, durch die Verglasung sichtbar, erhebt es sich über dem Unterbau und wird nicht nur aus dem Innenraum, sondern auch von der Straße aus wahrgenommen. Als aktivster Farbakzent des ganzen Ensembles lenkt es die Aufmerksamkeit der Betrachter auf den wichtigsten Gesellschaftsraum des ganzen Komplexes (Künstler G. Opryschko). Das nach außen gerichtete Mosaik besteht hauptsächlich aus verschiedenen Granitarten. Der untere, dem Foyer zugewandte Teil des Wandbildes zeichnet sich durch mannigfaltige Farbgebungen und Schattierungen aus. Diese einzigartige, von der Natur selbst geschaffene Palette umfaßt neben verschiedenen Marmor- und Granitarten Jaspis, Lasulit, Radonit, Fluorit, Magnetit und Chibinit. Die verschiedenartigen Abmessungen der Gesteinsarten und die verschiedenartige Oberflächengestaltung unterstreichen ihre natürlichen Eigenschaften. Manche Steine wurden durch das Polieren besonders farbintensiv, während bei anderen die rauhen Bruchstellen mit ihren weichen Tönen vorteilhafteren Eindruck erwecken. In dem Wandbild wollten die Architekten die



16 Deckendetail

Reichhaltigkeit und Schönheit der Natur zum Ausdruck bringen. Das Mosaik sollte mit seinen auserlesenen Farben und eigenwilligem Muster ohne direktes Thema eine Vorstellung von den Schätzen erwecken, die im Schoße unseres Planeten ruhen.

Den Kern des linken Teils des Flachkörpers bildet der Sitzungssaal des Exekutivkomitees, wo sich an einem runden Tisch die Vertreter der Bruderländer zusammenfinden. Der Saal ist transformierbar und erlaubt dem Exekutivkomitee und den einzelnen RGW-Kommissionen, zusammen oder getrennt zu tagen. Durch verschiebbare Holzzwischenwände läßt sich der Saal in zwei oder drei selbständige Teile zertrennen, aus denen besondere Ausgänge in die Wandelhallen führen. Das Interieur dieser Zone zeichnet sich durch einheitliche Farbgebung und ruhiges Dekor aus, das in Holz und Marmor ausgeführt ist. Die Wände der Wandelgänge sind mit grauem Marmor verkleidet. Seine „kalte" blanke Oberfläche kontrastiert mit dem „warmen" Ton der hellen Esche, mit der die Wände und verschiebbaren Zwischenwände des Sitzungssaales verkleidet sind. Gegenüber der einfachen Gestaltung der Saalwände ist die akustische Decke kompliziert hergestellt. Sie ist aus durchlöcherten, rhombenförmigen Aluminiumplatten zu einem kontrastreichen Muster zusammengesetzt. Das ausgeprägte Relief der Decke, die hell erleuchteten goldig schimmernden Wände und die Reihen der dunkelroten Ledersessel erwecken im Saal des Exekutivkomitees eine optimistische Stimmung. Zur linken Hand vom Sitzungssaal befinden sich die Übersetzerkabinen, die Räume mit den technischen Einrichtungen und anderes mehr.

An der südlichen Stirnseite des linken Flügels des Flachbaues befinden sich die Kantine, das Restaurant, der Bankettsaal und die Bars, die für die Mitarbeiter des RGW und für die Hotelgäste bestimmt sind. Dank der verschiebbaren Zwischenwände lassen sich diese Räume zu einem einzigen großen Saal vereinen. Führend in diesem Komplex sind das Restaurant und der Bankettsaal. Beide sind einer Terrasse zugewandt, die in Stufen zu einem kleinen Garten mit einem bogenförmigen Granitbecken hinabführt. Die Innenausstattung dieser Zone ist freier und malerischer als die der anderen Innenräume des Flachkörpers. Jedoch ist sie mit demselben künstlerischen Takt und Maß ausgeführt, die die ganze Architektur des Komplexes kennzeichnen. Eine besondere Note erhalten das Restaurant und die Kantine durch die Mosaikwandbilder, die aus Bruch- und Sägestücken des Marmors, Granits und Fluorits zusammengesetzt sind. Dadurch ergab sich eine weiche, flimmernde Palette von Farbflecken (Künstler J. Ablin). In das Restaurant kann man aus dem administrativen Gebäude und aus dem Hotel gelangen. Somit wird es zum Bindeglied zwischen den beiden Hauptkomponenten des Ensembles.

Das horizontal ausgedehnte Parallelepipedon des Hotels steht in organischer Verbindung mit dem administrativen Gebäude, stellt aber zugleich auch einen selbständigen Bau dar, in dem sich alle Räumlichkeiten befinden, die sich aus seinen Funktionen ergeben.
Ein hoher Grad des Komforts wird in allen Zonen des Komplexes durch ein entfaltetes System moderner ingenieurtechnischer Anlagen gewährleistet, zu dem die Anlagen des vertikalen Transports, Klimaanlagen, Funk- und Fernsehanlagen für den Innen- und Außenverkehr und verschiedene Verbindungsarten gehören.

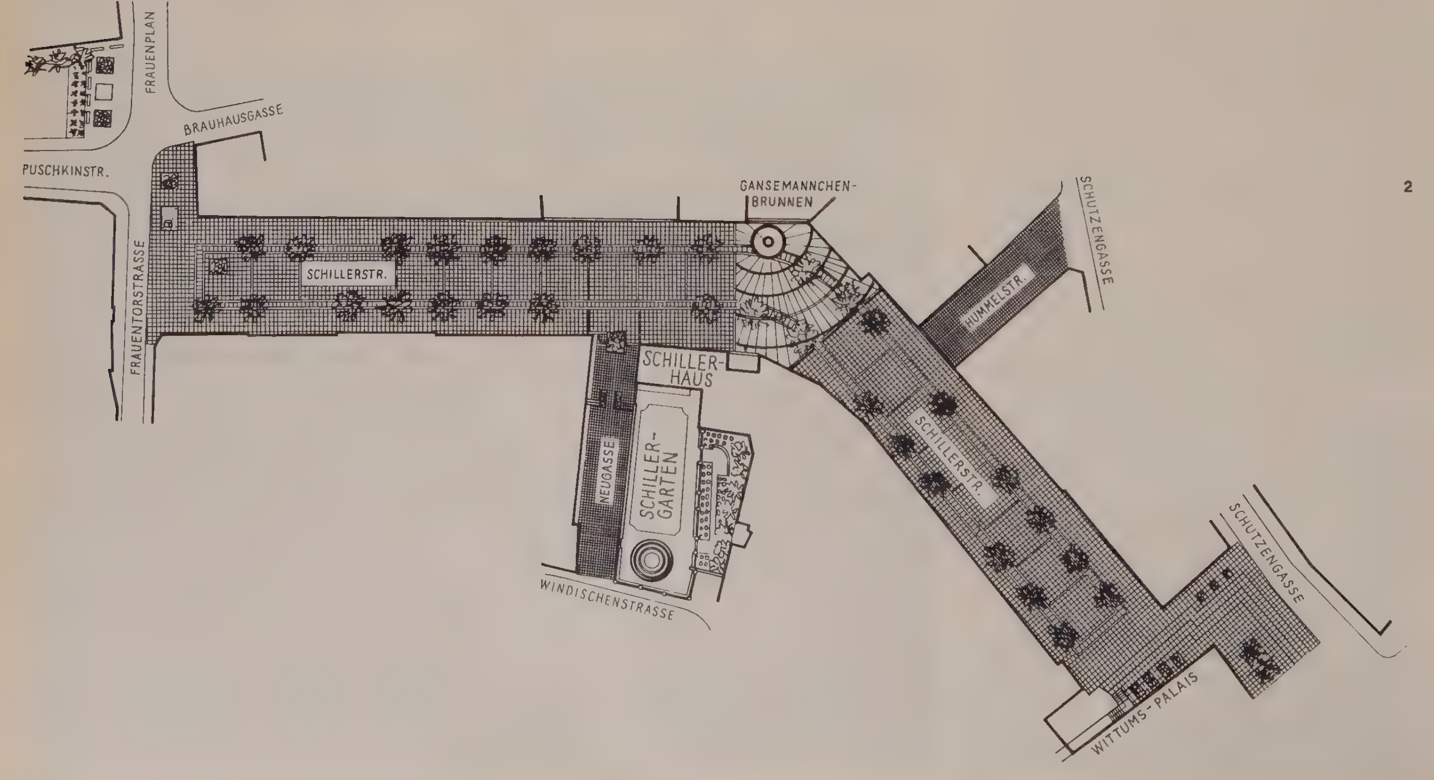
Die schöpferische Aufgabe wurde mit Mitteln der modernen Tektonik als eine entfaltete räumliche Komposition gelöst. Mit größter Sorgfalt durchdachten die Autoren die Plastik der einzelnen Volumen, ihre Gliederung, die Proportionen und die Farbgebung der Fassaden. Mit großer Zurückhaltung bedienten sie sich künstlerischer Ausdrucksmittel, hauptsächlich solcher wie Kontrast, Rhythmus, Farbe, Licht- und Schattengebung. Die emporragenden ausgebreiteten Flügel des administrativen Gebäudes, der sich frei entfaltende Flachkörper, der blinde Zylinder des Konferenzsaals, das lapidare Hotel-Parallelepipedon und schließlich die ausholende Spirale der Auffahrtsrampe — all diese miteinander kontrastierenden und korrespondierenden Bestandteile bieten sich dem Blick des Betrachters in verschiedenen Kombinationen dar. Dieser Kontrast im Verein mit gegenseitiger plastischer Ergänzung ergibt ein einheitliches Ensemble, das einen harmonischen, geschlossenen Eindruck hinterläßt.

1

Fußgängerbereich Schillerstraße – Theaterplatz in Weimar

Architekt BDA Albert Schwarzkopf
Büro des Bezirksarchitekten Erfurt

Auftraggeber:	Rat der Stadt Weimar, Abteilung Verkehr, Straßenwesen und Wasserwirtschaft
Entwurf:	Architekt BDA Albert Schwarzkopf Dipl.-Ing. Jürgen Konow, Architekt BDA Dipl.-Ing. Erhard Kunze Büro des Bezirksarchitekten Erfurt
Verantwortlicher Bauleiter:	Bauingenieur Josef Roob, Rat der Stadt Weimar, Abteilung Verkehr, Straßenwesen und Wasserwirtschaft
Beratendes und koordinierendes Organ:	Sozialistische Arbeitsgemeinschaft „Zur Gestaltung des Straßennetzes der Innenstadt Weimar"



2

Im Rahmen der Vorbereitungen zum 20. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit auf vertraglicher Basis zwischen dem staatlichen Organ, dem Projektierungskollektiv und den ausführenden Betrieben und Einrichtungen unterschiedlicher Eigentumsformen die Umgestaltung der Innenstadtbereiche Schillerstraße–Theaterplatz als Vorhaben geplant, bautechnisch und gestalterisch projektiert und ausgeführt.

Durch zahlreiche wissenschaftliche Streitgespräche in größerem Rahmen und durch sehr viele kleine Beratungen zur Gestaltung, Konstruktion, Wirtschaftlichkeit und Technologie vollzog sich ein Klärungsprozeß, der es ermöglichte, innerhalb einer kurzen Zeit die auf breiter Ebene entwikkelten Ideen für die Gesellschaft zu verwirklichen. Innerhalb des historischen Altstadtbereiches der Innenstadt von Weimar waren Fußgängerverkehr und Fahrverkehr stark überlagert.

Die Aufgabe bestand in der Umgestaltung des Straßenzuges Schillerstraße–Theaterplatz–Wielandstraße mit den Nebenbereichen Neugasse und Hummelstraße zu einem repräsentativen Fußgängerbereich entsprechend dem Generalbebauungsplan der Stadt Weimar.

Um einen großzügigen Fußgängerbereich für Läden, touristische Anziehungspunkte, Räumlichkeiten für vielseitige gesellschaftliche Veranstaltungen, Orte des Verweilens und der gastronomischen Versorgung auszubilden, war es notwendig, den Fahrverkehr auszulagern. Bis zur Verwirklichung der rückwärtigen Belieferung aller Einkaufseinrichtungen muß noch ein Teil der Anlieferungen über den Fußgängerbereich zu verkehrsarmen Zeiten erfolgen. Für diesen Anteil des vorläufig verbleibenden Lieferverkehrs war es erforderlich, den konstruktiven Unterbau in einigen Teilbereichen für LKW-Verkehr auszulegen.

Gestalterische Lösung

Ausgehend von den verfügbaren Baumaterialien zur Oberflächengestaltung wurde eine Gliederung der unterschiedlichen Formen der Straßen- und Platzflächen angestrebt, die den städtebaulich-räumlichen Gegebenheiten entspricht.

Der bisher bestehende einheitliche Charakter der Schillerstraße wurde beibehalten und durch die einheitliche Gestaltungsstruktur unterstützt. Räumlich markante Punkte wurden durch besonderen gestalterischen Aufwand hervorgehoben (Bereich Frauentor, Gänsemännchenbrunnen und Wittumspalais).

Im Vergleich zur Schillerstraße hat der Theaterplatz den Charakter eines Theatervorplatzes. Er ist gleichzeitig Knotenpunkt für die Fußgängerströme aus verschiedenen Richtungen.

Die Gestaltungsachsen entsprechen den axialen Beziehungen Theater–Denkmal–Kunsthalle und dem Hauptfußgängerstrom Schillerstraße – Wielandstraße. Die Platzfläche wurde im Hinblick auf die Wertigkeit und den Inhalt der wichtigsten anliegenden Gebäude und Anlagen bewußt zurückhaltend gestaltet, wobei die vorhandenen Ansätze von Schmuckflächen aufgenommen und weiter ausgebaut wurden.

In der Wielandstraße wird die volle Funktionsbreite für den Fußgängerstrom benötigt. Sie dient als kleine Einkaufsstraße mit einer günstigen Breite dieser Funktion und erfüllt die Aufgabe als Tor zur Innenstadt.

3

1 Blick in die Schillerstraße aus südöstlicher Richtung

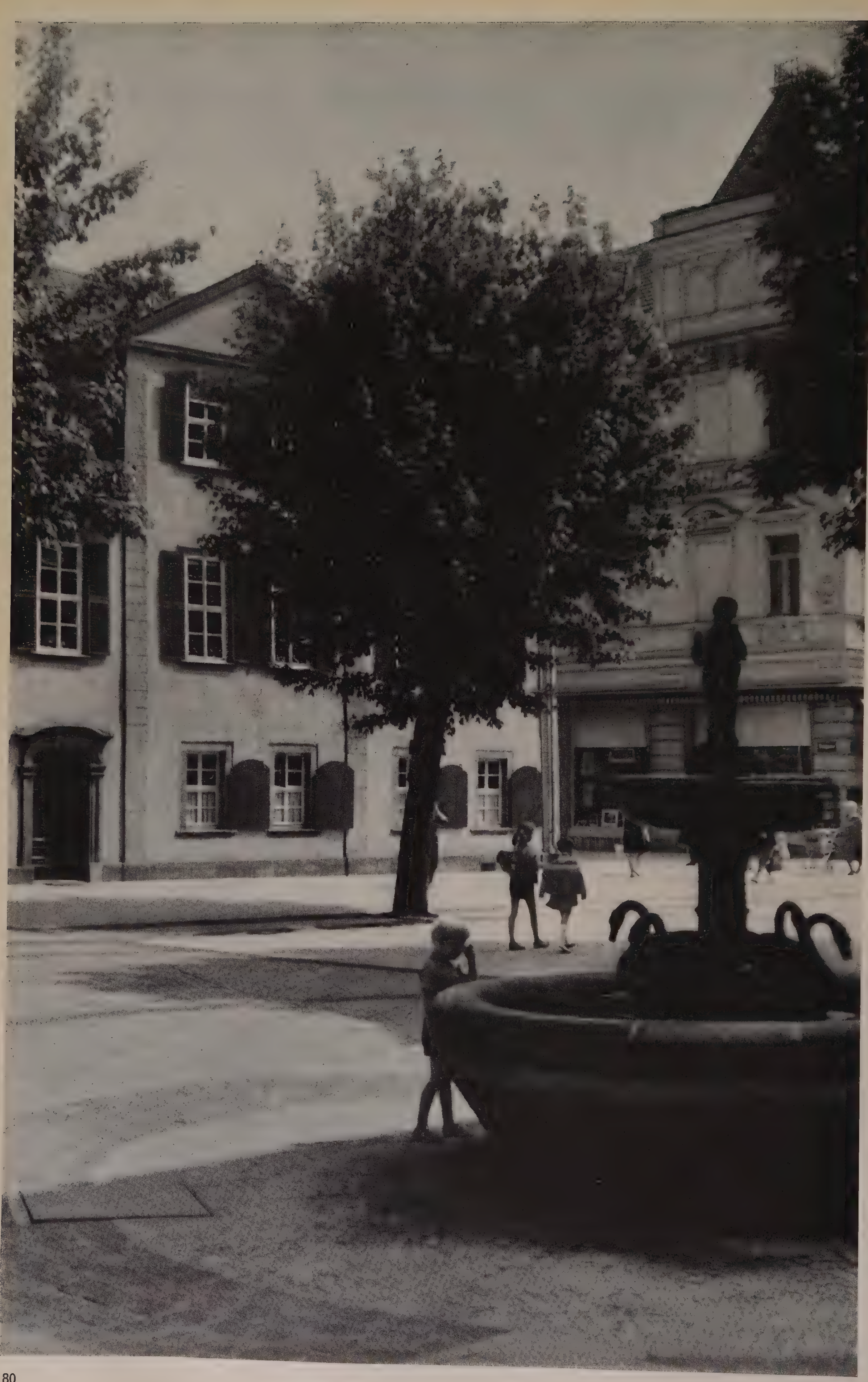
2 Lageskizze Fußgängerbereich Schillerstraße

3 Läden in der Schillerstraße

4 Blick auf den südlichen Knickpunkt der Schillerstraße

4





6

5 Blick auf das Schillerhaus. Im Vordergrund der Gänsemännchenbrunnen

6 Teilplan der Freiflächengestaltung

7 Schillerstraße. Blick aus westlicher Richtung

8 Sitzgruppen des Fußgängerbereiches

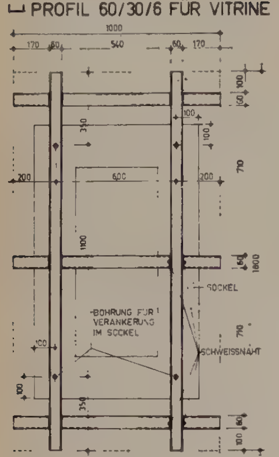
7



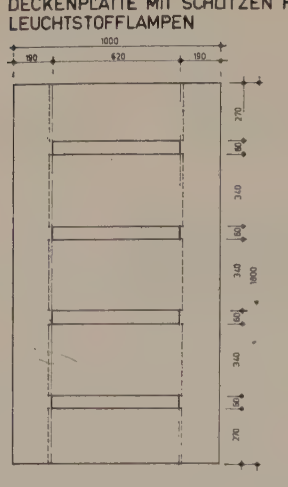
8

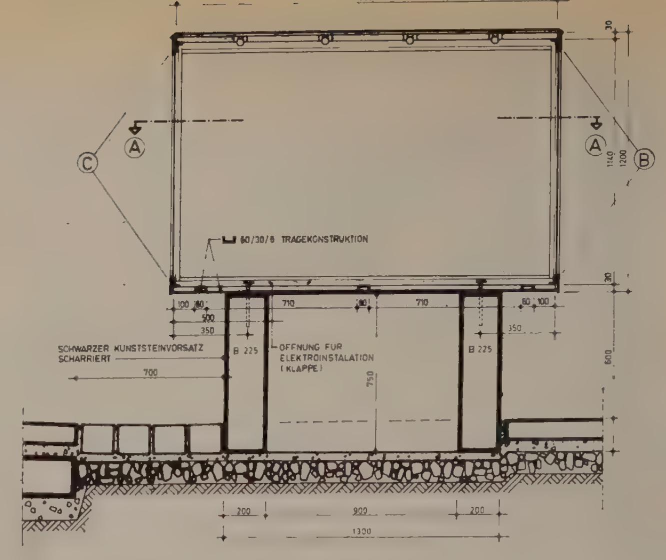


TRAGEKOSTRUKTION AUS
⊔ PROFIL 60/30/6 FÜR VITRINE



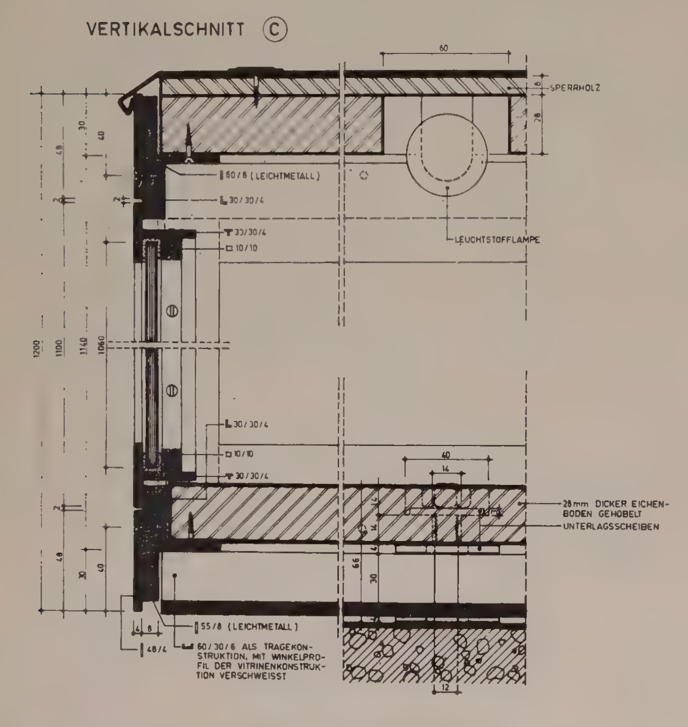
DECKENPLATTE MIT SCHLITZEN FÜR
LEUCHTSTOFFLAMPEN

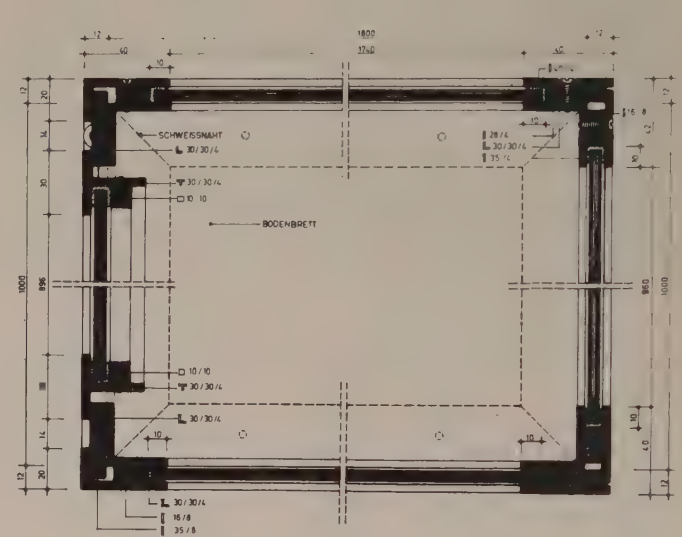




VERTIKALSCHNITT: SCHAUVITRINE

VERTIKALSCHNITT Ⓒ





HORIZONTALSCHNITT Ⓐ-Ⓐ

9

10

11

9 Details zu den Schauvitrinen

10 Blick auf das Wittumspalais am Ende der Schillerstraße

11 Der Theaterplatz mit dem Deutschen Nationaltheater als repräsentativer Platz Weimars

12 Lageskizze des Fußgängerbereiches Theaterplatz – Wielandstraße

DEUTSCHES NATIONALTHEATER

DINGELSTEDTSTRASSE

SCHÜTZENGASSE

GOETHE-PLATZ

12

Bedeutung und Probleme leichter Außenwandkonstruktionen für den Industriebau

Dipl.-Ing. Hans-Joachim Kertscher
Wissenschaftlicher Assistent am Lehrgebiet Industriebau
Technische Universität Dresden

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung und die ständige Steigerung der Produktion verlangen das schnelle Umstellen von Produktionseinrichtungen. Damit ist aber eine Beschränkung auf wenige Typen kompletter Gebäude funktionell noch nicht zu begründen. Bevor einzelne Bauwerke zu altern begonnen haben, können Produktionsprozesse überholt sein und müssen neu organisiert werden. Die Industrie benötigt Baukonstruktionen, die durch Austausch oder Umrüsten verschiedener Elemente unterschiedliche Produktionsarten zulassen. Während das Primärsystem im allgemeinen den Anforderungen des Nutzers genügt, sind die Bauteile des Sekundärsystems wegen ihres Verschleißes und der sich ändernden Produktion häufiger zu wechseln.

Bekanntlich nimmt der Industriebau bei der Erhöhung des Nationaleinkommens eine bedeutende Stellung ein, und die Zuwachsrate hängt entschieden von der Mechanisierung und Automatisierung sowohl der Produktion, als auch der Bauprozesse ab. Um dieser Entwicklung Rechnung tragen zu können, müssen Leichtbau und industrielle Vorfertigung als zwei sich bedingende Methoden möglichst in allen Bereichen der Bauproduktion angewendet werden.

Mit dem Leichtbau wird angestrebt, den volkswirtschaftlichen Gesamtaufwand unter bestimmten Voraussetzungen bei ökonomischem Werkstoffeinsatz zu senken. Dabei werden durch Entstofflichung Massenreduzierungen erreicht und statische Vorteile mit der Anwendung bestimmter geometrischer Formen nutzbar gemacht. Während die Entstofflichung anfangs vorwiegend technische Gründe hatte, wird sie heute aus wirtschaftlichen Erwägungen gefordert.

Leicht bauen ist eine Notwendigkeit der industriellen Entwicklung. Es wird außerdem durch die Verwendung getypter, serienmäßig hergestellter und additiv zusammenfügbarer Bauelemente gekennzeichnet.

Zur Beurteilung von Konstruktionen ist es notwendig, ihren Gebrauchswert im Zusammenhang mit der Ökonomie zu betrachten. Investitions-, Betriebs- und Wartungsaufwand sind für die Errichtung von Industriebauten die wichtigsten Kriterien. Soll ein ökonomisches Optimum erzielt werden, müssen die Material- und Konstruktionseigenschaften bekannt sein. Im folgenden sollen deshalb einige Eigenschaften leichter Außenwandelemente betrachtet und ihre Auswirkungen auf die Nutzbarkeit untersucht werden.

Die leichte Außenwand als Ausbauelement

Der Ausbau wird durch die Funktion bestimmt und umfaßt alle Bauproduktionsleistungen sowie Konstruktionsteile, die je nach Nutzungsart auch zur Bildung der Gebäudehülle notwendig sind.

Als konstruktive Voraussetzung für eine Vorfertigung von Bauelementen hat sich die Trennung von tragendem Gerüst und nichttragender, raumumschließender Hülle im Industriebau allgemein durchgesetzt. Die Außenwand hat im wesentlichen nur noch sich selbst zu tragen und Windlasten aufzunehmen. Dadurch kann sie äußerste Leichtigkeit erhalten und ist für Typisierung, Elementierung und Vorfertigung vorzüglich geeignet. Ein einheitlicher Raster für Primär- und Sekundärkonstruktion ist als planerische Voraussetzung für die Vorfertigung einzelner Außenwandelemente nötig. Die geometrischen Parameter sind von Material, Elementekonstruktion, Herstellungsverfahren, Transport, Montageart, Tragkonstruktion, Gestaltung und Raumfunktion abhängig. Die Wahl der Vorzugsmaße muß im Hinblick auf gute Kombinier- und Komplettierbarkeit vorgenommen werden.

Gebrauchswertanforderungen

Die Materialien der einzelnen Schichten sollen folgenden Anforderungen genügen:

■ äußere Deckschicht

Wetterbeständigkeit,
Korrosionsbeständigkeit,
hohe Festigkeit,
Beständigkeit gegen mechanische Einflüsse,
Reflexionsvermögen gegenüber Strahlungen,
Formbeständigkeit,
keine Dröhngeräusche durch Schlagregen oder Hagel (Trommeleffekt),
Beständigkeit gegen physikalische, chemische und biologische Einflüsse,
Feuerbeständigkeit,
dekoratives Aussehen,
schmutzabweisend

■ Kern- oder Dämmschicht

Wärmedämmung,
Schalldämmung,
feuerhemmend oder nicht brennbar,
Beständigkeit gegen physikalische, chemische und biologische Einflüsse

■ innere Deckschicht

Korrosionsbeständigkeit,
Beständigkeit gegen mechanische Einflüsse,
Formbeständigkeit,
keine Knistereffekte durch Dehnung,
Beständigkeit gegen physikalische, chemische und biologische Einflüsse,
Feuerbeständigkeit,
dekoratives Aussehen,
schmutzabweisend.

Außerdem wird von jedem Material erwartet, daß es sich industriell bearbeiten läßt.

Da naturgemäß nicht jedes Material alle genannten Eigenschaften aufweisen kann, muß nach sinnvollen und optimalen Kombinations- und Konstruktionsmöglichkeiten gesucht werden.

Die Konstruktion muß folgenden Bedingungen gerecht werden:

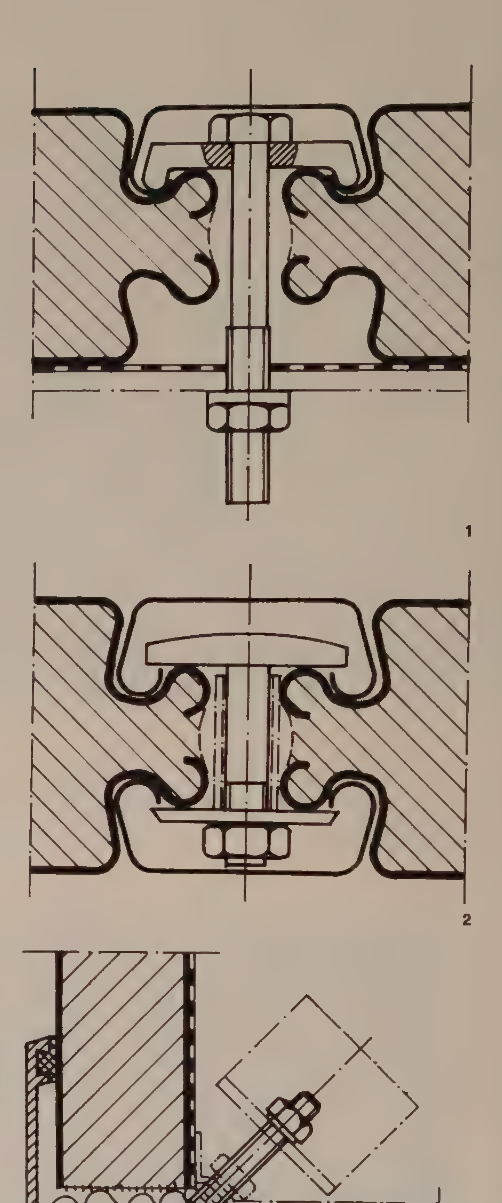
Übertragung von Horizontal- und Vertikalkräften auf die Primärkonstruktion,
Reihbarkeit der Elemente in horizontaler und vertikaler Richtung,
Austauschbarkeit und Umrüstbarkeit aus Gründen der Flexibilität,
die Stärke der Elemente wird vom Grundmodus bestimmt,
Möglichkeit des Einbaus von Belichtungs-, Belüftungs-, Beschickungs- und Öffnungselementen,
Einhaltung wichtiger bauphysikalischer Parameter,
leichte Montier- und Demontierbarkeit,
Gewährleistung dichter Fugen,
einheitliche Anschlußverhältnisse,
möglichst wenig Anschlüsse zur Vereinfachung der Montage,
günstige Transportdimensionen,
ökonomische Vertretbarkeit bei Fertigung, Montage und Nutzung,
Gebrauchsbeständigkeit unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer.

Leichte Außenwandsysteme

Umhüllungskonstruktionen dienen in einfachster Form als Wetterschutz und bei höheren Anforderungen für ein von der Umwelt unterschiedliches Klima

1 bis 5
Stützkernelemente (PUR-AL, RUR-AZ)

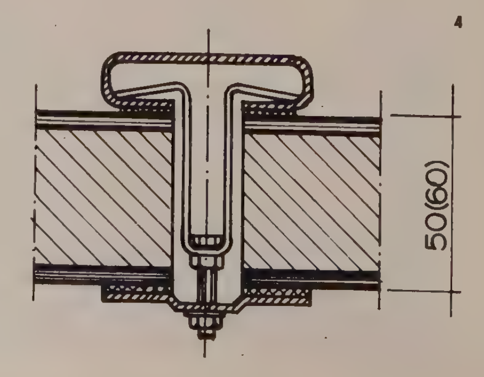
Die äußeren Alu-(AL) bzw. Asbestbeton-(AZ) Deckschichten sind mit dem Polyurethan (PUR)-Hartschau-Stützkern schubfest verbunden. Die Elemente sind selbsttragend, dürfen aber nicht durch Vertikallasten darüberliegender Bauteile beansprucht werden. Die Wärmeleitzahl (λ) beträgt 0,022 kcal/mh °C. Der Einsatz der Stützkernelemente kann in allen Klimazonen erfolgen. Die Konstruktionsstärke (50 oder 80 mm) wird in Abhängigkeit vom erforderlichen Raumklima und dem vorhandenen Standort gewählt.

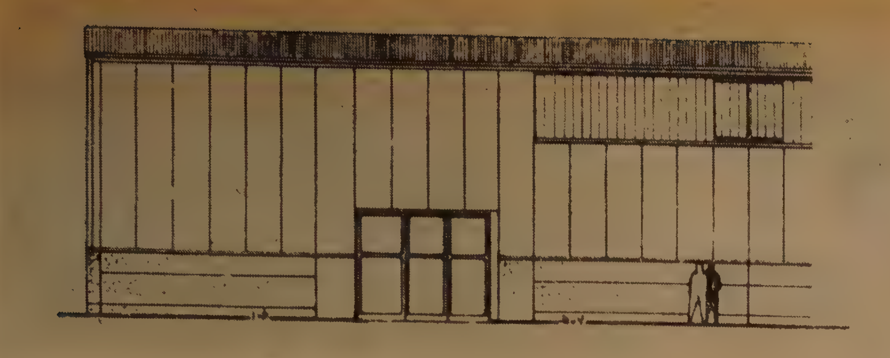

1

2

3

4





5

1 Vertikalfuge mit Einsprengprofil und Befestigungselement

2 Vertikalfuge mit Einsprengprofil für die Fugenabdeckung

3 Eckausbildung mit Winkelprofil

4 Vertikalfuge mit Abdeckung (PUR – AZ)

5 Anwendungsbeispiel für Stützkernelemente aus PUR-AL an eingeschossigen Mehrzweckgebäuden (Angebotskatalog VEB MLK Projektierungsbetrieb Plauen). Um eine bessere Austauschbarkeit mit anderen Elementen zu gewährleisten, wurden die Streifenelemente vertikal angeordnet.

im Gebäudeinneren. Sie haben deshalb mehrere Funktionen zu erfüllen und müssen den gegebenen Bedingungen in bautechnischer, bauphysikalischer, ästhetischer sowie ökonomischer Hinsicht gerecht werden. Durch den Einsatz leichter Baustoffe läßt sich der Masseaufwand im Verhältnis zum konventionellen Bauen bis auf etwa zwei Drittel reduzieren.

■ Übersicht leichter Außenwandkonstruktionen

International gesehen läßt sich folgender Entwicklungsstand im Industriebau erkennen:

■ leichte Außenwandelemente liegen vor der Primärkonstruktion

punktförmige Lastübertragung von Eigengewicht und Windlast,

die Größe der Außenwandelemente wird durch Gewicht, Raster, Montageart und Transportmittel bestimmt,

Verwendung möglichst großflächiger Elemente zur Verringerung von Anzahl und Länge der Baustellenfugen,

Einsatz neuartiger Werkstoffe und Werkstoffverbunde,

Einsatz hochwertiger, oberflächenvergüteter Materialien zur Senkung des Wartungsaufwandes,

■ **Werkstoffe und Werkstoffkombinationen**

Die Anwendung nichttragender Außenwandsysteme wird hauptsächlich vom Angebot moderner Werkstoffe der industriellen Großproduktion für Trag-, Dämm- und Deckschichten bestimmt. Im Industriebau hat sich die Tafelbauweise in Form von Sandwich-, Verbund- oder Stützstoffkonstruktionen gegenüber den teureren Sprossenkonstruktionen allgemein durchgesetzt. Damit wurden Werkstoffverbunde hergestellt, die sowohl Wärmedämmung und Schallschutz, als auch tragende Funktionen im standsicherheitstechnischen Sinn übernehmen. Handelsüblich sind Fertigteile entweder nur aus Kunststoff (wie glasfaserverstärkte Polyesterharze – GFK) oder aus Werkstoffkombinationen zwischen metallischen, mineralischen und organischen Materialien. Die Bauelemente bestehen aus einer Kernschicht und zwei mit dieser schubfest verbundenen Deckschichten. Sie können oberflächenfertig hergestellt werden. Die Deckschichten bestehen aus einem Werkstoff mit hoher Festigkeit und die Kernschicht aus einem Material mit geringerer Festigkeit bei niedrigerem Gewicht. Es können ein- und mehrschalige Wandkonstruktionen hergestellt werden, bei denen die zweischaligen Varianten die günstigeren bauphysikalischen Eigenschaften aufweisen.

Bei der Verwendung von Blechen als Deckschichtmaterial (vorwiegend aus Stahl oder Aluminium) haben sich als Kernfüllung besonders Schaumstoffe aus Plast bewährt. Die gebräuchlichsten sind:

Harnstofformaldehyd-Schaum (HF),
Phenolformaldehyd-Schaum (PF),
Polyvinylchlorid-Schaum (PVC),
Polystyrol-Schaum (PS),
Polyurethan-Schaum (PUR).

In zunehmendem Maß wird Polyurethan-Hartschaum eingesetzt, weil sich das aufschäumende PUR-Gemisch an fast alle Deckschicht-Werkstoffe klebt, höhere Festigkeit als die meisten anderen Schäume hat und fast vollkommen geschlossenzellig ist. Trotz der verschiedenen Eigenschaften ergänzen sich z. B. Stahl und Kunststoff gegenseitig. Während der Stahl die Lastaufnahme und den mechanischen Schutz gewährleistet und den Kunststoffkern gegen Witterungseinflüsse und bei Temperaturgefälle gegen eindringende Feuchtigkeit schützt, übernimmt der Kunststoff die Aussteifung und Kraftüberleitung der beiden Stahlbleche sowie die Funktion des Wärme- und Schallschutzes und als Beschichtung den Korrosionsschutz des Stahls.

Besondere Sorgfalt muß bei Werkstoffverbunden auf die Ränder gelegt werden, weil sie am meisten mechanischen Beanspruchungen ausgesetzt sind. Um eine schnelle Montage zu ermöglichen, sollten relativ einfache Verbindungen angestrebt werden.

Bauphysikalisches Verhalten

Die Eigenschaften von Leichtbauelementen werden wesentlich durch die erzielte Massenreduzierung mitbestimmt. Bei der Untersuchung des bauphysikalischen Verhaltens sind folgende Einzelheiten zu beachten:

thermisches Verhalten,
akustisches Verhalten,
Brandschutz,
Korrosionsschutz.

■ Thermisches Verhalten

Die thermische Eigenschaft eines Bauwerkes ist dann von Interesse, wenn Mensch, Produkt oder Maschine die Einhaltung bestimmter klimatischer Werte erfordern. Für das Innenklima sind die Größe des Raumes, die Art der Primärkonstruktion, die technologischen Gegebenheiten, der Anteil der Außenbauteile sowie das Wärmeleit- und Wärmespeichervermögen der verwendeten Materialien von Bedeutung. Die anfallende äußere Wärmeenergie ist von der Jahreszeit, der Lage des Bauwerkes zur Himmelsrichtung, der Lage des Raumes im Bauwerk und der Art der Baukonstruktion abhängig.

Je massiver eine Konstruktion ist und je besser die Wärmedämmung ausgebildet wird, um so mehr wird der Wärmestrom von außen nach innen gedämpft. Deshalb ist der äußere Strahlungseinfluß für die Innenraumtemperaturen vor allem beim Einbau von Fenstern und leichten Außenwandelementen von entscheidender Bedeutung. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die auf einen Baukörper einwirkende Strahlung nicht nur aus direkter Sonnenstrahlung, sondern auch aus der vielfach unterschätzten indirekten Strahlung besteht. Zusätzlich sind die langwelligen Gegenstrahlungen und die Eigenausstrahlung zu berücksichtigen. Der Anteil an diffuser und reflektierter Strahlung beträgt 20 bis 40 Prozent der einfallenden Gesamtstrahlung (1).

Im Gebäudeinneren wird Wärmeenergie durch Mensch, Beleuchtung, Maschine sowie technologische Prozesse erzeugt und an die Luft abgegeben. Diese Wärmelast kann nur durch das Speichervermögen der innenliegenden Bauteile oder durch Lüftung beziehungsweise Klimatisierung abgebaut werden. Die im Raum befindliche Luft, ein an sich schlechter Wärmeleiter, sorgt durch Konvektion für den Wärmetransport und wirkt dadurch temperaturausgleichend. Wie schnell dieser Vorgang verläuft, hängt vom Speichervermögen der im Bauwerk befindlichen Massen und dem Luftwechsel ab. Dabei wird die Oberflächentemperatur außerdem durch die Wärmedämmung der Bauteile mitbestimmt. Bei einer Wärmedämmung über 1,0 m^2 h grd/kcal bestimmt die Raumlufttemperatur im höheren Maß als die Bauteile selbst deren Oberflächentemperaturen (2). Das kann zur Folge haben, daß sich in Räumen, deren Konstruktions- und Umhüllungselemente aus schlecht wärmeleitenden Stoffen bestehen oder durch sie verkleidet werden und deshalb nicht mehr regulierend wirken, die Raumlufttemperaturen stark ansteigen. Da der Mensch im Strahlungsaustausch mit den ihn umgebenden Körpern steht und eine Abstrahlung der Körperwärme in solch einem Fall nicht mehr möglich ist, wird das Behaglichkeitsempfinden negativ beeinflußt.

Je nach Gebäudeform und -größe lassen sich thermisch gesehen Innenräume von Bauwerken mit leichten Umhüllungskonstruktionen in zwei Zonen gliedern. Die Außenzone unterliegt infolge Temperatur, Strahlung, Wind und Niederschlägen starken witterungsmäßigen Schwankungen, die schnell und intensiv wechseln. Im Inneren dagegen treten verhältnismäßig konstante Wärmelasten auf, es liegt also ganzjährig ein Kühlproblem vor. Diese Erscheinungen bewirken entsprechend der Nutzungsart folgende Ausbildungsmöglichkeiten:

■ Je nach Flächengröße der Außenwand zur gesamten Gebäudeumhüllung sowie je nach Produktionsart und Aufwand muß abgewogen werden, ob beispielsweise bei einem Flachbau mit großer Grundfläche die Außenwand gedämmt oder nicht gedämmt wird. In einem Autowerk in Gent (Belgien) wurde bei einer Hallenfläche von 150 000 m^2 auf eine Dämmung der Außenwand verzichtet, weil sie im Verhältnis zu der relativ großen Dachfläche so gering ist, daß der Wärmedurchgang unbedeutend erscheint

■ Bei Gebäuden mit hohen technologischen Anforderungen, in denen auch die Randzone den gestellten Bedingungen entsprechen soll, muß an der Außenseite eine schnell anpassungsfähige Wärmequelle oder Klimaanlage und für die Innenzone eine einfachere unbeweglichere Anlage mit geringerem Kostenaufwand installiert werden.

Leichtbauelemente spielen im allgemeinen für den Wärme- oder Kältebedarf eine untergeordnete Rolle, weil die am häufigsten angewendeten Dämmstoffe einen hohen Wärmedurchlaßwiderstand aufweisen. Hauptsächlich ist bei dem Einbau auf Kältebrücken, Undichtheiten an den Fugen und gute Sperrmaßnahmen zu achten. In diesem Zusammenhang ist die Dampfdiffusion besonders wichtig. Wasserdampf in der Luft wandert auch durch Dämmschichten zu kalten Flächen. Wenn also mit Dämmung Wärme im Raum festgehalten wird, bleibt die Ausscheidung von Feuchtigkeit innerhalb der Umhüllungskonstruktion keineswegs ausgeschlossen. Bei klimatisierten Räumen muß vor allem deshalb an der warmen Seite der Wand eine Sperre vorgesehen werden. Werden keine Sperrmaßnahmen vorgenommen, kann es an den Außenbauteilen zu Schäden kommen.

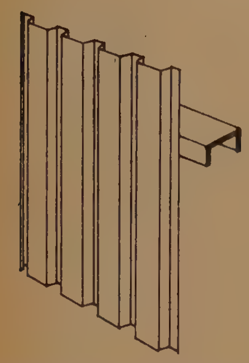
Der Grad der thermischen Behandlung eines Gebäudes wird von der örtlichen Lage, der Raumaufteilung, der Art der Nutzung und der Ausstattung bestimmt.

■ Akustisches Verhalten

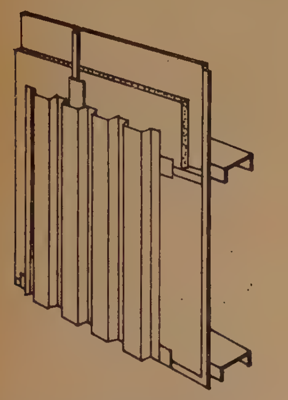
Auftreffender Luft- und Körperschall wird von der Wand zu bestimmten Teilen reflektiert, absorbiert oder hindurchgelassen. Ähnlich wie beim thermischen Verhalten erweist sich eine weitgehende Verringerung der Bauwerksmassen auch akustisch als Nachteil. Während Einrichtungen zur Schallabsorbtion ohne weiteres auch im Leichtbau noch funktionsfähig sind, wirkt sich auf dem Gebiet der Schalldämmung die Entstofflichung nachteilig aus, da Schallübertragung bei festen Wänden zum größten Teil durch Biegeschwingungen geschieht.

Bei Anwendung von Verbundkonstruktionen mit einer entdröhnenden Zwischenschicht lassen sich rund fünfmal so große Dämpfungen erzielen, als

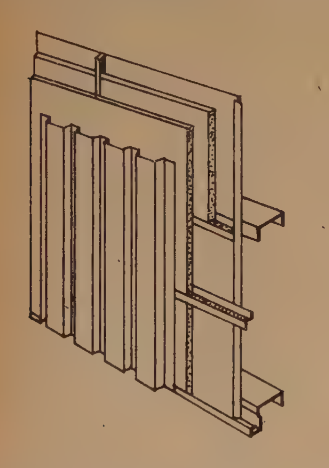
Die einzelnen Schichten werden mechanisch miteinander verbunden. Dabei ist eine Wiederverwendung gleicher Grundelemente möglich. Je nach Anforderung des Nutzers kann die Auswahl der einzelnen Wandsysteme vorgenommen werden. Nach Aufbau der Wandkonstruktion und Beschichtung der Bleche sind vielfältige Gestaltungsvarianten möglich.



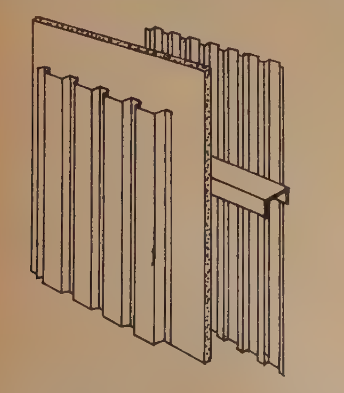
6 Wetterschutz aus beschichteten Stahlblechelementen



7 Wandaufbau mit einfacher Dämmschicht zwischen verschiedenartigen Stahlblechtafeln



8 Wandaufbau mit doppelter Dämmschicht zwischen verschiedenartigen Stahlblechtafeln



9 Wandaufbau mit innenliegender Dämmschicht und Verkleidung der Tragkonstruktion

das bei einseitig mit Entdröhnungsmitteln beschichteten Blechen möglich ist (3). Wände mit mehrschaligem Aufbau bei geringem Flächengewicht bringen nur dann Vorteile, wenn der Luftabstand genügend groß ist oder weichfedernde Dämmschichten vorgesehen werden. Feste Verbindungen, die als Körperschallbrücken wirken, sind möglichst zu vermeiden.

Die Luftschalldämmung wird in störender Weise durch die „Schall-Längsleitung" beeinflußt. Sie kommt dadurch zustande, daß Geräusche alle raumbegrenzenden Bauteile zu Schwingungen anregen und sich in ihnen fortpflanzen. Deshalb sind beim Einbau von Raumtrennwänden und Geschoßdecken besondere konstruktive Maßnahmen vorzusehen, die je nach Anforderungen genügende Schalldämpfung garantieren.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist die Ausbildung der Fugen. Ihre akustisch ausreichende Dichtung hängt von dem Beherrschen der Bewegungserscheinung an den Elementen und der sorgfältigen Ausführung ab. Entscheidend für eine sinnvolle Anwendung von Schallschutzmaßnahmen sind die Raumdimensionen und die Art der Nutzung. Je größer die Grundrißfläche ist, um so bedeutungsloser wird die Außenwand für den Schallschutz, und um so wichtiger wird die Ausbildung des Daches oder der Zwischendecke.

■ Brandschutz

Der bautechnische Brandschutz wird durch gesetzliche Maßnahmen festgelegt. Danach müssen Außenwandkonstruktionen je nach Gebäudeart und Nutzung einen bestimmten Feuerwiderstand aufweisen, um eine Brandübertragung zu verhindern. Während für Flachbauten die Einteilung in Brandabschnitte nach vorhandener Brandbelastung wichtig ist, müssen bei Geschoßbauten zusätzlich gegen Feuer ausreichend widerstandsfähige Bauteile in den Außenwänden vorgesehen werden.

Da leichte Bauelemente hauptsächlich aus neuartigen Werkstoffkombinationen bestehen, ist eine exakte Prüfung nur in Brandversuchen möglich. Durch Einmischen von Flammenschutzmitteln sind Kunststoffschäume schwer entflammbar oder selbstlöschend herzustellen. Das kann die einzelnen Elemente zwar vor einer restlosen Zerstörung schützen und den Übergriff des Feuers verhindern, aber im Gegensatz zu schweren Außenwänden müssen Leichtfassaden nach einem Brand ausgewechselt werden.

■ Korrosionsschutz

Das Verhüten von Korrosion oder das Vermindern ihrer Angriffsgeschwindigkeit ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe, weil durch sie jährlich erhebliche Werte vernichtet werden.

Bei der Anwendung leichter Elemente ist das Verhältnis von Oberfläche zum Querschnitt wesentlich größer als im Massivbau. Korrosionseinwirkungen würden die an sich schon geringen Schichtdecken vermindern und damit die Konstruktion erheblich gefährden. Gebräuchliche Oberflächenschutzverfahren sind deshalb Farbanstriche, Emaillierung, Verzinkung, Kunststoffbeschichtung, natürliche Oxydation, künstliche Oxydation und Herstellung korrosionsbeständiger Legierungen.

Für Stahlbleche hat sich die Verzinkung als Korrosionsschutz bewährt. Dieses Verfahren hat den Vorteil, daß selbst beim Verletzen der Zinkschicht ein ausreichender Korrosionsschutz gewährleistet werden kann. Eine Erneuerung der Verzinkung ist im allgemeinen nicht erforderlich.

Unter den verwendeten modernen Materialien hat sich kunststoffbeschichtetes Metallblech in den letzten Jahren sehr verbreitet. Es vereinigt in sich die Eigenschaft von Stahl oder Aluminium mit den Eigenschaften des Plast. Auch die dadurch erzielten Einsparungen von Instandhaltungskosten und die Fülle dekorativer Möglichkeiten erhöhen die Attraktivität für den Nutzer. Die Beschichtung auf vorbehandelten Blechen kann ein- oder zweiseitig aufgetragen werden. Die ideale Haftbarkeit des Plastfilms gestattet vielfältige Bearbeitungsmöglichkeiten wie Stanzen, leichtes Schneiden mit Scheren, Bohren oder Tiefziehen. Verbindungen sind möglich durch Nieten, Schrauben, Kleben und unter Umständen auch Schweißen. Bei kontinuierlicher Fertigung können die Schnittkanten der Bleche nicht mit Kunststoff überzogen werden. Deshalb ist der Kantenschutz nachträglich durch Abkanten, Kunststoffanstrich, Dichtungsleisten oder Verkleben mit Folie vorzunehmen. Die Haltbarkeit eines organischen Überzuges auf metallischem Untergrund hängt von Witterungsbeständigkeit, Haftbarkeit, Verletzung und Unterrostung der verwendeten Materialien ab. Bei dem korrosionsbeständigeren Aluminium spielt die schützende Wirkung der Beschichtung eine untergeordnete Rolle. Sie wird jedoch oft aus gestalterischen Gründen verlangt. Die Oberfläche wird durch eine Oxydschicht geschützt, die sich entweder selbst bildet oder durch Eloxieren künstlich erzeugt werden kann. Im letzteren Fall entsteht eine harte, verschleißfeste Oberfläche, bei der man wegen inniger Verbindung weder ein Abplatzen, noch ein Abblättern zu befürchten braucht. Einfärbungen sind durch die feinporige Struktur möglich. Besondere Maßnahmen müssen wegen elektrochemischer Elementebildung bei der Montage mit Blei, Kupfer, kupferhaltigen Legierungen und Stahl vorgenommen werden. Zink und verzinkter Stahl mit Aluminium verbunden, rufen keine Korrosionserscheinungen hervor. Als neue Methode zur Stahlkonservierung ist die Herstellung besonderer Legierungen zu erwähnen. Es entsteht dabei Stahl, der eine „Edelrost"-Schutzschicht bildet, und nichtrostender Stahl, der seine vorzüglichen Eigenschaften durch Verbindung mit Chrom und Nickel erhält.

Für hinreichenden Korrosionsschutz stehen heute bewährte Möglichkeiten zur Verfügung. Es ist aber nötig, bei der Anwendung besonders auf die Wahl des für den vorliegenden Zweck geeigneten Oberflächenschutzes zu achten.

Vor- und Nachteile leichter Außenwandkonstruktionen

Gegenüber schweren ein- und mehrschichtigen Außenwandkonstruktionen besitzen leichte Elemente folgende Vorteile:

- Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch den Einsatz neuartiger Materialien
- Erhöhung der Genauigkeit der Elemente durch Vorfertigung
- Einsparung an tragenden Teilen und Fundamenten durch geringeres Gewicht
- Verringerung von Transportgewicht, Transportvolumen und Montageaufwand durch Massereduzierung
- Wetterunabhängigkeit der Montage durch trokkene Konstruktion
- Flexibilität durch leichte und schnelle Montier- und Demontierbarkeit
- Einsparung von Wartungsaufwand durch den Einsatz hochwertiger Materialien
- Erhöhung des Wärmedämmvermögens durch den Einsatz hochwertiger Dämmstoffe

Demgegenüber treten folgende Nachteile auf:

- Alle masseabhängigen Parameter sind ungünstiger. Das gilt besonders für das Wärmespeicher- bzw. -beharrungsvermögen und die Schalldämmung
- Das Brandverhalten ist schlechter als bei schweren Konstruktionen.

Diese Nachteile können aber teilweise durch eine zweckvolle Materialwahl aufgehoben werden.

Literatur

(1) Künzel, H. und Snatzke, Chr.
Zur Wirkung von Sonnenschutzgläsern auf die sommerlichen Temperaturen in Räumen, Gesundheits-Ingenieur, Heft 1 (90. Jahrgang 1969)

(2) Schüke, W.
Wirtschaftlicher Wärmeschutz und Raumklima, Gesundheits-Ingenieur, Heft 3 (88. Jahrgang 1967)

(3) Oberst, H.
Stand der Entwicklung des schwingungsgedämpften Verbundbleche, Mitteilungen der Deutschen Forschungsgesellschaft für Blechbearbeitung und Oberflächenbehandlung e. V., 18 (1967) Heft 3/4

Berechnungsgrundlagen, Zahlreiche praktische Beispiele und konstruktive Details auch von leichten Außenwänden werden in dem dreibändigen Werk

Eichler, F.
Bauphysikalisches Entwerfen, VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, ausführlich behandelt.

Eine zusammenfassende Übersicht über Außenwände, ihre Konstruktionskriterien und Probleme an Hand von Beispielen gibt das Buch

Krause, C.
Außenwandsysteme, VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1970

Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Prof. Dipl.-Ing. Georg Funk, Dresden
3. April 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Fritz Richter, Dresden,
4. April 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Wilhelm Meister, Neuruppin,
5. April 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing.
Ludmilla Herzenstein, Berlin,
6. April 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Jacob Jordan, Berlin,
9. April 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauingenieur Adolf Scheuer, Schwerin,
12. April 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Walter Wittig, Zeulenroda,
12. April 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Max Fiedler, Halle,
17. April 1901, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Ruth Bethke, Weimar,
20. April 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Kurt Bohlmann, Magdeburg,
21. April 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauingenieur Walter Seidler,
Waldheim,
21. April 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Wolfgang Lohmer, Leipzig,
22. April 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Bauingenieur Gerhard Klein,
Plauen,
23. April 1911, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Werner Stein, Gera,
23. April 1921, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Theo Zollna, Dresden,
23. April 1906, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Karl Dassel, Finsterwalde,
29. April 1886, zum 85. Geburtstag

Architekt BDA Bruno Kobrow, Barth,
29. April 1911, zum 60. Geburtstag

Qualifizierungslehrgang für Kader im Städtebau des Bezirkes Erfurt

Der Lehrgang fand vom 16. bis 20. 11. 1970 in Weimar statt und wurde gemeinsam vom Büro des Bezirksarchitekten Erfurt und von der Fachgruppe Städtebau der Bezirksgruppe Erfurt des BDA organisiert.

Er umfaßte folgende Schwerpunkte:

- Übermittlung von Kenntnissen zu Entwicklungstendenzen des Bauwesens und des Städtebaus im Perspektivplanzeitraum
- Vermittlung und Festigung von Kenntnissen und Fertigkeiten zur Erhöhung der Qualität städtebaulicher Planungen
- Durchführung eines Entwurfsseminars zur Unterstützung des Rates des Kreises und der Stadt Sondershausen bei der Konzipierung eines Vorschlages zur Gestaltung des Stadtzentrums.

Die Leitung des Lehrganges lag in den Händen des Bezirksarchitekten Henn. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus den Kreis- und Stadtarchitekten des Bezirkes, den Mitarbeitern des Büros des Bezirksarchitekten und einer Reihe von Gästen zusammen.

Zu den Vortragsveranstaltungen und Problemdiskussionen konnten Vertreter des Energiekombinates Süd, Architekten und Gartengestalter vom VE Wohnungsbaukombinat Erfurt, Forschungsstudenten und Assistenten der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar sowie Schüler der Erweiterten Oberschule Weimar, die ihre berufspraktische Ausbildung im Büro des Bezirksarchitekten erhalten, begrüßt werden.

Im einzelnen wurden folgende Probleme behandelt:

- Entwicklungstendenzen der Bauwirtschaft im Perspektivzeitraum und daraus abzuleitende Hauptaufgaben für Städtebau und Architektur im Bezirk Erfurt,

Referat des Bezirksbaudirektors Roth (vorgetragen vom Bezirksarchitekten Henn)

- Maßnahmen zur Einführung des Wohnungsbausystems 70 im Bezirk Erfurt,

Vortrag von Herrn Wetzstein, VE WBK Erfurt

- Leichtes ökonomisches Bauen – nationale und internationale Entwicklungstendenzen,

Vortrag von Dr. Rühle, BDA

- Ökonomische und städtebauliche Probleme der Umgestaltung von Altstadtkernen, dargestellt an den Ergebnissen der Untersuchung am Altstadtkern von Erfurt,

Vortrag von Stadtarchitekt Nitsch, Erfurt

- Probleme des Schallschutzes sowie die Neufassung der TGL 10 687, Schallschutz,

Vortrag von Dr. Winkler, BDA und Problemdiskussion mit Prof. Dr. Horn, Medizinische Akademie Erfurt, Institut für Allgemeine Hygiene, Dr. Poch und Dipl.-Physiker König, Bezirkshygiene-Institut Erfurt

- Information über einen Lehrgang des Institutes für Weiterbildung der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar zur Qualifizierung der Einsatzleiter für EDV im Städtebau,

Dipl.-Ing. Glänzer, Büro des Bezirksarchitekten Erfurt.

Die Vorträge und Diskussionen vermittelten eine Reihe von Problemstellungen, deren Beantwortung bei operativen Entscheidungen der städtebaulichen Planungspraxis sowie in planerischen Arbeiten, die auf den Perspektivzeitraum und die Prognose gerichtet sind, gefunden werden muß.

- Im Rahmen der Prognosearbeit werden die Kreis- und Stadtarchitekten die Ergebnisse der Arbeit an der Generalbebauungsplanung des Bezirkes in die Planungstätigkeit der örtlichen Räte integrieren und die Auffassung der örtlichen Räte dann an die Prognosegruppe „Generalbebauungsplanung" des Rates des Bezirkes vermitteln. An erster Stelle steht hierbei die Überprüfung der Kosten bereits erarbeiteter Bebauungspläne für den Wohnungsbau, der Effektivität des geplanten Einsatzes der Baukapazitäten sowie die Bestimmung optimaler Reihenfolgen der Bebauung. Gleichermaßen werden die Kreis- und Stadtarchitekten bei der Beschaffung analytischer Grundlagen und der Entscheidungsvorbereitung zur Entwicklung der Städte der Makrostruktur beitragen.
- In der weiteren Arbeit an der Grundlinie der ökonomischen Entwicklung des Bezirkes im Rahmen des Generalbebauungsplanes gilt es, im Städtebau mit Hilfe moderner mathematischer Methoden die Varianten der Entwicklung der Städte der Makrostruktur mit technischen Parametern und ökonomischen Berechnungen zu belegen und Entscheidungsvorbereitungen zu treffen mit der Absicht, die gesellschaftlichen Anforderungen bei einem rationellen Einsatz des Nationaleinkommens und einer hocheffektiven Ökonomie der Stadt mit einem optimalen Einsatz der zu entwickelnden Baukapazitäten zu erfüllen.
- Zur Unterstützung der Städte, die über keine eigene Stadtplanungskapazität verfügen, sollten die Kreisarchitekten gemeinsam mit den örtlichen Räten Möglichkeiten der vereinfachten Form der Generalbebauungsplanung suchen und das Angebot der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Sektion Gebietsplanung und Städtebau, nutzen, die bereit ist, durch Pflichtentwürfe und Diplomarbeiten für ausgewählte Kleinstädte mit besonderer wirtschaftlicher Bedeutung und einer relativ großen Altbausubstanz die generellen städtebaulichen Grundlagen für detaillierte Planungen zur komplexen Werterhaltung dieser Städte zu schaffen.
- Mit dem leichten ökonomischen Bauen werden Möglichkeiten eröffnet, mit höherem ökonomischem Effekt und niedrigerem Bauaufwand im Industrie- und Gesellschaftsbau, gegebenenfalls auch im Wohnungsbau, die von der sozialistischen Gesellschaft gestellten Anforderungen an das Bauwesen zu erfüllen. Die umfangreichen Forschungen auf diesem Gebiet werden begrüßt und mit dem Wunsch verbunden, eine intensive Information über die Ergebnisse unter Berücksichtigung der Prognosearbeit – insbesondere innerhalb der Generalbebauungsplanung – zu entwickeln.
- Das Wohnungsbausystem 70 eröffnet in Zukunft vielgestaltige Möglichkeiten der städtebaulichen Gruppierung, die weit über die der zur Zeit angewandten Wohnungsbautypen geht. Notwendig ist jedoch, daß bereits im Perspektivzeitraum durch vorlaufende städtebauliche Detailplanung sowie zeitlich abgestimmte Verkehrs- und stadttechnische Erschließungsmaßnahmen die Vorzüge des Wohnungsbausystems 70 voll ausgeschöpft werden können. Dabei ist zu beachten, daß durch die Umstellung der Baukombinate in der Übergangszeit rationalisierte Wohnungsbautypen des derzeitigen Sortiments angewendet werden müssen.
- Die Tätigkeit der Stadt- und Kreisarchitekten sowie der Mitarbeiter des Büros des Bezirksarchitekten in der planerischen Vorbereitung der komplexen Maßnahmen zur Umgestaltung und Werterhaltung der Altstadtkerne muß sich auf eine eingehende Analyse des Bauzustandes, der Nutzung und weiteren Nutzungsmöglichkeiten, der Grundrisse und konstruktiven Ausbildung der einzelnen Gebäude einschließlich der funktionellen Bedingungen und die Wertermittlung konzentrieren. Schlußfolgernd sind Vorschläge und Varianten der detaillierten Bebauung zu entwickeln und die Möglichkeiten einer schrittweisen Realisierung im Zusammenhang mit den Generalbebauungsplänen der Städte und des Bezirkes zu untersuchen.
- Im Rahmen der Standortentscheidungen und generellen wie detaillierten städtebaulichen Planungen sind die gesetzlichen Festlegungen (z. B. Landeskulturgesetz und Standards), die der Verbesserung der Umweltbedingungen sowie der Gesunderhaltung der Bevölkerung dienen, konsequent zu verfolgen, die städtebaulichen Konsequenzen sowie ökonomischen Auswirkungen zu ermitteln und diese entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu wichten und in die Entscheidungen der örtlichen Organe einzubeziehen. Die Einhaltung der Forderungen der TGL 10 687 ist nicht unproblematisch. Es erscheint notwendig, daß seitens des Gesundheitswesens sowie des Bauwesens erheblich größere Anforderungen an die Industrie dergestalt erhoben werden, daß der Lärm bei den Entstehungsquellen (zum Beispiel Straßen- und Schienenfahrzeuge, Baumaschinen) durch konstruktive Maßnahmen erheblich reduziert wird.

Das Entwurfsseminar zeigte am Ergebnis der Arbeit der eingesetzten fünf Bearbeitungskollektive ein weiteres Ansteigen des Niveaus in der städteplanerischen Bewältigung von Aufgaben der Werterhaltung und Umgestaltung von Altstadtkernen der Mittelstädte. Insbesondere war das Bemühen um eine sorgfältige Synthese zwischen historischer Struktur und erhaltenswerter Bebauung und den notwendigen ergänzenden Zentrumsfunktionen spürbar. Die unterschiedlichen Auffassungen wie auch ähnlich konzipierten Detaillösungen bieten bereits in den vorgelegten städtebaulichen Modellen (M 1 : 1000) gute Grundlagen für die zielgerichteten Werterhaltungsmaßnahmen in der Kreisstadt Sondershausen.

An den Vortragsveranstaltungen sowie Problemdiskussionen beteiligten sich etwa 50 Personen. An der Exkursion nach Sondershausen sowie an der Entwurfsbearbeitung des Zentrums der vorgenannten Stadt waren 25 Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Die Exkursion war verbunden mit einer Einführung in die stadtbaugeschichtliche Entwicklung der Stadt – vorgetragen von Herrn Mende, Büro des Bezirksarchitekten Erfurt – sowie einer Erläuterung des Generalbebauungsplanes der Stadt durch den Kreisarchitekten Pohl. Der Bürgermeister der Stadt Sondershausen, Herr Lier, begrüßte die Teilnehmer der Exkursion und nahm an der anschließenden Besichtigung der Stadt teil.

Das Bildungsziel des Qualifizierungslehrganges wurde erreicht. Der nächste Lehrgang wird in Abstimmung mit dem Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Suhl voraussichtlich im April 1971 stattfinden und sich mit Fragen der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft im Städtebau und der Anwendung mathematischer Methoden im Städtebau beschäftigen.

Dipl.-oec. Ing. Kurt Weinrich

Hochschulnachrichten

Technische Universität Dresden Sektion Architektur

Mitteilungen

Der Rektor der Technischen Universität Dresden ernannte mit Wirkung vom 1. 9. 1970 Herrn Professor Dr.-Ing. Karl-Heinz Lander zum neuen Direktor der Sektion Architektur.

Dissertationen

Koth, Wolfgang 16. 7. 1970
„Die Optimierung der Stahlbetonskelett-Montagebauweise im Landwirtschaftsbau am Beispiel der Bauten der Milchviehhaltung"
Dissertation (A)
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Rickenstorf
Prof. Dr.-Ing. habil. Schiffel
Hauptdirektor Habrich, Landbaukombinat Wriezen

Tied, Hans-Georg 25. 9. 1970
„Zur Berücksichtigung städtebaulicher und territorialökonomischer Grundsätze bei der Planung von Industriegebieten"
Dissertation (A)
Gutachter:
Prof. em. Dipl.-Ing. Schaarschmidt
Prof. Dr.-Ing. Lander (Nachfolger)
Prof. Dr.-Ing. Brenner

Blödow, Hans-Joachim 25. 9. 1970
„Bewertung und Aufwertung von Schulbauten bei der sozialistischen Umgestaltung der Städte der DDR"
Dissertation (A)
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel
Prof. Dr.-Ing. Brenner
Prof. Dr.-Ing. Jaenisch

Köhler, Eberhard 4. 12. 1970
„Der Industriehof als neue städtebauliche Planungseinheit"
Dissertation (A)
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. Brenner
Prof. Dr.-Ing. Lander
Dr.-Ing. Pampel

Eßmann, Herbert 15. 12. 1970
„Untersuchung raumakustischer Verhältnisse in Klassenräumen und ihr Einfluß auf den Leistungserfolg bei Schülern"
Dissertation (A)
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Trauzettel
Prof. em. Dr.-Ing. Reichardt
Prof. Dr. habil. Klemm

Blumensaat, Wolf 17. 12. 1970
„Untersuchungen über die Tageslichtbeleuchtung in Stallbauten"
Dissertation (A)
Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Schiffel
Prof. Dr.-Ing. Petzold
Prof. Dr.-Ing. Lammert

Neue Arbeitsgruppe für Gebäudeausbau, -ausrüstung und -ausstattung

Im Zuge der III. Hochschulreform ist das auf Initiative von Professor Michel 1951 gegründete Institut für Innengestaltung und der mit ihm verbundene Lehrstuhl für Innengestaltung an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar in die Sektion Architektur neu eingegliedert worden.

Der verdienstvolle Direktor des Instituts und Lehrstuhlinhaber, Professor Dr.-Ing. e. h. Horst Michel, Träger des Kunstpreises der DDR, wurde nach der Erreichung der Altersgrenze feierlich emeritiert.

Die in Fachkreisen bekannten ständigen wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts sind künftig in der neugebildeten Arbeitsgruppe Gebäudeausbau, -ausrüstung und -ausstattung, unter Leitung von Frau Professor Dr.-Ing. habil. Anita Bach tätig. Die im Laufe der Jahre im Institut tätig gewesenen wissenschaftlichen, künstlerischen und technischen Kräfte arbeiten jetzt an Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten, in Architekturbüros und in der Industrie in verantwortlichen Funktionen. Professor Dr. Horst Michel setzt sein Wirken an ihn besonders interessierenden Aufgaben in bewährten Kollektiven fort und wird sich neben eigener Entwurfsarbeit der Entwicklung des von ihm angeregten Unternehmens „DDR-Form" (Kollektion hervorragender Erzeugnisse für die moderne Wohnraumgestaltung) widmen.

Weiterbildungsveranstaltung „Das Industriegebiet – seine räumliche Einordnung und Gestaltung" am Lehrgebiet Industriebauten der Sektion Architektur an der Technischen Universität Dresden

Noch bevor im Rahmen der Hochschulreform Weiterbildungsveranstaltungen als allseitig wirksame Rückkopplung zwischen Hochschule und Praxis zur Forderung erhoben wurden, war es bereits ein Anliegen des unter der Leitung von Professor Dipl.-Ing. Schaarschmidt stehenden damaligen Instituts für Industriebau und Entwerfen an der Technischen Universität Dresden, mehrtägige Weiterbildungsveranstaltungen in diesem Sinne durchzuführen. Diese Tradition wurde im letzten Jahr an dem nach der Emeritierung und dem Ableben von Professor Schaarschmidt unter der Leitung von Professor Dr.-Ing. Lander stehenden Lehrgebiet Industriebauten der Sektion Architektur fortgesetzt.

Das Thema „Das Industriegebiet – seine räumliche Einordnung und Gestaltung" wurde gewählt, weil in diesem Bereich ein ausreichender Forschungsvorlauf in der DDR noch nicht zu verzeichnen ist und andererseits am genannten Lehrgebiet mehrere Forschungsarbeiten zu diesem Thema vorliegen. Eingeladen wurden ungefähr 80 Kollegen vor allem aus Projektierungsbetrieben des Industriebaus, Projektierungseinrichtungen der VVB und bezirklichen wie kommunalen Leitungsgremien. Die Referate wurden durch Angehörige des Lehrgebietes Industriebauten und der Sektion Architektur der TU Dresden, durch Kollegen der Praxis, die über wissenschaftliche Arbeiten mit dem genannten Lehrgebiet verbunden sind, sowie durch Angehörige der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und der Deutschen Bauakademie gehalten. Den Teilnehmern wurden Thesen zu den einzelnen Referaten vorab zugestellt, eine Veröffentlichung der Referate in der Schriftenreihe der Sektion Architektur ist in Vorbereitung.

Im folgenden soll, aufbauend auf den einzelnen Vorträgen, ein kurzer Überblick über die in den Referaten wie Diskussionen behandelten Probleme gegeben werden.

Ausgangspunkt für die Standortwahl von Industriekomplexen ist die Erreichung einer rationellen Stadtstruktur. Hierzu gehört über die Erfüllung der Forderungen der in einem Komplex anzusiedelnden Industriewerke an den Standort und an die Verkehrsanbindungen hinaus die Minimierung des gebietswirtschaftlichen Aufwandes und die Forderung der Werktätigen nach guter Erreichbarkeit des Komplexes. Voraussetzung für die Erfassung der Zusammenhänge in ihrer komplizierten Gesamtheit ist eine eingehende Analyse der jeweiligen Stadtstruktur sowie aller erfaßbaren Wirkungszusammenhänge. Die Dynamik der Standortanforderungen und der Verflechtung der wirtschaftlichen Tätigkeit sowie die zunehmende Bedeutung des Faktors Zeit erfordern eine aus der Bedarfsprognose der Gebietswirtschaft abgeleitete Vorplanung der Industriekomplexe in ihrem Profil, ihrer Zahl und ihrem Standort. (Dipl.-Ing. Tiedt: „Beziehung Stadt – Industriegebiet").

Industriewerke wie Industriekomplexe sind als organisatorische Einheit sowohl der materiellen Produktion wie des geometrischen Raumes anzusehen. Lageplan und bautechnische Lösung bestimmen die Bewegungsabläufe innerhalb dieser Einheit. Die Funktionen des Systems werden durch seine Struktur geregelt. Die geometrische Ordnung einer Anlage wird innerhalb des Planungsprozesses durch die Positionen und Dimensionen der Fertigungseinheiten fixiert. Das Erkennen dieses Phänomens der Organisation ermöglicht es, die räumlichen Zuordnungsprobleme der Werkanlagenplanung unter system- und regelungstheoretischem Aspekt zu betrachten. Unter Erfassung der dem Produktionsprozeß zu Grunde liegenden Gesetzmäßigkeiten können über Optimierungsrechnungen sowohl die optimalen Standorte aller immobilen Elemente als auch die minimalen Bewegungslinien aller mobilen Elemente ermittelt werden. (Dipl.-Ing. Seidel: „Ordnungskriterien von Werkanlagen").

Über die standortmäßige Zusammenfassung gleichartiger, aus den einzelnen Betrieben herausgelöster Neben- und Hilfsfunktionen (Konzentration) wird es in einem Komplex zu einer standortmäßigen und organisatorischen Zusammenfassung gleicher Funktionen (Zentralisation) kommen. Diese Organisationsform gewährleistet eine höhere Effektivität und einen geringeren Investitionsaufwand für die jeweilige Anlage, verlangt jedoch ein zentrales Organ, das sowohl in der Phase der Vorbereitung und Realisierung wie beim Betreiben der Anlage die Interessen der Einzelbetriebe koordiniert, die Belange zukünftiger Nutzer berücksichtigt und Probleme der Investitionsmittelbereitstellung klärt. Während in kapitalistischen Ländern bei größeren Industriekomplexen im allgemeinen selbständige Körperschaften sowohl die technischen und organisatorischen Maßnahmen festlegen und die Investitionsmittel bereitstellen, wird in der DDR die Bildung von Nutzergemeinschafter bevorzugt. Dieses führt bei Strukturveränderungen oder auf Grund von auftretenden Kompetenzschwierigkeiten und uneinheitlichen oder widersprüchlichen Interessen sowie beim Entfall von vorgesehenen Investitionen nicht selten zu Schwierigkeiten schon bei der Vorbereitung von Industriekomplexen und damit zum Scheitern der Vorhaben. Durch das Einsetzen eines Hauptplanträgers oder einer juristisch selbständigen Körperschaft im Auftrage der Nutzer können diese Schwierigkeiten teilweise vermieden werden. Insbesondere für die Angebotsplanung von Industriekomplexen erscheinen diese Organisationsformen zweckmäßiger. Entscheidend für die Wirksamkeit der organisatorischen Maßnahmen eines Industriekomplexes über einen längeren Zeitraum ist die langfristige Planung des Komplexes sowohl von den zentralen Einrichtungen her wie von seiner räumlichen Gliederung. Ein regelmäßiges System von Blöcken, die durch Kommunikationszonen miteinander verbunden sind oder von diesen eingeschlossen werden, gewährleistet eine effektive Entwicklung des Gebietes, seiner Teilsysteme und Elemente (Dipl.-Ing. Steinmetz: „Ordnung und Erschließung von Industriegebieten").

Auch in einem Industriekomplex wird die Errichtung von großflächigen Kompaktbauten mit ihren Vorteilen in Hinblick auf den Flächenbedarf, die innerbetriebliche Organisation und die industrielle Baudurchführung im Vordergrund der Planung stehen. Über die spezifischen organisatorischen Maßnahmen eines Industriekomplexes hinaus kann es bei Werken mit engen Kooperationsbeziehungen oder gleichartigen Anforderungen an den Baukörper durch Errichten von Kompaktbauten mit kombinierter Nutzung zu einer weiteren Erhöhung der Wirtschaftlichkeit bestimmter Produktionshilfs- und Nebenanlagen und zu einer Verringerung des Transport- und Investitionsaufwandes kommen. (Dipl.-Ing. E. Schmidt: „Die Kombination von Werk- und technischen Nebenanlagen").

Die Vereinigung der zentralen Verwaltungsfunktionen der einzelnen Betriebe in einem gemeinsamen Gebäude bedeutet ein Abweichen von gewohnten Verhältnissen, bietet jedoch den Vorteil des geringeren Investitionsaufwandes, der höheren Flexibilität, der einfacheren Erreichbarkeit durch Außenstehende und des verringerten Aufwandes bei Errichtung und Betrieb von technischen Nebenanlagen und Rechenstationen. Voraussetzung für die Zentralisation ist ein geeigneter Standort des Gebäudes und des Vorhandenseins wirksamer Kommunikationsmittel. Für bestimmte Verwaltungsfunktionen wird sich das Großraumbüro weiter durchsetzen. (Dipl.-Ing. Schuster: „Verwaltungssysteme im Industriegebiet").

Im Gegensatz zu den Verwaltungsanlagen ergeben sich bei der Zentralisation der Verpflegungseinrichtungen eines Industriekomplexes keine grundsätzlichen Schwierigkeiten. Zentralisierte Verpflegungseinrichtungen entlasten die Betriebe von organisationsaufwendigen und produktionsfremden Einrichtungen, besitzen einen geringeren Investitions-, Flächen- und Personalbedarf und lassen sich ohne Schwierigkeiten einem außenstehenden Trägerbetrieb anschließen. Bei großen Industriekomplexen ist die Anordnung einer zentralen Vorbereitungsküche und dezentraler Endküchen zweckmäßig. Durch Ausgabe industriell hergestellter Feinfrostspeisen kann der Aufwand für Verpflegungseinrichtungen noch weiter gesenkt werden. (Dr.-Ing. habil. Papke: „Verpflegungseinrichtungen im Industriegebiet").

Die ständig ausgeprägter werdende Unterschiedlichkeit der Nutzungszeiträume von Maschine und Bauwerk tritt immer stärker in den Vordergrund der Betrachtungen und muß einen entscheidenden Einfluß sowohl auf die Wahl der bautechnischen Gestaltung und Baukörperform als auch auf die Durchbildung neuer Konstruktionssysteme erhalten.

(Diese von Prof. Dr.-Ing. habil. Lander aufgegriffene Problematik wurde bereits in dem im Heft 2/1971 veröffentlichten Beitrag „Entwicklung von bautechnischen Möglichkeiten und Baustrukturen entsprechend den Funktionswertanforderungen der Industrie" ausführlich dargelegt. red.)

Die räumliche und formale Gestaltung eines Industriekomplexes soll über die technisch-ökonomischen Bedingtheiten hinaus auch einer umfassenden ästhetischen Behandlung unterliegen, die sich sowohl in der städtebaulichen Ordnung wie baukörperlichen Durchbildung niederschlägt. Eine qualitativ hochstehende ästhetische Gestaltung entspricht dem menschlichen Bedürfnis nach Ordnung und Schönheit. Sie beeinflußt damit positiv die innere Einstellung des Werktätigen zu seiner Werkanlage, erhöht die Arbeitsfreude und damit die Arbeitsproduktivität und trägt zur kulturell-ästhetischen Erziehung der Werktätigen bei. In einem Industriekomplex als Summe zahlreicher Einzelbauwerke muß die Erreichung einer überschaubaren Ordnung, einer einheitlichen Gestaltung in konstruktiver wie baukörperlicher Hinsicht und einer großzügigen Behandlung der Flächen und Details im Vordergrund der gestalterischen Bemühungen stehen. Den Gefahren einer Monotonie ist durch städtebauliche Maßnahmen wie Dominanten- und Raumbildung entgegenzuwirken. Einen entscheidenden Anteil an der formalen Erscheinung eines Industriekomplexes kommt der Grünplanung und Freiflächengestaltung zu. Über ihre ästhetische und reproduktive Wirksamkeit hinaus dienen die reichlich vorzusehenden Grünanlagen der Verbesserung des Mikroklimas und der Absorption der Störeinflüsse. (Dipl.-Ing. Petzold: „Gestalterische Grundsätze bei der Planung von Industriegebieten", Prof. Dr.-Ing. habil. Linke: „Grünplanung im Industriegebiet").

Die Erkenntnis über die Zweckmäßigkeit der Ansiedlung von Werkanlagen in Industrie- und Investitionskomplexen setzt sich auch in den sozialistischen Ländern immer weiter durch, da verstärkt technologische, funktionelle, bautechnische, bautechnologische und gestalterische Faktoren hervortreten, die durch ihre ökonomischen Kriterien die Komplexität bedingen und fördern. So werden in der Sowjetunion über 120 Komplexe gegenwärtig ausgeführt.

Durch das Institut für Industriebau an der Deutschen Bauakademie sind praxisgebundene Beispieluntersuchungen zur Fixierung der effektivsten Standorte unter Einbeziehung der Komplexbildung auf der Grundlage umfangreicher technisch-ökonomischer Analysen durchgeführt worden, wobei erstmals eine Bewertungsmatrix zum Einsatz kam. Der Nachweis über die Wirtschaftlichkeit einer Komplexbildung wurde hierbei erbracht. (Dipl.-Ing. K. Schmidt: „Zu Fragen der Ökonomie im Industriegebiet").

In den Diskussionsbeiträgen der Praxisvertreter kam mehrfach zum Ausdruck, daß die technisch-ökonomischen Vorteile einer Komplexbildung allgemein anerkannt werden, daß jedoch mitunter betriebsegoistisches Denken, mangelhafte Investitionskoordinierung und schwierige Vorfinanzierungsmöglichkeiten ihre Vorbereitung und Ausführung erschweren oder nicht alle Möglichkeiten wirksam werden lassen.

Weiterhin wurde kritisiert, daß bei der Entwicklung hocheffektiv herstellbarer universeller Gebäudekonstruktionen die Nutzungskriterien zu wenig beachtet wurden und daß durch die Baubetriebe Projektant und Investitionsträger oftmals zum Einsatz von Konstruktionen gezwungen werden, die im vorliegenden Fall nicht allen Ansprüchen gerecht werden.

Insgesamt wurde durch die Teilnehmer die Weiterbildungsveranstaltung als anregend und wertvoll eingeschätzt und der Wunsch nach weiteren Veranstaltungen vor allem in Form von Kolloquien und Problemdiskussionen ausgesprochen.

Dr.-Ing. Klaus Methner

Standardisierung

Ab 1. Juli 1970 wurde der DDR-Standard TGL 13 471 Stahlbau; **Stahltragwerke für Kranbahnen,** Berechnung nach zulässigen Spannungen, in der Ausgabe November 1969, verbindlich. Die Einzelheiten des Standards betreffen allgemeine Grundsätze, die Lastannahmen, Nachweise und besondere Regeln der Berechnung und baulichen Durchbildung.

Als Ausgabe Dezember 1968 wurde der Fachbereichstandard TGL 22 884 **Fenster aus Stahl,** Baurichtmaße, Arten am 1. April 1969 verbindlich. Die Norm gilt für Stahlthermofenster, Stahlverbundfenster und Stahleinfachfenster.

Die folgenden Fachbereichstandards des Bauwesens stammen von der VVB Zuschlagstoffe und Natursteine in Dresden und wurden in der Ausgabe Dezember 1969 am 1. Juli 1970 verbindlich.

Die TGL 22 962 **Schiefermehl** enthält Einzelheiten zur Bezeichnung, Prüfung, Kennzeichnung, Verpackung, Lagerung und zum Transport sowie technische Forderungen.

Diese Einzelheiten werden auch in der TGL 24 891 **Schiefersplitt** geklärt. – Die TGL 24 336 **Prüfung von Gesteinsbaustoffen** mit den Blättern 14 Bestimmung der Druckfestigkeit von Splitt und Kies über 4 mm Korngröße sowie Schotter und 15 Bestimmung der Abriebfestigkeit von Splitt und Kies sowie von Schotter in der Prüftrommel enthalten Festlegungen zum Begriff, Prüfhilfsmittel, zur Probennahme, Probenvorbereitung, Durchführung der Untersuchung, Auswertung und zum Prüfprotokoll.

Als Fachbereichstandard des Bauwesens mit internationalem Charakter wurde die TGL 21 093 **Prüfung des Frischbetons** mit Blatt 1 Grundsätze, Blatt 2 Verarbeitbarkeit und Blatt 3 Luftporengehalt in der Ausgabe Dezember 1969 am 1. Juli 1970 verbindlich. Begriffe und Festlegungen zur Probenahme sind in allen Blättern geregelt. In den Blättern 2 und 3 werden Prüfverfahren, Anzahl der Prüfungen, Prüfhilfsmittel, Probenvorbereitung, Durchführung der Prüfung und Auswertung der Prüfung behandelt. In Blatt 1 werden ferner der Zweck der Prüfung und die Bedingungen für die Durchführung der Prüfung geregelt.

In gleicher Weise wurde die TGL 21 094 **Prüfung des erhärteten Betons** mit Blatt 1 Grundsätze, 2 Reindichte, Rohdichte, Porosität, 3 Wasseraufnahme, 4 Druckfestigkeit, Biegezugfestigkeit, 5 Wasserdichtigkeit, 7 Abrieb, 8 Formänderungskennwerte und 9 Betonanalyse verbindlich. In den Blättern 3, 5 und 7 sind Kurzbeschreibung des Prüfverfahrens, Probenahme und Herstellung der Prüfkörper, Anzahl der Prüfungen, Prüfhilfsmittel, Probenvorbereitung, Durchführung der Prüfungen, Auswertung der Prüfungen und Prüfprotokoll enthalten. Begriffe werden in fast allen Blättern erklärt. Die Bestimmung der Formänderungen bei kurzzeitiger und bei langzeitiger Belastung erfolgt in Blatt 8. Blatt 9 enthält allgemeine Festlegungen, regelt die Grundlagen und die Bestimmung des Mischungsverhältnisses mit Kornzusammensetzung der Zuschlagstoffe, die Schnellprüfung, Berechnung des Bindemittelgehaltes und den Prüfbericht.

In der Ausgabe Dezember 1968 wurde der Fachbereichstandard TGL 173–64 **Gleisoberbau;** Klemmplatten mit den Blättern 1 bis 17 am 1. Januar 1970 verbindlich.

Ebenso wurde die TGL 173–72 Gleisoberbau; Spurplättchen mit Blatt 1 Sp 1 Nr. 0 und Blatt 2 Sp 1 Nr. 1, Sp 1 Nr. 2 verbindlich.

Als Entwurf Mai 1969 wurde die TGL 21 093 Blatt 4 **Prüfung des Frischbetons; Rohdichte, Mischungsanalyse** vorgelegt.

Als Entwurf Juni 1969 wird der Fachbereichstandard TGL 24 889 **Verankerung von Maschinen, Apparaten und Konstruktionen** mit Blatt 1 Verankerung mit Steinschrauben, Blatt 2 Verankerung mit Ankerbarren und Blatt 3 Verankerung mit Bohrankern vorgelegt. Die maximale Zugkraft je Verankerung wurde mit 1160 kp, 25 000 kp und 11 000 kp festgelegt. Die vorgesehenen Festlegungen sind gegliedert nach der Anordnung der Verankerungen, der jeweiligen Verankerungsart und dem zu verwendenden Beton.

-er.

Rechtsnormen

Am 26. November 1970 trat der Beschluß zur Ordnung über die Aufgaben, die die Leiter der Staatsorgane, der wirtschaftsleitenden Organe, der volkseigenen Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie der Genossenschaften und der anderen Betriebe unter extremen Witterungsverhältnissen zu erfüllen haben – **Winterordnung** – vom 12. November 1970 (GBl. II Nr. 90 S. 632) in Kraft, die besonders auf den Baustellen beachtet werden muß. Weisungen der Räte der Bezirke, Kreise und Stadtkreise können den Dienststellen, Betrieben und Einrichtungen des Bauwesens nur mit Zustimmung der zuständigen übergeordneten Organe erteilt werden.

Am 20. November 1970 trat die Erste Durchführungsbestimmung zur Vierten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Schutz vor **Lärm – Begrenzung** der Lärmimmission – vom 26. Oktober 1970 (GBl. II Nr. 87 S. 595) in Kraft, nach der Grenzwerte höchstzulässiger Schalleinwirkungen auf den Menschen an Arbeitsplätzen, in Stadtzentren, Wohngebieten, Industriegebieten, Erholungsgebieten und Mischgebieten zu bemessen sind. Lärmschutzkommissionen bei den Räten der Städte und Gemeinden, zu denen auch Vertreter des Bauwesens gehören, koordinieren die Ausarbeitung und Durchführung geeigneter Lärmbekämpfungsmaßnahmen. – Die Zweite Durchführungsbestimmung zur Vierten Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz – Begrenzung der Lärmemission **(Lärmabstrahlung)** von Erzeugnissen – vom 26. Oktober 1970 (GBl. II Nr. 87 S. 604) trat am 1. Januar 1971 in Kraft und betrifft Arbeitsmittel im Bauwesen wie Spezialkraftwagen, Dumper und Brecheranlagen, Rohrmühlen u. a.

Die Kreisarchitekten haben bei der Erteilung von Standortgenehmigungen die Anordnung Nr. 3 über die **Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen** vom 28. April 1970 (GBl. II Nr. 45 S. 327) zu beachten, die seit dem 26. Mai 1970 Rechtskraft hat. Die Bezirksarchitekten koordinieren hiernach die Festlegung der Flugplatzgrenzen und Bauschutzbereiche.

Vom 1. Oktober 1970 bis 31. Dezember 1971 gilt die Anordnung über Maßnahmen zur **Förderung des Aufkommens an metallischem Schrott** durch Aussonderung volkswirtschaftlich nicht mehr benötigter Grund- und Umlaufmittel in den Jahren 1970 und 1971 vom 28. Oktober 1970 (GBl. III Nr. 5 S. 17), die auch in den zentral-, bezirks-, kreis- und stadtgeleiteten volkseigenen Betrieben und Kombinaten des Bauwesens Anwendung findet.

Am 1. Januar 1971 traten die Anordnung über die Ergänzung der **Preisanordnung Nr. 4410 – Neubauleistungen – (Brunnenbauarbeiten – Schacht- und Senkbrunnen)** vom 28. Oktober 1969 (GBl. Sonderdruck Nr. 638) und die gleichnamige Anordnung **(Raumarbeiten)** vom 28. Oktober 1969 (GBl. Sonderdruck Nr. 639) in Kraft.

Durch Verfügung vom 18. November 1969 (Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichts beim Ministerrat der DDR 1970 Nr. 3 S. 8) ist die Zuständigkeit des Bezirksvertragsgerichtes Leipzig für die Entscheidung von Kooperationsstreitigkeiten beim **Investitionsvorhaben „Komplexe sozialistische Rationalisierung des VEB Synthesewerk Schwarzheide"** aufgehoben worden.

Leistungen auf dem Gebiet der Grundlagenforschung und Standardisierungsleistungen mit naturwissenschaftlich-technischem Charakter, die aus dem Fonds Wissenschaft und Technik oder Staatshaushalt finanziert werden, unterliegen der Grundsätzlichen Feststellung Nr. 3/1969 über die **auftragsgebundene Finanzierung wissenschaftlich-technischer Aufgaben** vom 15. Oktober 1969 (Verfügungen und Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichts beim Ministerrat Nr. 4 S. 2). Leistungen, die aus dem Investitionsfonds finanziert werden, fallen nicht in den Geltungsbereich dieser Verlautbarung.

Am 10. April 1970 trat die Richtlinie über die Durchführung der **Preiskontrolle** in den Betrieben, Kombinaten und wirtschaftsleitenden Organen der **Bauwirtschaft** vom 15. März 1970 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 4 S. 17) in Kraft.

-er.

Kurzfassung

KB 931.1 DK 711.4.003.1 : 725.001.8
Krenz, G.
Der Architekt und die Ökonomie 132
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, S. 132 bis 134
Die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen, der Ökonomie der Stadt und der Ökonomie des Bauens werden im Prozeß der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ein Schlüsselproblem des Architekturschaffens.
Durch die Optimierung von Standorten, Verkehrsbezeichnungen und Einzugsbereichen müssen dafür schon in der Generalbebauungsplanung die besten Bedingungen geschaffen werden. Bei der Vorbereitung der Investitionen sind durch Variantenuntersuchungen Lösungen anzustreben, bei denen einmalige Aufwendungen und die Kosten für die laufende Unterhaltung und Nutzung ein Optimum darstellen. Entscheidende Faktoren für die Ökonomie der Stadt sind die Verbesserung der Stadtstruktur, die intensive Nutzung des Territoriums und die rationelle Nutzung der baulichen Grundfonds.

KB 087.1 DK 72:061.231:061.3(430.2)
Wachtel, W.
Der BDA ist weiter gewachsen 135
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, S. 135 bis 136
Der Bundessekretär berichtete auf der 11. Vorstandssitzung des Bundes Deutscher Architekten in der DDR über die weitere Entwicklung des Bundes. Die neugewählten Bezirksvorstände haben besonders der Weiterbildung der Architekten große Aufmerksamkeit gewidmet. In fast allen Bezirksgruppen werden regelmäßig Weiterbildungsseminare durchgeführt. Einige Bezirksgruppen haben mit den örtlichen Staatsorganen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Lösung neuer Probleme im Wohnungs- und Städtebau sowie bei der Architekturanalyse abgeschlossen. Die Betriebsgruppen des BDA arbeiten immer enger mit den Leitungen der Baukombinate zusammen und wirken unmittelbar mit bei der Sicherung der Planaufgaben.

KB 625.47.023 DK 725.711.011.24(430.2)
Reinhardt, W.
Gaststättenkomplex „Kosmos" im Wohngebietszentrum Rostock-Südstadt 153
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, S. 153 bis 157, 8 Abb., 3 Grundrisse, 2 Schnitte
An markanter verkehrsgünstiger Lage befindet sich als Mittelpunkt des Wohngebietes Rostock-Südstadt der Gaststättenkomplex. Seine gestalterische Wirkung wird bestimmt durch drei aneinandergereihte Hyparschalen, die in Glas aufgelösten kreisförmigen Gasträume und den in Backsteinriemchen ausgeführten untergeschobenen Flachbaukörper. Im Komplex sind eine Speisegaststätte (80 Plätze), eine Unterhaltungsgaststätte (88 Plätze), eine Bar (27 Plätze), eine Bierstube (74 Plätze) und ein Tagescafé (108 Plätze) untergebracht. Sie wurden dem Charakter der Räume entsprechend differenziert gestaltet. Außerdem befindet sich im Komplex eine Zweigstelle der Bezirksbibliothek (17 000 Bände). Die Dachterrassen können im Sommer gastronomisch genutzt werden.

KB 612.3 DK 728.2.011.27
Stahr, J.
Sechzehngeschossiges Punkthaus der Wohnungsbaureihe Erfurt 163
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, S. 163 bis 165, 4 Abb., 3 Grundrisse, 1 Tab.
Das hier vorgestellte sechzehngeschossige Punkthaus der Wohnungsbaureihe Erfurt erhielt in dem 1969 durchgeführten Leistungsvergleich des Erzeugnisgruppenverbandes Wohnhochhäuser den ersten Preis.
Die sechzehngeschossigen Punkthäuser zeichnen sich durch eine große städtebauliche Wirksamkeit und durch eine differenzierte Baukörperform aus. Die Entwicklung von drei Fassadenvarianten ermöglicht eine differenzierte Gestaltung der Fassaden. Ein vielfältiges Wohnungsangebot wird durch die Einrichtung von Ein- bis Sechsraumwohnungen erreicht. Durch hohe Auslastung der Aufzüge, geringen Verkehrsflächenanteil und den günstigen Zuschnitt der Wohnungen wird eine hohe Ökonomie erzielt.

KB 626.3 DK 725.23:330.191.6
Pekarjewa, N. A.
Das RGW-Gebäude in Moskau 170
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, S. 170 bis 177, 11 Abb., 3 Grundrisse, 1 Schnitt
Das Moskauer Panorama wurde durch ein neues bedeutsames Architekturensemble, das Gebäude des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, bereichert. An der Kreuzung einer der größten radialen Hauptverkehrsstraßen und der Moskwa gelegen, stellt das RGW-Ensemble einen architektonischen Akzent im Panorama der Uferstraße dar. Der RGW-Komplex erfüllt eine Reihe gesellschaftlicher Funktionen und bietet geradezu universelle Nutzungsmöglichkeiten. Neben den Arbeitszimmern für 2000 Mitarbeiter finden wir hier ausgedehnte gesellschaftliche Einrichtungen. In allen Zonen des Komplexes wird ein hoher Grad des Komforts durch ein System moderner ingenieurtechnischer Anlagen gewährleistet.

KB 364.3 DK 656.14:625.7/.8
Schwarzkopf, A.
Fußgängerbereich Schillerstraße–Theaterplatz in Weimar 178
deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, S. 178 bis 183, 8 Abb., 3 Lagepläne, 3 Details
In Weimar wurde der Straßenzug Schillerstraße – Theaterplatz – Wielandstraße einschließlich seiner Nebenstraßen zu einem repräsentativen und touristisch attraktiven Fußgängerbereich umgestaltet. Dazu war es notwendig, den Fahrverkehr aus diesem Bereich auszulagern. Es ist gelungen, mit einheimischen Baumaterialien entsprechend den städtebaulich-räumlichen Gegebenheiten die Straßen- und Platzflächen nach ihren Wertigkeiten unterschiedlich zu gliedern, ohne die einheitliche Gestaltungsstruktur zu stören.

Содержание

УДК 711.4.003.1:725.001.8
Krenz, G.
Архитектор и экономия
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 3, стр. 132 до 134
В процессе оформления развитой общественной системы социализма повышение эффективности капитальных вложений экономии города и экономии строительства становятся центральной проблемой творчества архитектора. Следует создать оптимальные условия для этого уже при выработке генерального плана застройки с помощью оптимизации местоположений, обозначения транспортных коммуникаций и т.д. Исследование вариантов при подготовке капитальных вложений должно вести к решениям, при которых однократные затраты и расходы на содержание в исправности являются оптимумом. Решающими факторами экономии города являются улучшение структуры города, интенсивное использование территории и рациональное пользование основными фондами строительства.

УДК 72:061.231:061.3(430.2)
Wachtel, W.
БДА дальше укрепился
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 3, стр. 135 до 136
На 11-м совещании правления союза немецких архитекторов ГДР секретарь сообщил о дальнейшем развитии союза. Новo выбранные районные правления удпяют особое внимание вопросам дальнейшей квалификации архитекторов. Почти во всех районных группах проводятся регулярные семинары дальнейшей квалификации. Некоторые районные группы заключили соглашения с местными государственными органами о сотрудничестве в жилищном и городском строительстве как и об архитектурном анализе. Заводские группы БДА сотрудничают все теснее с правлениями строительных комбинатов и непосредственно участвуют в обеспечении выполнения плановых задач.

УДК 725.711.011.24(430.2)
Reinhardt, W.
Комплекс ресторанов «Космос» в центре жилого района Росток-Зюдштадт
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 3, стр. 153 до 157, 8 илл., 3 гориз. проекции, 2 чертежа в разрезе
Комплекс ресторанов находится в благоприятном для движения положении в центре жилого района Росток-Зюдштадт. Его оформляющее воздействие определяется с помощью трех нанизыванных друг к другу гипарных оболочек, разрешенных в стекло гостиных и выполненного из кирпичных поясков плоского корпуса. В комплексе расположены столовой ресторан (80 мест), развлекательный ресторан (88 мест), бар (27 мест), пивная (74 места) и кафе (108 мест). Соответствуя характеру дома, они оформлены различным образом. Кроме того, в комплексе находится филиал районной библиотеки (17 000 томов). Террасы на крыше могут быть использованы в летнее время.

УДК 728.2.011.27
Stahr, J.
16-этажное точечное здание типовой серии жилищного строительства Эрфурт
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 3, стр. 163 до 165, 4 илл., 3 гориз. проекции, 1 табл.
Представленный здесь точечный дом награжден 1-м призом на проведенном в 1969 г. сравнении достижения союза групп изделий «высотные жилые дома». 16-этажные точечные дома отличаются высокой градостроительной эффективностью и дифференцированной формой строительного корпуса. Разработка трех вариантов фасадов создала возможность дифференцированного оформления. Многообразное предложение жилищ получается созданием квартир, состоящих из одной до шести комнат. Высокая нагружаемость лифтов, низкая доля в площади движения и благоприятный план жилищ дают высокую экономию.

УДК 725.23:330.191.6
Pekarjewa, N. A.
Здание СЭВ в Москве
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 3, стр. 170 до 177, 11 илл., 3 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе
Панорама Москвы обогащена новым архитектурным ансамблем — зданием Союза Экономической Взаимопомощи. Расположен на перекрестке одной из важнейших радиальных магистралей и реки Москвы, ансамбль СЭВ представляет собой архитектурный акцент в панораме набережной. СЭВ комплекс выполняет ряд общественных функций и открывает просто универсальные возможности использования. Кроме рабочих комнат для 2000 сотрудников здание имеет обширные общественные устройства. Высокая степень комфорта достигается системой современных инженерных устройств во всех зонах комплекса.

УДК 656.14:625.7/.8
Schwarzkopf, A.
Пешеходная область Шиллерштрассе-Театерплатц в г. Веймар
дойче архитектур, Берлин 20 (1971) 3, стр. 178 до 183, 8 илл., 3 плана расположения, 3 детали
В городе Веймар переустроили линию улиц Шиллерштрассе — театерплатц — Виландштрассе включая ее переулки в репрезентативную и аттрактивную для туристов пешеходную область. Для этой цели стало необходимым вынимать движение машин из этой области. Применены отечественные строительные материалы. Удалось расчленять территории улиц и площадей различно по их значению в соответствии с градостроительно-пространственными условиями без нарушения единой структуры оформления.

Summary

DK 711.4.003.1:725.001.8

Krenz, G.

Architect and Economy — 132

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 3, pp. 132–134

To improve the practical outcome of investments as well as the economic parameters of both the city and its construction is becoming a key problem of architectural activity in building the advanced system of socialism.
The best possible conditions to achieve the above end have to be provided as early as in the phase of general planning by optimising sites, traffic relations, and sub-areas. The stage of investment preparation should involve variant studies for solutions to optimise expenditures made once and those required for continuous maintenance and usage. Improvement of the urban structure, intensive utilisation of available areas, and economised use of fixed assets in construction are factors that are most important to urban economy.

DK 72:061.231:061.3(430.2)

Wachtel, W.

Further Progress of BDA — 135

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 3, pp. 135–136

Further progress of Bund Deutscher Architekten, the Association of German Architects in the GDR (BDA) was reported by the National Secretary at the Association's 11th Executive Meeting. The newly elected County Committees have paid great attention mainly to their members' professional upgrading. Regular upgrading seminars are being carried out in almost all county groups. Some of the county groups have concluded agreements with public authorities providing for cooperation in solving new problems related to housing construction and town planning and for closer contacts over architectural analyses. The enterprise-based units of BDA are increasingly cooperating with their companies' managements and taking an active share in plan target accomplishment.

DK 725.711.011.24(430.2)

Reinhardt, W.

"Kosmos" Restaurant Compound in Rostock-Südstadt Housing Area — 153

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 3, pp. 153–157, 8 figs., 3 floor plans, 2 sections

The above restaurant compound was completed on a favourable closs-to-traffic site and constutates the centre of the Rostock-Südstadt housing area. Its architectural effect is based on three adjacent hyperbolic shells, glass-enclosed circular dining spaces, and its single-storey substructure completed of brickwork closers. The compound includes a dining hall (80 seats), an entertainment restaurant (88 seats), a bar (27 seats), a beer parlour (74 seats), and a daytime café (108 seats), with all the spaces being of differentiated architectural designs according to theier different purposes. The compound accommodates also a local branch of the county library holding 17,000 volumes. In the summer season the roof terraces are open to additional visitors.

DK 728.2.011.27

Stahr, J.

Sixteen-Storey High-Rise Building of the Erfurt System Construction Series — 163

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 3, pp. 163–165, 4 figs., 3 floor plans, 1 table

This sixteen-storey high-rise building of the Erfurt System Construction Series won the first prize in a competition organised by the High-Rise Housing Division, 1969. Sixteen-storey high-rise houses are characterised by their differentiated structural shapes and by their great impact upon urban appearance. Three facade variants were developed for differentiated facade design. These structures add also most favourably to housing supply, as one-bedroom to six-bedroom flats are included. Good economic parameters are achieved by high-capacity use of lifts, small percentage of movement areas, and favourable appartment floor plans.

DK 725.23:330.191.6

Pekaryeva, N. A.

New CMEA Building in Moscow — 170

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 3, pp. 170–177, 11 figs., 3 floor plans, 1 section

The skyline of Moscow has been enriched by the completion of another important architectural cluster, the building erected for the headquarters of the Council of Mutual Economic Assistance (CMEA). The CMEA ensemble was built on a site where one of Moscow's longest radial arteries crosses over the River Moscva and, there-fore, constitutes a real architectonic focus of the waterfront panorama. The structure fulfils quite a number of social functions and, practically, offers a universal range of possibilities for different uses. It includes the offices of 2,000 staff members plus extensive civic facilities. A highly involved system of technical services has been installed to provide greatest comfort throughout all zones of the large building.

DK 656.14:625.7/.8

Schwarzkopf, A.

Schillerstrasse–Theaterplatz Pedestrian Area in Weimar — 178

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) No. 3, pp. 178–183, 8 figs., 3 layouts, 3 details

Schillerstrasse, Theaterplatz, and Wielandstrasse together with their by-roads were redisigned to give the most representative pedestrian area and tourist attraction in the city of Weimar. The project required to exclude any vehicular traffic from the whole site. Success was achieved, on the basis of local construction material, in arranging the street and square areas in full agreement with the general space conditions and in accordance with their different values, without allowing such differentiation to destroy the specific urban unity of the place.

Résumé

DK 711.4.003.1:725.001.8

Krenz, G.

L'architecte et l'économie — 132

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, p. 132–134

Dans le procès de l'évolution du système développé du socialisme, l'augmentation de l'efficacité des investissements, de l'économie de la ville et de l'économie de la construction devient le problème crucial des activités dans l'architecture. On devrait créer les meilleurs conditions, en envisageant ce but, par moyen d'une optimation des sites, des relations de la circulation et des sphères d'influence. En préparant les investissements on devrait examiner plusieurs solutions possible, afin de déterminer les solutions qui suscitent des dépenses uniques et coûts optimaux pour l'entretien et l'usage. L'amélioration de la structure de la ville, l'utilisation intense du territoire et la distribution rationale des fonds de base pour la construction comptent parmi les facteurs décisifs de l'économie de la ville.

DK 72:061.231:061.3(430.2)

Wachtel, W.

Evolution de l'Union des Architectes Allemands (BDA) — 135

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, p. 135–136

A l'occasion de l'XIème session des architectes dirigeants de l'Union des Architectes Allemands dans la RDA, le Secrétaire de l'Union a rapporté sur le développement envisagé de l'Union. Les présidents des unions régionales récemment votés ont concentré leur attention particulièrement à la formation post-graduale des architectes. Il y a des seminaires réguliers de qualification dans presque tous les groupes régionaux. Quelques groupes régionaux ont conclus avec les autorités gouvernementales locales des accords de coopération pour la solution des nouveaux problèmes de la construction du logement, et de l'urbanisme et pour une analyse d'architecture. Les groupes des architectes-membres du BDA dans les entreprises coopèrent toujours plus étroitement avec les directeurs des usines combinées de construction, contribuant ainsi à la solution des tâches planifiées.

DK 725.711.011.24(430.2)

Reinhardt, W.

Complexe de restaurants « Kosmos » au centre de l'unité de voisinage Rostock-Südstadt — 153

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, p. 153–157, 8 fig., 3 plans horiz., 2 coupes

Le complexe des restaurants se trouve au centre de l'unité de voisinage Rostock-Südstadt à un point marquant, favorable pour la circulation. Trois voiles hyperboliques juxtaposées, les locaux circulaires du restaurant avec des vitrages et le corps plat du bâtiment en lanières de briques soulignent les effets architecturaux de ce complexe. Ce complexe de restaurants comprend un restaurant général (80 places), un café-bar (88 places), un bar (27 places), un cabaret (74 places) et un café (108 places). Les locaux sont exécutés à une façon différenciée, conformément au caractère de leurs fonctions. Dans ce complexe se trouve en outre une succursale de la bibliothèque régionale (17 000 volumes). En été on peut profiter des terrasses sur le toit pour des buts gastronomiques.

DK 728.2.011.27

Stahr, J.

Bâtiment-tour à 16 étages, faisant partie de la construction d'habitations à Erfurt — 163

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, p. 163–165, 4 fig., 3 plans horiz., 1 tabl.

Le bâtiment-tour à 16 étages décrit dans cet article fait partie de la construction d'habitations à Erfurt et fut décoré du 1er prix lors d'une comparaison de la performance des bâtiments d'habitation à étages. Les bâtiments-tour à 16 étages exhibitent une grande efficacité urbanistique une forme différenciée du corps des bâtiments. Le développement de trois différents types de façades permet une configuration variée des façades. La construction de logements à une jusqu'à six chambres enrichit l'offre de logements multiples. En tirant profit des élévateurs, prévoyant une proportion minime des surfaces de la circulation et un plan horizontal avantageux des logements on peut arriver à une économie élevée.

DK 725.23:330.191.6

Pekarjeva, N. A.

Bâtiment du Comécon à Moscou — 170

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, p. 170–177, 11 fig., 3 plans horiz., 1 coupe

Un autre ensemble éminent architectural, le bâtiment du Conseil de l'Aide Mutuelle Economique, enrichit la silhouette de Moscou. Situé à l'ntersection de l'une des plus importantes rues de circulation radiales et de la rivière Moskva, l'ensemble du Comécon est un accent architectural du panorama de la rue à la rive. Le bâtiment du Comécon se charge d'un nombre de fonctions publiques et offre des possibilités d'un usage vraiement multiple. A côte des bureaux pour 2000 employés nous y trouvons une multitude de facilités publiques. Un système d'équipements techniques modernes garantit un degré élevé du confort dans toutes les zones du complexe.

DK 656.14:625.7/.8

Schwarzkopf, A.

Zone réservée aux piétons Schillerstraße – Theaterplatz à Weimar — 178

deutsche architektur, Berlin 20 (1971) 3, p. 178–183, 8 fig., 3 plans de site, 3 détails

A Weimar, les rues Schillerstrasse – Theaterplatz – Wielandstrasse inclusivements leurs rues secondaires, furent transformées en une zone prestigieuse et attrayante réservée aux piétons. Cette transformation exigeait une dislocation de la circulation des véhicules de cette zone. En utilisant des matériaux de construction locaux il était possible de diviser – conformément aux données urbanistiques et spaciales – les surfaces des rues et places suivant leurs fonctions de valeur, sans déturber la structure uniforme de la configuration.


SILIKAT 66
Spritzputz · Spachtelputz · Anstrich
Natürlicher anorganischer Bautenschutz
zur farbigen Fassadengestaltung auf Putz
Beton · Asbestbeton · Mauerwerk
Gasbeton · Zinkblech und Glas
wetterbeständig · farbecht · glashart
VEB BERLIN-CHEMIE
1199 Berlin-Adlershof
31 409